



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

44. Sitzung

Hannover, den 24. September 2014

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten 4003
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 4003

Tagesordnungspunkt 2:

Gemeinsame Erklärung der Fraktionen zum Thema Antisemitismus 4006

Tagesordnungspunkt 3:

Feststellung eines Sitzverlustes gemäß Artikel 11 Abs. 2 Satz 2 der Niedersächsischen Verfassung i. V. m § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes - Antrag des Präsidenten - Drs. 17/1965 4007

Tagesordnungspunkt 4:

Aktuelle Stunde 4007

a) **Bildungsgerechtigkeit statt Schulstreit - Schulgesetzdebatte braucht Sachlichkeit** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/2023 4007
Heinrich Scholing (GRÜNE) 4008
Kai Seefried (CDU) 4009
Björn Försterling (FDP) 4011
Stefan Politze (SPD)..... 4012
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin..... 4013

b) **Chancen für unsere Kinder statt rot-grüner Schulstreit: „Ministerin krempelt Schullandschaft um“, HAZ vom 11.09.2014** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/2024.....4015
Björn Försterling (FDP)4015
Heinrich Scholing (GRÜNE)4016
Claus Peter Poppe (SPD)4018
Björn Thümler (CDU)4019
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin4021

c) **Rot-Grün in Niedersachsen ohne Kompass in der Flüchtlingspolitik** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/20304022
Martin Bäumer (CDU).....4022
Doris Schröder-Köpf (SPD)4023
Jan-Christoph Oetjen (FDP)4024
Filiz Polat (GRÜNE).....4025
Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport4027

d) **Rot-Grün wirkt: Endlich wieder ein Semesteranfang ohne Studiengebühren** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 17/2029.....4028
Dr. Silke Lesemann (SPD)4028
Christian Grascha (FDP)4030
Ottmar von Holtz (GRÜNE).....4031
Jörg Hillmer (CDU).....4032
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur4033

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015 - HG 2015 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/18544035

und

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Haushaltsbegleitgesetz 2015 - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/19824035
Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister4035, 4037
Reinhold Hilbers (CDU)4037, 4062, 4065
Björn Thümler (CDU)4041
Johanne Modder (SPD)4050, 4055
Christian Dürr (FDP)4056
Anja Piel (GRÜNE)4059
Renate Geuter (SPD)4063, 4066
Christian Grascha (FDP)4066
Gerald Heere (GRÜNE)4067
Ausschussüberweisung (TOP 5 und TOP 6)4070

Tagesordnungspunkt 7:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Pflegegesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/1632 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration - Drs. 17/1986 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/20464070
Filiz Polat (GRÜNE)4071
Petra Joumaah (CDU)4071
Sylvia Bruns (FDP)4072
Marco Brunotte (SPD)4072
Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung4074
Björn Försterling (FDP)4074
Uwe Schwarz (SPD)4075
Beschluss4075
(Direkt überwiesen am 25.06.2014)

Tagesordnungspunkt 8:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/1783 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration - Drs. 17/1987 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/2015 ...4076
Annette Schwarz (CDU)4076
Thomas Schremmer (GRÜNE)4076

Sylvia Bruns (FDP)4076
Uwe Schwarz (SPD)4077
Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung4077
Beschluss4077
(Direkt überwiesen am 17.07.2014)

Tagesordnungspunkt 9:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/1352 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 17/1988 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/20424077
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)4078
Otto Deppmeyer (CDU)4078
Hermann Grupe (FDP)4079
Wiard Siebels (SPD)4079
Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz4079
Beschluss4080
(Direkt überwiesen am 20.03.2014)

Nächste Sitzung4080

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführer	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Marcus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Elke Twesten (GRÜNE)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Stephan Weil (SPD)

Minister für Inneres und Sport
Boris Pistorius (SPD)

Finanzminister
Peter-Jürgen Schneider (SPD)

Staatssekretär Frank Doods,
Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Cornelia Rundt (SPD)

Staatssekretär Jörg Röhmann,
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusministerin
Frauke Heiligenstadt (SPD)

Staatssekretär Peter Bräth,
Kultusministerium

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Christian Meyer (GRÜNE)

Staatssekretär Horst Schörshusen,
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Justizministerin
Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)

Staatssekretär Wolfgang Scheibel,
Justizministerium

Ministerin für Wissenschaft und Kultur
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Staatssekretärin Andrea Hoops,
Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Stefan Wenzel (GRÜNE)

Staatssekretärin Almut Kottwitz,
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 13.32 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie namens des Präsidiums. Wir wünschen Ihnen einen guten Tag!

(Zurufe: Guten Tag, Herr Präsident!)

Wir begrüßen Sie zur ersten Sitzung im, wie man sagt, provisorischen Plenarsaal im Forum. Wir sind erst einmal erleichtert, dass Sie alle offenbar einen Platz gefunden haben. Die erste Sorge hat sich sozusagen schon erledigt.

Ich darf mich bei vielen Kolleginnen und Kollegen bedanken, dass Sie schon vorhin im Gottesdienst dabei waren. Ich darf mich bei Herrn Landesbischof Dr. Meister und bei Herrn Weihbischof Koitz für den Gottesdienst respektive die Andacht ganz herzlich bedanken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 44. Sitzung im 17. Tagungsabschnitt des Landtages der 17. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten

Ich darf zunächst darum bitten, dass Sie sich von den Plätzen erheben.

Am 14. August 2014 verstarb die ehemalige Abgeordnete Elke Müller im Alter von 74 Jahren.

Elke Müller gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der SPD-Fraktion von 1990 bis 2008 an. Während dieser Zeit war sie Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, im Kultusausschuss und im Ausschuss für Gleichberechtigung und Frauenfragen. Von der 12. bis zur 15. Wahlperiode war Elke Müller Mitglied im Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ und in der 15. Wahlperiode auch dessen Vorsitzende.

Elke Müller wurde mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Wir werden die Kollegin in guter Erinnerung behalten und widmen ihr ein stilles Gedenken. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich darf gemeinsamen mit den Schriftführern angesichts der nahezu 100-prozentigen Präsenz feststellen, dass das Haus **beschlussfähig** ist.

Es gilt, einiges anzusagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nach einer nur zwölfmonatigen Umbauphase tritt der Landtag heute erstmals im provisorischen Plenarsaal im Forum zusammen.

Wie Sie sich sicherlich vorstellen können und hoffentlich am Ergebnis sehen, wurde viel Überlegung und Arbeit darauf verwendet, einen funktionsfähigen und ansprechenden Plenarsaal für den Übergangszeitraum zu schaffen.

Wichtig ist mir allerdings die Feststellung, dass das nahezu perfekte Äußere darüber hinwegtäuschen könnte, dass es sich trotz allem um ein Provisorium handelt. Die Klimatisierung, die Beleuchtung und die Akustik sind dementsprechend gestaltet. Gewisse Beeinträchtigungen lassen sich vor diesem Hintergrund nicht vermeiden. Ich hoffe insoweit auf Ihr Verständnis.

Unabhängig davon halte ich dieses Provisorium für ausgesprochen gelungen und spreche allen, die daran - in welcher Funktion auch immer - beteiligt waren, den Dank des gesamten Hauses aus.

(Beifall)

Die eine oder der andere von Ihnen hat bereits im Vorfeld die Gelegenheit genutzt, sich mit der neuen Umgebung vertraut zu machen, und auch daraus sind noch Anregungen in die Gestaltung des Raumes eingeflossen. Die echte Bewährungsprobe steht jedoch jetzt, in den vor uns liegenden drei Sitzungstagen an. Ich würde mich freuen, wenn wir alle bei den Dingen, die sich vielleicht erst noch einspielen müssen, die nötige Gelassenheit an den Tag legen würden, und hoffe darüber hinaus auf ein gutes Miteinander in diesem Haus.

Zur Geschichte dieses Raumes möchte ich auf Folgendes hinweisen:

Unsere provisorische Tagungsstätte, meine Damen und Herren, befindet sich im ehemaligen Georg-von-Cölln-Haus, von dem lediglich noch diese denkmalgeschützte Halle und die ebenfalls denkmalgeschützte Fassade zur Marktkirche erhalten sind. Diese Halle wurde erst im Jahre 1913 - fünf Jahre nach dem Tod des angesehenen Unternehmers und Namensgebers Georg von Cölln - fertiggestellt. Sie diente - das kann man nachvollziehen - einer Eisenwarenhandlung, die 1912 in

eine GmbH umgewandelt wurde. An dieser beteiligte sich die Friedrich Krupp AG zunächst und übernahm sie spätestens 1926 vollständig.

Im Zweiten Weltkrieg fiel leider auch auf diesen Betrieb der Schatten der Zwangsarbeit. Nachdem im Rahmen einer Forschungsarbeit zur Beschäftigung von Zwangsarbeitern in der Region Hannover der Mahn- und Gedenkstätte Ahlem herausgefunden wurde, dass auch im Hause der Firma Georg von Cölln, Am Markte 8-10 - also unsere Tagungsstätte für die nächsten fast drei Jahre -, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter untergebracht oder beschäftigt waren, hatte ich um eine gründliche Untersuchung und Dokumentation dieses Sachverhalts gebeten.

Der Dokumentation eines freien Mitarbeiters der Gedenkstätte Ahlem zufolge, die inzwischen auch den Fraktionen vorliegt, waren im Georg-von-Cölln-Haus und in dazugehörigen Betrieben insgesamt 83 Personen mit 10 Nationalitäten als Zwangsarbeiterinnen oder Zwangsarbeiter untergebracht oder beschäftigt.

Wir werden in einer der nächsten Ältestenratssitzungen entscheiden, wie wir mit diesem Untersuchungsergebnis umgehen und ob wir es gegebenenfalls über eine Gedenktafel oder eine andere geeignete Darstellung nach außen sichtbar darstellen wollen.

Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass nach der Aussiedlung der Eisenwarenhandlung aus der Innenstadt dieser Gebäudeteil zusammen mit unserem Erweiterungsgebäude zu Beginn der 80er-Jahre unter Erhalt der Halle und der Fassade zunächst als sogenanntes Forum des Landesmuseums neu errichtet worden ist. Zu Beginn dieses Jahrtausends, nach der Aufgabe dieser Außenstelle, ist es vollständig in unsere Liegenschaft übergegangen.

Meine Damen und Herren, wegen der beengten räumlichen Verhältnisse werden die Plenarsitzungen in diesem Raum besondere Herausforderungen an die Disziplin aller Beteiligten stellen.

Um die Spielregeln - wenn ich sie so nennen darf - für das Miteinander an die neuen Gegebenheiten anzupassen, beabsichtige ich, für die Dauer der Nutzung des Forums als provisorischer Plenarsaal eine neue Ordnung im Plenarsaal zu erlassen. Um besser einschätzen zu können, welche Sachverhalte einer Regelung bedürfen, scheint es mir jedoch sinnvoll zu sein, zuvor die Erfahrungen mindestens des ersten Tagungsabschnitts abzuwar-

ten. Einen entsprechen Vorschlag werde ich dann mit dem Ältestenrat und dem Präsidium abstimmen.

Schon jetzt bitte ich Sie jedoch, die folgenden Punkte zu beachten:

Der Zugang zum Plenarsaalbereich wird wie bisher vom Saaldienst kontrolliert. Zum Plenarsaalbereich gehören nicht nur der Sitzungssaal einschließlich des Treppenhauses und der Galerien, sondern auch der Flur hinter dem Präsidium im Erdgeschoss und der Bereich rund um die Lobby in der ersten Etage sowie die zweite Etage.

Der Kreis der Zutrittsberechtigten Personen bleibt gegenüber der bisherigen Praxis grundsätzlich unverändert. Das heißt, dass sich pro Fraktion zeitgleich maximal zwei Bedienstete im Sitzungssaal aufhalten dürfen. Weitere Fraktionsbeschäftigte können zum Verfolgen der Sitzung die Logen benutzen, über deren Belegung die Fraktionen bereits informiert wurden.

Den Vertreterinnen und Vertretern der Medien stehen die Poesetribüne und das für Kameras vorgesehene Podest zur Verfügung. Fotografen und Kameraleute bekommen vor der Sitzung die Möglichkeit, sich innerhalb des Saales für Aufnahmen frei zu bewegen. Während der Sitzung sind Aufnahmen nur aus dem Bereich seitlich der Sitzreihen und hinter den Sitzreihen der Abgeordneten möglich. Die Gänge zwischen den Plätzen sind ausnahmslos freizuhalten.

Essen und Trinken, meine Damen und Herren, sind außerhalb des Cafeteriabereichs in der ersten Etage - das umfasst die Cafeteria einschließlich der beiden Rückzugsräume - nicht gestattet.

Weiterhin untersagt bleibt das Telefonieren mit Mobilfunkgeräten im Sitzungssaal. Die Nutzung von Tablets und Laptops zum Verfolgen der papierlosen Beratungen sind selbstverständlich gestattet.

Darüber hinaus appelliere ich an Sie alle, dafür zu sorgen, dass unnötige Geräuschentwicklungen vermieden werden. Zugleich bitte ich Sie, für Wortbeiträge die Saalmikrofone zu benutzen, damit Ihre Beiträge in allen Bereichen des Raumes verstanden werden können.

Hinweisen möchte ich auch darauf, dass - entsprechend dem Brandschutzkonzept für den provisorischen Plenarsaal - für die Dauer der Plenarsitzungen in diesem Gebäude immer eine zwei Personen umfassende Brandsicherheitswache der

Feuerwehr anwesend sein wird. Die Vertreter der Feuerwehr erkennen Sie an ihren Uniformen. Sie haben freien Zugang zu allen Räumen.

Nun möchte ich Ihnen noch einige Informationen zu den EDV-technischen Möglichkeiten in unserem provisorischen Plenarsaal geben.

Wie geplant, wurden der Plenarsaal und die angrenzenden Räume mit einem Funknetzwerk - WLAN - ausgestattet, mit dem Sie Zugang zum Internet haben. Das WLAN wird als sogenannter Hotspot von der Telekom betrieben. Es war vorgesehen, dass Sie sich ohne Passwort direkt in das WLAN einwählen können. Diese einfache Einwahl kann die Telekom leider erst zum 1. Oktober - es dauert also noch eine Woche - realisieren. Wenn Sie während dieser Plenarsitzung das WLAN nutzen wollen, benötigen Sie dafür noch ein Passwort. Das Passwort und die bei der Einwahl zu beachtenden Hinweise hat Ihnen die Landtagsverwaltung heute Morgen per E-Mail übermittelt. Sie finden sie auch in ausgedruckter Form auf Ihren Plätzen.

Wie Ihnen bekannt ist, war die angestrebte Mobilfunkversorgung bislang nicht in allen Gebäudeteilen des Landtages gegeben. Insbesondere hier im Forum war der Empfang nur sehr eingeschränkt möglich. Daher wurde für die gesamte Liegenschaft des Landtages eine Inhouse-Mobilfunkanlage installiert. Bisher hat sich allerdings nur die Telekom auf diese Anlage aufgeschaltet, sodass Sie mit diesem Netzanbieter nun auch über UMTS und LTE Daten empfangen können.

Vodafone hat zunächst übergangsweise für den provisorischen Plenarsaal die Möglichkeit geschaltet, hier ebenfalls Daten über UMTS zu empfangen. Eine Aussage, wann dieses in der gesamten Liegenschaft möglich ist, hat Vodafone bisher nicht gemacht.

Die Netze von O₂ und E-plus sind zum aktuellen Zeitpunkt nicht aufgeschaltet. Die Netzanbieter haben eine Beteiligung zugesagt, hierfür bis jetzt aber keinen Termin benennen können.

Im Hinblick auf die zum Monatsbeginn gestarteten papierlosen Beratungen möchte ich noch einmal auf das Angebot des IT-Managements des Landtages hinweisen, Sie bei Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung der Tablet-Computer und der Token zu unterstützen.

Der Informationsstand des IT-Managements befindet sich im zweiten Obergeschoss im Raum F 2.22 - das ist der Raum oberhalb der Cafeteria - und ist heute noch bis 17 Uhr, morgen von 12:30 bis 17 Uhr und am Freitag von 10 bis 14 Uhr besetzt.

Meine Damen und Herren, während des heutigen ersten Plenartages wird der mit der Fotodokumentation beauftragte Fotograf anwesend sein und Aufnahmen nicht nur für die Dokumentation des Umbaus, sondern auch für das Internetangebot und die Publikationen des Landtages machen. Zugleich fertigt die seit Baubeginn auf der Empore installierte Dauerkamera während des gesamten Tagungsabschnitts in regelmäßigen Abständen Aufnahmen. Diese Bilder sollen einen Zeitrafferfilm über den Umbau des Forums abschließen. Nach Abschluss der Plenarsitzungswoche wird diese Kamera deinstalliert.

Zur Tagesordnung, meine Damen und Herren:

Die Einladung für diesen Tagungsabschnitt sowie die Tagesordnung einschließlich des Nachtrages und der Informationen zu den von den Fraktionen umverteilten Redezeiten liegen Ihnen vor. - Ich stelle das Einverständnis des Hauses mit diesen Redezeiten fest.

Die heutige Sitzung soll demnach gegen 19:15 Uhr enden.

Für die Initiative „Schulen in Niedersachsen online“ werden in den kommenden Tagen Schülerinnen und Schüler der IGS aus Fürstenau mit einer Onlineredaktion live aus dem Landtag berichten. Die Patenschaft dafür hat der Abgeordnete Christian Calderone übernommen.

(Beifall)

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Herr Schriftführer Onay mit.

Schriftführer Belit Onay:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es haben sich entschuldigt: von der Fraktion der CDU Herr Ansgar-Bernhard Focke und Herr Heinz Rolfes, von der Fraktion der SPD Herr Hans-Dieter Haase und von der Fraktion der FDP Frau Almut von Below-Neufeldt.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 2:

Gemeinsame Erklärung der Fraktionen zum Thema Antisemitismus

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, dass ich als Landtagspräsident eine Gemeinsame Erklärung der Fraktionen zum Thema Antisemitismus vortrage. Das will ich hiermit tun.

Vorweg möchte ich begrüßen Herrn Fürst, den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Niedersachsens, und Herrn Dr. Shammout, den Vorsitzenden der Palästinensischen Gemeinde Hannover. Ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Für ein friedliches Miteinander aller Menschen in Niedersachsen - Antisemitismus entschieden entgegneten!

Wir beobachten mit Bestürzung und wachsender Sorge, wie sich auch in Niedersachsen in den vergangenen Wochen und Monaten im Rahmen der Auseinandersetzung mit den Konflikten im Nahen Osten Antisemitismus und Judenhass im öffentlichen Raum vernehmbar Bahn gebrochen haben. Bei mehreren Zwischenfällen in Niedersachsen wurden israelische Fahnen mit dem Zeichen des Judentums, dem Davidstern, verbrannt. Synagogen wurden beschmiert und angegriffen. Im Internet wurde und wird gegen jüdische Mitmenschen auch in unserem Bundesland gehetzt.

Diese Vorfälle nehmen wir nicht hin und verurteilen sie auf das Schärfste. Wir stellen uns gemeinsam gegen Antisemitismus und Judenhass. Alle Fraktionen des Niedersächsischen Landtags setzen sich für ein friedliches Miteinander aller Menschen in Niedersachsen ein!

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir den Dialog von palästinensischen und jüdischen Gemeinden in Niedersachsen. In vielfältigen Veranstaltungen und Aktivitäten haben sie zum Ziel, über alle inhaltlichen Differenzen hinweg Verbundenheit beider Kulturen in Deutschland zu schaffen.“

(Beifall)

„Ihr gemeinsamer Einsatz für Meinungsfreiheit und konstruktive Kritik sowie das Engagement gegen antidemokratische und antisemitische Tendenzen ist Ausdruck des offenen Dialoges und ein wichtiger Beitrag der Auseinandersetzung in Niedersachsen. Wir danken beiden für die Initiative zu dieser Erklärung des Landtages.

Die Geschichte jüdischen Lebens in unserem Bundesland reicht bis ins 13. Jahrhundert zurück. Jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger haben die Kultur und Geschichte Niedersachsens entscheidend mit geprägt. Sie sind aber auch in kaum vorstellbarer Weise Opfer von Entrechtung, Enteignung, Verfolgung und Mord geworden, bis hin zur unfassbaren Vertreibung und millionenfachen Ermordung europäischer Jüdinnen und Juden. Die Bildung lebendiger jüdischer Gemeinden ist nicht selbstverständlich nach den Schreckenstaten der Nationalsozialisten. Wir begrüßen die Vielzahl an jüdischen Gemeinden in Niedersachsen. Insbesondere vor diesem Hintergrund nehmen wir diese gemeinsame Verantwortung an. Antisemitismus ist ein Problem, das alle angeht.

Konflikte, wie gegenwärtig im Nahen Osten, dienen allen, die ihren Antisemitismus ausleben wollen, als Vorwand für ihre menschenverachtenden Taten und Äußerungen. Dem müssen die Niedersachsen mit aller Entschiedenheit entgegneten. Es geht darum, die Werte unseres Grundgesetzes zu verteidigen! Die Demonstrationsfreiheit, die ein hohes Gut unserer Demokratie ist, darf hierbei nicht als Plattform antisemitischer Äußerungen und Handlungen missbraucht werden.

Diskriminierung und Ausgrenzung beginnen oft im Kleinen und Verborgenen. Mit Wachsamkeit und zivilgesellschaftlichem Engagement, durch Hinsehen und Einschreiten statt Wegsehen können alle Menschen in Niedersachsen ihren Beitrag dazu leisten, dass Diskriminierung bei uns keinen Platz findet - egal, ob sie sich gegen Religionen, Weltanschauungen, Herkunft, Sexualität, Geschlecht oder Behinderungen richtet.

Angehörige aller Religionen und Weltanschauungen finden in Niedersachsen eine Heimat. Toleranz und der Respekt vor der Religion, Weltanschauung und Kultur des

anderen sind eine unverzichtbare Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass diese Werte auch zukünftig Bestand haben.“

Meine Damen und Herren, die Erklärung trägt die Unterschriften der vier Fraktionsvorsitzenden. Der Text wird in der Drucksache 17/2060 als Unterrichtung herausgegeben.

Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt, zum

Tagesordnungspunkt 3:

Feststellung eines Sitzverlustes gemäß Artikel 11 Abs. 2 Satz 2 der Niedersächsischen Verfassung i. V. m § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes - Antrag des Präsidenten - Drs. 17/1965

Meine Damen und Herren, in der Drucksache 17/1965 liegt Ihnen der Antrag vor, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen den Mandatsverlust von Frau Ina Korter festzustellen.

Über einen solchen Tagesordnungspunkt wird traditionell ohne Besprechung abgestimmt. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Die Abgeordnete Ina Korter ist damit aus dem Landtag ausgeschieden.

Liebe Frau Korter, wir bedanken uns bei Ihnen für viele Jahre Mitarbeit im Landtag, für heftige, leidenschaftliche Debatten, nicht zuletzt in der Bildungspolitik. Wir wünschen Ihnen insbesondere auch für das wunderbare neue Amt alles Gute und Gottes Segen.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen weiter Folgendes mitteilen: Gemäß § 38 Abs. 2 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 des Landeswahlgesetzes hat die Landeswahlleiterin inzwischen festgestellt,

dass der frei gewordene Sitz auf Frau Regina Asendorf übergeht. Frau Asendorf hat ihre Bereitschaft erklärt, das Landtagsmandat als Nachrückerin anzunehmen.

Frau Asendorf, ich begrüße Sie in unserer Mitte und wünsche Ihnen ein erfolgreiches Wirken zum Wohl unseres Landes.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zum Beginn der Sitzung wurden bereits die Entschuldigungen bekannt gegeben. Ich darf dazu Folgendes nachtragen: Auch Herr Minister Lies möchte sich für den heutigen Tag entschuldigen. Wie Sie vielleicht gehört haben, hat es in der Nähe von Lingen an einer Ölförderstelle einen schweren Brandunfall mit vielen Verletzten gegeben. Der Brand ist noch nicht vollständig gelöscht. Herr Lies möchte sich in seiner Eigenschaft als zuständiger Minister vor Ort ein Bild über den Vorfall und die eingeleiteten Maßnahmen machen. Ich denke, wir können sein Fehlen entschuldigen.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum

Tagesordnungspunkt 4:

Aktuelle Stunde

Für diesen Tagesordnungspunkt sind mir vier Themen benannt worden, deren Einzelheiten Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung entnehmen können. Die in unserer Geschäftsordnung für den Ablauf der Aktuellen Stunde geregelten Bestimmungen setze ich bei allen Beteiligten - natürlich auch bei der Landesregierung - als bekannt voraus.

Ich eröffne die Besprechung zu

a) **Bildungsgerechtigkeit statt Schulstreit - Schulgesetzdebatte braucht Sachlichkeit** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/2023

Zur Begründung des Antrags hat sich der Kollege Scholing gemeldet. Herr Scholing, Sie haben das Wort. Bitte sehr!

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir eine Freude, nach der Verabschiedung von Frau Korter hier zu stehen. Es ist mir auch eine große Freude, ihr in diesem Zusammenhang im Namen meiner Fraktion noch einmal ganz herzlichen Dank für leidenschaftliche und engagierte Schulpolitik zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Bildungsgerechtigkeit herstellen - das ist das Leitmotiv unserer Bildungspolitik, der Bildungspolitik der rot-grünen Koalition. Das ist der rot-grüne Faden. Und hierüber brauchen wir weiterhin eine breite gesellschaftliche Debatte.

Gleichzeitig haben wir im Land eine Debatte über die Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte bzw. über die Entscheidungen, die wir im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen getroffen haben.

Die Opposition hat natürlich ein Interesse daran, vorhandene Unzufriedenheit zu nutzen, um gegen unsere Bildungspolitik zu polemisieren. Das werden wir nicht zulassen. Wir beharren auf einer inhaltlichen Debatte über unsere bildungspolitischen Schwerpunkte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Rot-Grün hat in der Bildungspolitik schon viel auf den Weg gebracht.

Wir haben die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen erleichtert: Eine Vierzügigkeit reicht, im Ausnahmefall eine Dreizügigkeit.

Wir haben in Bezug auf die Gründung von IGSen Barrieren abgebaut,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Barrieren, die systematisch aufgebaut worden sind.

Wir haben für eine deutliche Verbesserung der Ganztagschulen gesorgt. Im Zeitraum von 2014 bis 2017 stellen wir für diesen Bereich 260 Millionen Euro zur Verfügung.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Hört, hört!)

Das ist eine erstaunlich große Summe und zeigt politischen Willen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aus der Großbaustelle Ganztagschule light, die wir 2013 vorgefunden haben, ist ein Vorhaben geworden, das für deutliche Qualitätsverbesserungen sorgen wird.

Wir verbessern die Ausstattung der inklusiven Schule.

Wir stärken Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

Die Schulinspektion als wichtiges Instrument der Qualitätsentwicklung haben wir professionell neu gestärkt. Sie drohte langsam einzugehen.

Diese Liste ließe sich ergänzen. Ein wichtiger Punkt sollte aber noch erwähnt werden: Wir kehren zurück zu G 9.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch dies war eine Entscheidung, die schließlich etwas mit Qualität von Schule zu tun hat - mit guter Schule. Auf unserer Agenda stehen noch zahlreiche Aufgaben. Wir werden eine Schulgesetznovelle auf den Weg bringen, in der die bildungspolitischen Zielsetzungen von SPD und Grünen zum Ausdruck kommen werden.

Die rot-grüne Koalition wird Gesamtschulen als ersetzende Schulform zulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Gesamtschulen sind landesweit die einzige Schulform, die aus Platzmangel immer wieder Schülerinnen und Schüler abweisen muss. In vielen Regionen des Landes gibt es überhaupt noch keine Gesamtschulangebote.

(Zuruf von der CDU: Die Glücklichen!)

Es ist unsinnig, wenn die Schulträger neben den Gesamtschulen auch noch Haupt- und Realschulen oder Oberschulen aufrechterhalten müssen, auch wenn es dafür überhaupt keine Nachfrage mehr gibt.

Es ist erst recht unsinnig, wenn Schulträger entgegen dem Elternwillen keine Gesamtschulen gründen können, weil sie parallel zu einer neuen Gesamtschule weiterhin auch gar nicht mehr nachgefragte Hauptschulen führen müssen.

Das ist doch der entscheidende Punkt, wenn wir die Gesamtschule als ersetzende Schulform einsetzen.

Bedroht ist nicht - dieses Szenario malen Sie ja an den Horizont - das Gymnasium. Da mache ich mir überhaupt keine Sorgen. Bedroht sind Schulformen, die in letzter Zeit deutlich weniger angewählt worden sind.

(Zurufe von der CDU: Gar nicht wahr!
- Welche denn?)

Wir werden die förmliche Empfehlung am Ende der Grundschule für die weiterführende Schule abschaffen. Stattdessen werden Eltern Beratung und Orientierung erhalten. Die Schullaufbahnpflicht hat nur einen geringen Nutzen, verursacht aber immer wieder erheblichen pädagogischen Schaden. Die Schullaufbahnpflicht ist schon heute nicht verbindlich, und viele Eltern verhalten sich entgegen der Empfehlung. Mehrere Studien weisen nach, dass die Empfehlungen nur einen sehr eingeschränkten Wert haben.

Beratung statt Bevormundung! Wir wollen nicht, dass den Kindern mit der Schullaufbahnpflicht ein Etikett angehängt wird, das zu Vorurteilen führen kann und immer wieder führt.

Wir werden es den Grundschulen ermöglichen, das Benotungssystem durch Lernentwicklungsberichte zu ersetzen. Auch hier hat in der Vergangenheit die Opposition den Eltern relativ wenig zugetraut. Bis zum Jahr 2003 war es den Grundschulen bereits möglich, Zensuren durch Lernentwicklungsberichte zu ersetzen. Zahlreiche Grundschulen haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Dann haben CDU und FDP gesagt: Das wollen wir nicht mehr; Schluss damit! - Wir werden den Schulen das wieder neu ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das Ziel ist klar definiert. Unsere bildungspolitischen Entscheidungen sind auf dieses Ziel hin ausgerichtet. Die Schulgesetznovelle wird breit debattiert werden. Auf diese Debatte freue ich mich.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege Scholing. - Jetzt hat sich für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kai Seefried gemeldet. Herr Seefried, bitte sehr! Sie haben das Wort.

Kai Seefried (CDU):

Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kolleginnen und Kollegen der Grünen fordern in dieser Aktuellen Stunde mehr Sachlichkeit in der Schulgesetzdebatte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Ich finde es gut, dass Sie klatschen, weil das meine Forderung unterstreicht; denn ich frage mich, wer eigentlich Adressat dieses Antrages zur Aktuellen Stunde sein soll. Eigentlich muss es eine Aufforderung an unsere Kultusministerin sein, endlich diesen Schulgesetzentwurf vorzulegen,

(Johanne Modder [SPD]: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

damit wir endlich schwarz auf weiß sehen, was Sie tatsächlich vorhaben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bisher ist das nicht der Fall. Wir kennen diesen Gesetzentwurf immer noch nicht. Heute führen wir eine Aktuelle Stunde zu einem Gesetzentwurf durch, der noch nicht einmal vorliegt.

Wir kennen nur das, was Sie uns bisher zur Kenntnis gegeben haben. Das ist der Koalitionsvertrag, den SPD und Grüne in Niedersachsen geschlossen haben. Wir kennen viele Pressemitteilungen. Wir kennen viele einzelne Aussagen von Abgeordneten von SPD und Grünen. Wir kennen Flugblätter, wie ich sie hier im Landtag auch vor der Sommerpause zitiert habe - kurz und schnell von den Grünen zur Zukunft in Inklusion.

Wenn ich einmal alle diese Informationen nehme, kann ich hier nur ganz sachlich zusammenfassen: Sie legen die Axt an die Vielfalt des Bildungssystems in Niedersachsen. Sie wollen in Niedersachsen ein Einheitsschulsystem auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Thomas Schremmer [GRÜNE]:
Quatsch!)

Sie stehen für eine Politik gegen das Gymnasium und holen jetzt zum Generalangriff gegen das Gymnasium aus, indem Sie die Gesamtschule zur ersetzenden Schulform machen,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

indem Sie Nachsteuerungsmöglichkeiten, die es erlauben, Schüler auf die für sie richtige Schulform wechseln zu lassen, nicht mehr einräumen wollen, indem es keinen Gymnasiallehrer, sondern nur noch den Einheitslehrer geben soll und indem Leistung nicht mehr gefördert und gefordert wird. So machen Sie das Gymnasium zur Einheitsschule.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie wollen die erfolgreich gestarteten Oberschulen in Ihrem System zerschlagen und die Oberschulen zur Einheitsschule umbauen. Sie wollen Förder-schulen abschaffen und gefährden damit die erfolgreiche Umsetzung der Inklusion in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei all dem, was jetzt nur in Kurzform hier aufgezählt wurde, ist es - ganz ehrlich - auch kein Wunder, dass Ihre versierten Schulpolitiker das Deck verlassen und rechtzeitig von Bord gehen,

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

bevor das ganze Scheitern deutlich wird. Ein Beispiel dafür haben wir erlebt, und Herr Poppe wird in wenigen Wochen folgen.

(Beifall bei der CDU - Thomas Schremmer [GRÜNE]: Wir wurden doch wohl mit Mehrheit gewählt - im Gegensatz zu Ihnen!)

Deswegen gilt beim Thema Sachlichkeit die Anforderung:

(Petra Tiemann [SPD]: Tolles Beispiel für Sachlichkeit!)

Sagen Sie endlich der Öffentlichkeit die Wahrheit über das, was Sie vorhaben. - Die Ministerin erklärt im dpa-Interview von gestern, dass sie nicht mehr über Strukturen sprechen will. Nur: Bei all dem, was Sie hier ankündigen, bringen Sie diese Strukturdebatte ins gesamte Bundesland.

Die Ministerin sagt in dem dpa-Interview von gestern, dass sie die Gymnasien stärkt. Die Realität ist aber, dass die Gymnasien in Niedersachsen noch

nie in unserer Landesgeschichte so bedroht waren wie heute.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Ich habe dazu im Landtag bereits im letzten Jahr etwas gesagt und die Ministerin auch aufgefordert, die Wahrheit zu sagen. Ihr Staatssekretär tut es im Gegensatz zu ihr nämlich. Als wir im letzten Jahr zum gleichen Thema diskutiert haben, hat Staatssekretär Bräth - auch über ein dpa-Interview - verlauten lassen, man müsse kein Mathematiker sein, um zu wissen, dass die Gesamtschulen Konsequenzen für die Gymnasien haben würden. Weiterhin hat er gesagt, dann werde es halt auch so sein, dass wir in Landkreisen, in denen es heute drei Gymnasien gibt, vielleicht nur noch ein Gymnasium haben werden. Der Staatssekretär sagt zumindest die Wahrheit, welche Entwicklung hier ansteht.

Einen Bestandsschutz für die Gymnasien soll es laut dem dpa-Bericht von gestern nicht geben. Diesen Bestandsschutz wird es nach der aktuellen Debatte in Niedersachsen nur noch für eine einzige Schulform geben, nämlich für die Gesamtschule.

(Beifall bei der CDU)

Dazu passt dann auch eine aktuelle Antwort, die wir gerade von der Landesregierung bekommen haben. Wir hatten gefragt: Wie viele Absolventinnen und Absolventen der Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien, die innerhalb der letzten zwölf Monate ihren Vorbereitungsdienst beendet haben, haben keine Stelle im niedersächsischen Schuldienst bekommen? - Lassen Sie sich die Zahl auf der Zunge zergehen: 348 junge Absolventinnen und Absolventen haben wir auf der Straße stehen gelassen und in Niedersachsen nicht eingestellt.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Wer bei dieser Situation davon spricht, dass man das Gymnasium stärken wolle, muss die Verbindung zur Realität vollkommen verloren haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Menschen in unserem Bundesland wollen das, was hier gerade passiert, nicht. Zum Schuljahresbeginn wurden 17 neue Oberschulen und nur 10 neue Gesamtschulen genehmigt. In den aktuellen Umfragen vom *Spiegel* und vom NDR wird mit breiten Mehrheiten von über 80 % deutlich, dass die Menschen von den Plänen zur Abschaffung

der Noten, des Sitzenbleibens oder auch der Schullaufbahnpflicht gar nichts halten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen letzter Satz - ich habe die Zeit überzogen -: Ihr angebliches Bildungschancengesetz wird zu einem Chancenvernichtungsgesetz für Niedersachsen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Seefried. - Ich fahre in der Reihenfolge der Wortmeldungen fort. Jetzt ist für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Björn Försterling an der Reihe. Bitte sehr! Sie haben das Wort.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Scholing hat gesagt, Bildungsgerechtigkeit solle sich wie ein Faden durch die rot-grüne Schulpolitik ziehen. Ehrlich gesagt, ist das aber nichts anderes als ein seidener Faden. Denn stellen wir uns doch einmal folgende Fragen:

Ist es wirklich gerecht, im Koalitionsvertrag die Abschaffung der Förderschule Emotionale und Soziale Entwicklung zu vereinbaren, die Eltern zu verunsichern und einige Wochen später dann wieder zurückzurufen?

Ist es wirklich gerecht, seit anderthalb Jahren von der Abschaffung der Förderschule Sprache zu sprechen? Ist es wirklich gerecht, die Eltern zu vertrösten? Ist es wirklich gerecht, dass Eltern erst den Ministerpräsidenten anschreiben müssen, um eine Antwort der Kultusministerin zu erhalten? Ist es wirklich gerecht, dass Sie die 10 000 Petenten für den Erhalt der Förderschule Sprache ignorieren, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Ist es gerecht, dass Sie die Noten an der Grundschule abschaffen wollen, obwohl Eltern und Schüler sie beibehalten wollen?

Ist es gerecht, dass Sie mit dem neuen Schulgesetz das Sitzenbleiben abschaffen wollen, obwohl Eltern und Schüler auch das beibehalten wollen?

Ist es gerecht, dass Sie ein Dialogforum zur Zukunft der Gymnasien durchführen und den Verband der Elternräte der Gymnasien ausladen, weil Ihnen deren Meinung nicht passt?

(Christian Dürr [FDP]: Unglaublich!)

Ist es gerecht, dass Sie ganz bewusst die Unterrichtsversorgung um mehrere Prozentpunkte absenken wollen?

Ist es gerecht, dass Sie den Ganztagschülerlass erst zwei Tage vor den Sommerferien in die Schulen geben?

Ist es gerecht, dass Sie die Altersermäßigung der Lehrkräfte, ein SPD-Versprechen, einfach so ein-kassieren?

Ist es gerecht, dass Sie den Gymnasiallehrern einfach Mehrarbeit auflasten?

Ist es gerecht, dass Sie mit diesem neuen Schulgesetz den Schülern in Niedersachsen das Recht auf den Besuch eines Gymnasiums nehmen wollen?

Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist alles nicht gerecht! Wovon wir hier reden, ist keine Bildungsgerechtigkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Anstatt sich diesen Fragen zu stellen, macht die Ministerin nichts anderes, als eine große Werbetour, eine Selbstimagekampagne durch die Ganztagschulen zu starten, und sie vernachlässigt dabei die Probleme, die in den niedersächsischen Schulen tatsächlich gelöst werden müssten: Wie geht es weiter mit der Inklusion? Wie können wir für den Erhalt von kleinen Grundschulstandorten im ländlichen Raum sorgen? Wie sorgen wir eigentlich dafür, dass die Schulleiterstellen wiederbesetzt werden? Wie sieht es mit der tatsächlichen Lehrerarbeitszeit aus? Was macht eigentlich der ganze Bereich der Schulsozialarbeit?

(Zuruf von der SPD: Was haben Sie denn gemacht? - Gegenruf von Christian Dürr [FDP]: Gute Politik!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da haben die Schulen wirklich Probleme. Frau Ministerin, kümmern Sie sich endlich um die Probleme in den Schulen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Ministerin gibt zusammen mit dem Ministerpräsidenten dpa ein Interview und sagt: Die Opposition will nur einen Schulstreit anzetteln, weil sie selbst kein Konzept hat! - Schauen Sie sich einmal die Anträge von CDU und FDP aus den letzten Monaten an! Wir haben Konzepte zur Inklusion, zu den Grundschulen im ländlichen Raum, zur

Schulsozialarbeit und zu vielen weiteren Punkten vorgelegt.

Sie sind aber mit sich selbst beschäftigt, und Sie interessieren sich überhaupt nicht für die Probleme in den Schulen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Sie reden von Bildungsgerechtigkeit. Aber das, was Sie machen, ist keine bildungsgerechte Politik, sondern nichts anderes als selbstgerechte Politik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Försterling. - Es folgt jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Stefan Politze. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Stefan Politze (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! Sie wollen es nicht verstehen. Nur diese Schlussfolgerung kann man aus den beiden Redebeiträgen, die wir gerade gehört haben, ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden nicht nur über Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe, wir organisieren Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe für die Schülerinnen und Schüler, und zwar im gesamten Bildungssystem. Wir wollen niemanden auf dem Weg zurücklassen.

Wir sollten die Debatten darüber wirklich sachlich führen. Aber was macht die Opposition reflexartig? - Sie schnappt in alle Richtungen, ohne dass derzeit überhaupt ein Entwurf im Verfahren ist. Da drängt sich doch die Frage auf: Warum? Warum Panik und Fluch über einen Gesetzentwurf verbreiten, der bevorsteht und erst noch in diesem Gremium hier beraten wird?

(Zuruf von der CDU: Dann lesen Sie ihn doch vor!)

Die Antwort darauf ist ziemlich einfach: Der Opposition fehlt jegliches bildungspolitische Gesamtkonzept.

(Beifall bei der SPD)

Die Opposition läuft planlos durch die Gegend und führt Phantomdebatten über die bevorstehende Auflösung der Gymnasien.

Die Ministerin hat letztens sehr zutreffend festgestellt: Während Rot-Grün ein großes Projekt nach dem anderen auf den Weg bringt, hecheln Sie hinterher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ihr Projekt „Panikmache“ ist die einzige Möglichkeit, um überhaupt in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.

Sie sollten sich von Ihren alten Denkstrukturen verabschieden, nämlich denen der Verhinderungspolitik, und vielmehr daran mitwirken, positive Bildungspolitik für Niedersachsen zu gestalten. Kommen Sie auf den Weg zurück! Dazu laden wir Sie sehr herzlich ein.

Es gibt überhaupt keinen Grund für die hitzige Streitdebatte. Alles ist auf einem guten Weg.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

- Sie können ruhig lachen, Herr Dürr! Es ist alles auf einem guten Weg.

Deshalb möchte ich Ihnen noch einmal ins Gedächtnis rufen, was derzeit auf einem guten Weg ist:

Wir haben die Verhinderung von Gesamtschulen beseitigt, die Sie 2003 eingeführt und 2008 fortgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben das Abitur nach 13 Jahren wieder auf den Weg gebracht - und nicht Sie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben mit der Zukunftsoffensive Bildung einen Meilenstein in der Schulpolitik gesetzt, und das innerhalb von einem Regierungsjahr, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Sie werden nun in das Konzert einstimmen, dass alle Maßnahmen nur auf dem Rücken der Gymnasiallehrer ausgetragen werden.

Ja, wir haben die Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien über eine leicht erhöhte Unterrichtsverpflichtung und das Aussetzen der Altersermäßigung beteiligt, aber nur zu einem minimalen Anteil des Gesamtvolumens. Das war leider notwendig und unvermeidbar.

Im Gegenzug haben wir eine große Anzahl von Entlastungen auf den Weg gebracht: Die Verkleinerung der Klassen wird fortgesetzt, aufgrund der Wiedereinführung des G 9 und der Umstrukturie-

rung der Kerncurricula gibt es einen geringeren Korrekturaufwand, gerade ist ein zukunftsfähiges Altersteilzeitmodell in der Beratung. Das ist Gegenstand dieses Tagungsabschnitts. Die Ausgestaltung des Ganztages führt ebenfalls zu erheblicher Entlastung.

(Beifall bei der SPD)

Das sind nur einige wenige Beispiele, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Da wir schon beim Thema „Geld und Finanzierung“ sind: Sie von Union und FDP hätten es in der Hand gehabt, das Betreuungsgeld nicht einzuführen und damit 1,45 Milliarden Euro mehr im Bildungstopf zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das künftige Schulgesetz wird alle von mir angesprochenen Punkte aufgreifen und ordentlich gesetzlich und untergesetzlich regeln.

Es wird einen kontinuierlichen Faden, wie es der Kollege Scholing bereits gesagt hat, von der Grundschule bis zum Abitur geben, und daran werden wir die Schulpolitik aufreihen.

(Zuruf von der FDP: Alles in einer Schule!)

Dazu gehören der Wegfall der von den Experten seit Langem geforderten Laufbahneempfehlung wie auch die Möglichkeit, in Grundschulen auf Noten zu verzichten. Dazu gehört ebenso, das Abschulen überflüssig zu machen wie auch ein zukunftsfähiges und den heutigen Standards entsprechendes Abitur wieder einzuführen. Dazu gehört aber auch, dass keine Schulform schlechter gestellt wird als die andere. Deshalb wird das Gesetz beinhalten, dass die Gesamtschule ersetzende Schulform wird.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht der viel zitierte Angriff auf das Gymnasium, sondern das ist ausgewogene Schulplanung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die kommunalen Schulträger haben damit mehr Spielraum für eine ordentliche Planung. Wir werden weder bestehende Schulformen abschaffen noch neue erfinden - wie Sie es mit der Oberschule gemacht haben, um andere Schulformen zu behindern.

(Beifall bei der SPD)

Die Eltern werden am Ende entscheiden, auf welche Schulform sie ihre Kinder schicken möchten und welche Maßstäbe damit gesetzt werden.

Lassen Sie mich am Ende noch eine persönliche Bemerkung zu Ihnen als Opposition machen. Im März 2012 hat der Landtag mit breiter Mehrheit die inklusive Schule auf den Weg gebracht. Die Inklusion ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt und wird uns noch viele Jahre beschäftigen. Bitte tun Sie mir und uns den Gefallen: Schlagen Sie sich nicht immer wieder in die Büsche, wenn es um die Übernahme von Verantwortung geht und es schwierig wird, Entscheidungen und Beschlüsse zum Wohle der Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen durchzuhalten! Wir laden Sie sehr herzlich weiter zur sachlichen Mitarbeit ein. Aber faule Kompromisse, wie Sie sie uns aufzwingen wollen, wird es mit uns nicht geben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Es spricht jetzt für die Landesregierung die Kultusministerin Frau Heiligenstadt. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns in neuen Räumlichkeiten, in neuen Sitzgelegenheiten mit neuer Luft um uns herum, aber die Opposition trägt in diesem Raum die alten Gedanken und Ideologien des letzten Jahrhunderts vor!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Wer stellt denn in dieser Debatte, Herr Thümler, die Ideologie seit Jahren in den Vordergrund? - Das sind Sie, das sind nicht wir. Ich darf Sie an eine interessante Äußerung Ihres ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und derzeitigen Landesvorsitzenden aus dem Jahr 2003 erinnern, die er anlässlich der Regierungserklärung am 5. März 2003 zu Protokoll gab:

„Mit uns wird es keine einzige weitere Gesamtschule in Niedersachsen geben.“

Das ist Ideologie pur.

Meine Damen und Herren, was haben Sie nicht alles versucht, um genau dieses Ziel - die Verhinderung von Gesamtschulen in Niedersachsen - zu

erreichen! Sie haben jahrelang Verbote ausgesprochen. Sie haben Hürden aufgebaut. Sie haben Verschlechterungen für diese Schulform ausgesprochen, während Sie positive Veränderungen für andere Schulformen zugelassen haben.

Und dennoch: Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Schulträger - ja, auch CDU-Kommunalpolitikerinnen und -Kommunalpolitiker - sind vor Ort aufgestanden und haben sich dafür engagiert, weitere Gesamtschulen zuzulassen. 50 zusätzliche Gesamtschulen sind seit 2008 in Niedersachsen eingerichtet worden. Gleichzeitig blieb die Zahl der Gymnasien so gut wie unverändert. Gleichzeitig stieg der prozentuale Anteil der Schülerinnen und Schüler, die das Gymnasium wählen, sogar noch an.

Mit dem Versuch, die Gesamtschulen zu diskriminieren, sind Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, grandios gescheitert. Dafür sind Sie im Jahr 2013 abgewählt worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für diese Landesregierung und für die sie tragenden Fraktionen stehen nicht ideologische Debatten um Schulstrukturen im Vordergrund. Vielmehr erkennen wir gesellschaftliche Entwicklungen an. Aufgrund der demografischen Entwicklungen - die Schülerzahlen gehen zurück - muss die Schullandschaft neu gestaltet werden. Die Herausforderungen für die Schulträger sind ganz andere als die des letzten Jahrhunderts, in denen Sie noch denken.

Eine Minute hat es gedauert, meine Damen und Herren, bis Herr Seefried das Wort „Einheitsschule“ benutzte.

(Christian Dürr [FDP]: Darum geht es doch!)

Ich kann dazu nur sagen: Solches Denken ist eher eindimensional.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn unter der Vorgängerregierung das Schulgesetz angefasst wurde - im Übrigen selten durch Entwürfe der Landesregierung -, dann ging es vor allem darum, Schulstrukturen zu zementieren, Hürden zu errichten. Es ging darum, Verbote zu erlassen oder aufrechtzuerhalten.

(Christian Grascha [FDP]: Die Gründung von Oberschulen ist doch kein

Verbot! - Christian Dürr [FDP]: Das Recht, ein Gymnasium zu besuchen, ist doch kein Verbot! Das wollen Sie abschaffen, Frau Heiligenstadt!)

Mein Ziel - und das der Landesregierung - ist ein anderes. Ich möchte Bildungschancen für Kinder erhöhen. Ich möchte die Gleichbehandlung aller Schulformen in Niedersachsen gewährleisten. Ich möchte Schulen und Schulträgern die Möglichkeit geben, vor Ort die Schullandschaft zu gestalten und sie den regionalen Notwendigkeiten und Gegebenheiten anzupassen. Diese Handschrift wird dieses Gesetz prägen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Ein Bildungschancengesetz wird es werden. Das ist nicht mit Verboten, wie Sie sie in der Vergangenheit gepredigt haben, zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn wir die jahrelange Ungleichbehandlung der Gesamtschulen beenden, geht es nicht darum, die Gymnasien anzugreifen. Ganz im Gegenteil, es geht darum, dem Wunsch der Eltern, beide Schulformen vor Ort zu ermöglichen, gerecht zu werden. Es geht darum, dem Wunsch der Schulträger gerecht zu werden, ein Instrument an die Hand zu bekommen, das es ihnen ermöglicht, die Schullandschaft vor Ort einzurichten, und ihnen keine zwanghaften Vorgaben zu machen.

Wir zwingen niemanden, Gesamtschulen einzurichten. Aber wir ermöglichen es, eine Schulform zu wählen, die durchaus den Wünschen der Eltern und der Schulträger vor Ort gerecht werden kann. Es geht uns um Gesamtschulen, es geht uns um Gymnasien, es geht uns um alle Schulformen in Niedersachsen, weil sie - gleichberechtigt nebeneinander - eine bunte Bildungsvielfalt abbilden können.

Meine Damen und Herren, auf diesem Weg werden wir weitergehen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin Heiligenstadt. - Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 a erledigt.

Ich kann übergehen zu

b) Chancen für unsere Kinder statt rot-grüner Schulstreit: „Ministerin krempelt Schullandschaft um“, HAZ vom 11.09.2014 - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/2024

Für die Fraktion der FDP hat sich der Kollege Försterling gemeldet. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Chancen für unsere Kinder statt rot-grüner Schulstreit“ - ja, wir als Liberale wollen vielfältige Chancen für die Kinder in Niedersachsen. Vielfältige Chancen - das bedeutet für uns auch ein vielfältiges Schulsystem, ein Schulsystem, aus dem sich Eltern und Schüler die für sie passende Lösung aussuchen können.

Das betrifft im Übrigen nicht nur die Frage „Gesamtschule oder Gymnasium?“, zu der ich gleich noch komme, sondern auch den Bereich der Förderschulen.

Das neue Schulgesetz soll leider vorsehen - das hat die Ministerin angekündigt, und das steht im Koalitionsvertrag -, den Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf die Möglichkeit zu nehmen, sich ab Klasse 5 für eine Förderschule Lernen oder ab Klasse 1 für eine Förderschule Sprache zu entscheiden. Auch darin sehen wir einen Chancenraub.

(Beifall bei der FDP)

In dem vielzitierten gestrigen Interview der dpa mit dem Ministerpräsidenten und der Kultusministerin ist klar geworden: Haupt-, Real- und Oberschulen haben Sie von Rot-Grün schon längst abgeschrieben. - Ich darf Ihnen empfehlen, Haupt-, Real- und Oberschulen vor Ort zu besuchen und die Schüler zu fragen, was sie eigentlich davon halten, dass Sie überall proklamieren: Na ja, zu diesen Schulen will ja eh keiner mehr gehen. - Damit tun sie diesen Schülerinnen und Schülern wahrlich keinen Gefallen!

(Beifall bei der FDP)

Aber das zeigt, in welche Richtung Sie gehen wollen. Der erste Schritt wird sein, dass Sie dafür sorgen wollen, dass zweizügige Haupt- und Realschulen sowie zweizügige Oberschulen im ländlichen Raum zu vierzügigen Gesamtschulen zusammgelegt werden. Das bedeutet nichts ande-

res als ein Schulsterben im ländlichen Raum, eine Verlängerung der Schulwege und die Bildung von großen Schulzentren.

Sie sehen vor, in diesen großen Schulzentren die Grundschulen direkt an die Gesamtschule anzudocken. Dann wollen Sie die Noten in der Grundschule und die Laufbahneempfehlung abschaffen. So stellen Sie die Eltern vor die Wahl, sich nach Klasse 4 - ohne Noten, ohne Laufbahneempfehlung - zu entscheiden: Bleibt mein Kind an dem Schulzentrum vor Ort, in dem Gebäude, das es kennt, mit den Lehrern, die es kennt, in einem System, in dem es auch weiterhin keine Noten gibt? Oder schicke ich mein zehnjähriges Kind in die entfernte Stadt - Sie reden immer von zumutbaren Bedingungen: 60 Minuten Fahrzeit - zum Gymnasium, in eine neue Umgebungen, mit Noten, mit neuen Lehrern, mit neuen Klassenkameraden?

Und dann reden Sie tatsächlich von Gleichheit zwischen Gesamtschulen und Gymnasien? - Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist so durchsichtig, dass Sie im ländlichen Raum nichts anderes verfolgen als die Volksschule von Klasse 1 bis 10!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Schauen wir uns nun die aktuelle Diskussion in den Städten an! Wir haben eben schon gehört, wie sie dafür sorgen wollen, dass die Gymnasien im ländlichen Raum verschwinden. In den Städten werden dann ganz ähnliche Diskussionen geführt.

Das beste Beispiel ist Braunschweig, wo der neue Oberbürgermeister sagt: Wir wollen eine sechste IGS, aber wir haben kein Geld für ein neues Schulgebäude. Also muss irgendein Gymnasium weichen. - In Braunschweig wird jetzt mehr oder weniger jeden Tag ein anderes Gymnasium durch die Presse getrieben. Die rot-grünen Kommunalpolitiker schauen jetzt erst einmal: Welches Gymnasium wehrt sich am wenigsten? Wo können wir die neue IGS installieren?

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Das stimmt doch so gar nicht!)

Das hat alles einen Grund.

Wenn es in den Städten mehr Gesamtschulen gibt, werden die sich natürlich die Frage stellen: Wie sollen wir eigentlich qualitätsvolle Arbeit leisten?

Schon jetzt sagt die Vorsitzende der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule: Wir brauchen einen repräsentativen Querschnitt aller Schüler.

Wenn aber künftig in dem Zweisäulenmodell Gesamtschule/Gymnasium 100 % der ehemaligen Haupt- und Realschüler auf die Gesamtschule gehen, wie wollen Sie dann noch jemandem weismachen, dass die Gesamtschulen einen repräsentativen Querschnitt durch die gesamte Schülerschaft haben, wenn es daneben noch Gymnasien gibt? - Die Gesamtschulen kämpfen heute schon um Gymnasiasten.

Die Absicht hinter Ihrem Vorhaben, Gesamtschulen zur ersetzenden Schulform zu machen, ist keine andere, als am Ende des Tages Gymnasien abzuschaffen. Genau das werden wir Ihnen in den folgenden Monaten in der Schulgesetzdebatte nachweisen. Ich kann Ihnen eines sagen: Den Kampf gegen das Gymnasium hat noch niemand gewonnen. Auch Sie mit der von Ihnen ständig erhöhten Giftdosis gegen die Gymnasien werden diesen Kampf nicht gewinnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Oh! bei der SPD - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Was soll denn das?)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Försterling. - Es folgt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Scholing. Bitte sehr!

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank an die FDP dafür, dass auch Sie der Bildungspolitik heute so viel Raum geben wollen.

Herr Försterling, noch sind Sie mit Ihrer Fraktion in diesem Landtag vertreten. Wir werden uns einmal Zeit nehmen und über Bildungsgerechtigkeit reden. Das wird bestimmt ein interessantes Gespräch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Fast jede Bildungsstudie weist nach - das muss man sich immer wieder vergegenwärtigen -, dass es in Deutschland einen signifikant hohen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulabschluss gibt. Das ist unerträglich für unser Land. Das ist der Kern. Darum geht es.

(Christian Dürr [FDP]: Und die Gesamtschule ist am schlimmsten!)

Als ich gehört habe, dass auch Sie die Aktuelle Stunde dem Thema Bildungspolitik widmen wollen, habe ich mich gefragt: Wie kann ich das anders machen als in meiner ersten Rede? - Ich habe mich der Mühe unterzogen, die Welt einmal aus Ihrer Sicht zu betrachten.

(Christian Grascha [FDP]: Versuchen Sie es mal mit Inhalten!)

Das geht; denn diese Welt ist ja überschaubar.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Erstens. Wir wollen den Leistungsgedanken aus den Schulen Niedersachsens verbannen. „Kuschelpädagogik“ nennt man das. Ach ja! Anders ist es aus Ihrer Sicht nicht zu interpretieren, dass wir es den Grundschulen - jetzt achten Sie auf dieses Wort - *ermöglichen* wollen, das Benotungssystem durch Entwicklungsberichte zu ersetzen. Die Schullaufbahnpflicht packen Sie natürlich in die gleiche Kiste: Wir wollen den Leistungsgedanken aus den Schulen verbannen.

(Jörg Bode [FDP]: Das ist auch so!)

Kinder ermutigen, Individualisierung und Differenzierung mehr Raum geben, Schulen und Eltern neue Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen - das kommt in Ihrem Weltbild nicht vor.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Falsch!)

Zweitens. Rot-Grün auf dem Weg zur Einheitschule - damit musste man ja rechnen.

(Christian Grascha [FDP]: Das stimmt!)

Der Weg in ein Einheitsschulsystem solle geebnet werden, so Herr Seefried. Herr Försterling meint gar, dass es zukünftig nicht mehr den einzelnen Schüler geben solle, sondern den Einheitsschüler. - Herr Försterling, ich hoffe, dass Sie trotz dieser düsteren Visionen, die Sie hier verbreiten, noch einigermaßen gut schlafen können.

Meine Damen und Herren von der Opposition, diese Befürchtungen sind schlicht und einfach Unsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber anders können Sie unsere bildungspolitischen Entscheidungen nicht werten. Die Herabsetzung der Zügigkeit bei den IGS, die erklärte Ab-

sicht, die IGS zur ersetzenden Schulform zu machen, und unsere Entscheidung, die Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften an den Gymnasien um eine Stunde zu erhöhen - alles der Aspekt: Die Einheitsschule soll kommen, und die Gymnasien sollen abgeschafft werden. - Wir haben es gerade noch einmal gehört.

Meine Damen und Herren, die niedersächsischen Gymnasien - das hat auch die Kultusministerin gesagt - erfreuen sich einer außerordentlich hohen Beliebtheit. Ich bin mal an einem Ordnungsruf vorbeigeschrammt, als ich gesagt habe, wie eingeschränkt man sein müsse, wenn man das nicht sehen würde. - Wir sehen das; da können Sie ganz gewiss sein.

(Zuruf von der CDU: Aber reagieren nicht!)

- Doch, wir reagieren darauf. Wir sind uns dessen voll bewusst.

Fast hätte ich es vergessen, Herr Seefried: Rot-Grün will die Förderschulen abschaffen. - Anscheinend haben Sie schon vergessen, Sie haben das Gesetz zur Einführung der Inklusiven Schule auf den Weg gebracht, und Sie hatten ursprünglich auch die Absicht, die Förderschulen Sprache in den ersten Schritt mit einzubeziehen. Sie haben davon aufgrund heftiger Proteste Abstand genommen.

(Unruhe bei der CDU - Jörg Bode [FDP]: So kann man die Wahrheit auch verdrehen! - Jörg Hillmer [CDU]: Das ist eine Frechheit! Stellen Sie das richtig!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, verabschieden Sie sich bitte von Ihren einfachen, allzu einfachen Erklärungsmustern!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Sie wollen mit diesen Erklärungsmustern die Schulpolitik der rot-grünen Landesregierung diskreditieren.

Mein Kontakt zu meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen ist noch gut genug, um sagen zu können: Das wird nicht aufgehen!

Sie führen eine schulpolitische Debatte, die Frau Ministerin Heiligenstadt im letzten Jahrhundert lokalisiert hat. Ich habe mich gefragt: In welche Zeit gehört diese Debatte? - Ich würde sagen, in die 80er-Jahre, dorthin gehört diese Debatte.

(Christian Dürr [FDP]: Leben Sie eigentlich in der Realität? Draußen demonstrieren Eltern, Schüler, Lehrer!)

Sie wollen immer wieder an der Unzufriedenheit in den Lehrerkollegien andocken.

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

- Darf ich in Ruhe weiterreden? - Vielen Dank.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist schwer zu ertragen, ehrlich gesagt!)

Seien Sie sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen zwischen der inhaltlichen Debatte, die wir hier führen - und das ist eine inhaltliche Debatte -, und der Diskussion über die Arbeitsbelastung an den Arbeitsplätzen in den Schulen durchaus unterscheiden können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der FDP: Warum lehnen Sie dann unseren Antrag ab?)

Schülerinnen und Schüler ermutigen, die Eigenverantwortliche Schule stärken, Elternwünsche ernst nehmen, gesicherte Rahmenbedingungen für die inklusive Schule erarbeiten, Schulträgern neue Handlungsspielräume geben.

(Christian Dürr [FDP]: Wir fordern das Gespräch! Sie wollen es nicht einmal untersuchen, Herr Scholing!)

Wir ordnen nicht an, wir verbieten nicht - wir ermöglichen! Das ist der Unterschied zu Ihrer Schulpolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, auch für die Punktlandung. - Meine Damen und Herren, es folgt jetzt für die Fraktion der SPD der Kollege Poppe. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Claus Peter Poppe (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Seefried, Sie freuen sich zu früh. Ich bin noch da.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es ist das alte Muster, es ist die alte Leier. Von Sachlichkeit, wie in der Aktuellen Stunde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefordert, keine Spur. Der Referentenentwurf zum Niedersächsi-

schen Schulgesetz ist noch nicht einmal in die Anhörung gegeben worden, da hallt schon wieder Kampfgeschrei durch das Land: Schulsterben, Axt anlegen, Einheitsschulsystem, Generalangriff auf das Gymnasium - alles Zitate aus den letzten 30 Minuten.

(Christian Dürr [FDP]: Von Schülern, Eltern und Lehrern, genau!)

- Nur von Ihrer Seite.

(Christian Dürr [FDP]: Das stimmt nicht!)

Hat denn die FDP, Herr Dürr, keine andere Chance mehr, als sich durch überzogene Rhetorik zu profilieren?

(Christian Dürr [FDP]: Hören Sie den Leuten eigentlich nicht zu? - Weitere Zurufe von der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Bei aller Leidenschaft, Herr Dürr und andere, bitte Ruhe! Herr Poppe hat das Wort.

Claus Peter Poppe (SPD):

Die CDU und insbesondere die FDP, Herr Försterling, überbieten sich gegenseitig mit Katastrophenszenarien, die nichts, aber auch gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben. Sie versuchen, Ängste zu schüren, statt konstruktiv an der Weiterentwicklung eines wohnortnahen, vollständigen und regional ausgeglichenen Schulangebots mitzuarbeiten.

(Zuruf von der FDP: Von Vielfalt reden Sie gar nicht mehr!)

Sie schwadronieren und fabulieren vom Untergang der Gymnasien, als wollten Sie - bei Herrn Försterling hatte ich vorhin diesen Eindruck - diese Entwicklung geradezu herbeireden. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Neugestaltung des Gymnasiums mit dem Ziel eines modernen Abiturs nach 13 Jahren, die enorme Weiterentwicklung der Ganztagschulen, die deutlich erweiterten Chancen der Schulträger zu einer ausgewogenen Schullandschaft mit gleichberechtigten Schulformen - das sind Beiträge zum Schulfrieden, wie sie Niedersachsen unter Schwarz-Gelb ein Jahrzehnt lang nicht gesehen hat.

Das neue Niedersächsische Schulgesetz wird ein Ermöglichungsgesetz, keines der Verbote und Restriktionen. Das gilt, Herr Kollege - - -

(Zurufe von der FDP: Försterling, so heißt er!)

- Nein, Herr Kollege Scholing hat es ausgeführt: Das gilt auch in Bezug auf Noten, wo Übergänge zu Lernentwicklungsberichten ermöglicht und nicht verordnet werden.

Herr Försterling hat sich schon in der Gesamtschuldebatte zu einem Bild von einem Flächenbrand verstiegen. Jetzt läuft er aber selbst mit dem Flammenwerfer durch die Gegend statt mit einem Feuerlöscher.

(Beifall bei der SPD)

Uns aber und mir persönlich geht es im Kern nicht um ein Schild an der Tür, sondern um gute Schulen und guten Unterricht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was wird sich tatsächlich im Niedersächsischen Schulgesetz ändern? - Ich halte an drei Beispielen Dichtung und Wahrheit nebeneinander.

Beispiel 1: Behauptet wird landauf, landab, diese Regierung wolle die Förderschulen auflösen.

(Jörg Bode [FDP]: Da muss etwas dran sein! - Zurufe von der CDU)

Tatsache ist, dass die Förderschulen - Sie können alle nicht lesen, wenn Sie das so behaupten -

(Zurufe von der CDU)

geistige Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung, emotionale und soziale Entwicklung, Hören und Sehen unverändert bestehen bleiben.

(Christian Dürr [FDP]: Gerhard Schröder war MP, als ich zur Schule gekommen bin!)

Für den Förderbereich Sprache wird es eine Anbindung an Grundschulen geben. Von einer Abschaffung kann also keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Beispiel 2: Behauptet wird, der Errichtung von beliebig vielen Gesamtschulen würden Tür und Tor geöffnet. Tatsache ist, dass auch hier nichts von oben dekretiert wird. Es geht um Gleichberechtigung und darum, den Schulträgern mehr Möglichkeiten zur Gestaltung einzuräumen, wenn die erforderlichen Schülerzahlen erreicht werden. Der Rahmen der Vierzügigkeit und in absoluten Aus-

nahmefällen der Dreizügigkeit, den wir erst im letzten Jahr eingeführt haben, wird natürlich nicht angetastet.

Beispiel 3: Behauptet wird, diese Regierung wolle den Gymnasien schaden. Tatsache ist, dass die Gymnasien in Zukunft besser ausgestattet werden als je zuvor.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kleinere Klassen, bessere Ganztagsausstattung, ein modernes Abitur nach 13 Jahren, das laut NDR von 80 % der Eltern befürwortet wird, mit ergänzenden Förderstunden gegen Abschulung und für ein mögliches Überspringen werden hervorragende Bedingungen schaffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das, was Sie betreiben, ist eine verfälschende, ja eine verlogene Kampagne, die in sich zusammenbrechen wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Oh! bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, mit den Begriffen „Lügner“, „Verlogenheit“ und Ähnlichem haben wir gewisse Probleme.

(Claus Peter Poppe [SPD]: Wir haben geklärt, was „Lügner“ und was „verlogen“ ist! - Zurufe von der FDP: Wollen wir jetzt den Präsidenten kritisieren?)

Meine Damen und Herren, nächster Redner ist für die Fraktion der CDU Herr Kollege Thümler. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst eine Bemerkung vorweg zu Ihnen, Herr Scholing. Die Idee, die Sprachförderschulen abzuschaffen, stammt nicht von uns, sondern von Ihnen. Ich sage das nur, damit hier der Geschichtswahrheit Genüge getan wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, anlässlich der Vorstellung von Frauke Heiligenstadt als Kandidatin der SPD für das Amt der Kultusministerin gab der damalige Spitzenkandidat der SPD Stephan Weil folgendes Versprechen ab: „Gymna-

sien haben von einer Regierung Weil nichts zu befürchten.“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Stimmt!)

Heute, zwei Jahre später, meine Damen und Herren, fragen sich nicht nur Lehrer, Schüler und Eltern besorgt: Gilt dieses Versprechen noch?

(Christian Dürr [FDP]: Gebrochen!)

Antwort: Nein, dieses Versprechen gilt nicht mehr! - Ich will Ihnen dazu einige Kommentare aus der Landespresse der letzten Woche vortragen:

Der *Weser-Kurier* schrieb am 8. September: „Von Ruhe an der Schulfront ist Niedersachsen meilenweit entfernt.“ Die *Braunschweigische Zeitung* vom 11. September sieht einen neuen Schulkampf heraufziehen und prognostiziert: „Für die Bildungspolitik in Niedersachsen lässt das nichts Gutes erwarten, mehr Ganztage hin oder her.“ Die *Neue Osnabrücker Zeitung* vom 11. September meint: „In Niedersachsen wird es im neuen Schuljahr sehr viel Unruhe geben.“

Meine Damen und Herren, wer diese gewichtigen Stimmen in der veröffentlichten Meinung als Quatsch abtut, wie Sie, Herr Ministerpräsident, es gestern getan haben, der ist entweder hochmütig oder ignorant.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Schulgesetznovelle geht weit über eine Gleichberechtigung der Gesamtschulen mit den Gymnasien und Oberschulen hinaus; das wissen Sie genau. Mit der Festschreibung der Integrierten Gesamtschule als ersetzende Schulform legen Sie die Axt an die Wurzeln des Gymnasiums und der Oberschule gerade im ländlichen Raum.

Wenn Sie das Gegenteil behaupten, dann schauen Sie doch heute schon einmal auf die Unterrichtsversorgung an den Oberschulen im ländlichen Raum. Dann erkennen Sie, Frau Heiligenstadt, dass Sie weit, weit von den 100 % entfernt sind, die Sie einmal prognostiziert haben. Ich kann Ihnen Beispiele zeigen, bei denen wir bei 70 % zu Schuljahresbeginn sind -

(Christian Dürr [FDP]: Unglaublich!)

nicht mit der Ansage, dass es verbessert wird. Im Gegenteil: dass es noch schlechter wird. Dafür sollte man sich schämen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das heißt, meine Damen und Herren: Vorwärts in die Vergangenheit? Zurück in die bildungspolitische Sackgasse? Sollen die pädagogisch gescheiterten Gesamtschulfantasien eines Peter von Oertzen tatsächlich eine Wiederauferstehung erfahren? - Nein, das wollen wir alle nicht erleben, meine Damen und Herren. Das wäre nämlich die Fortsetzung einer Politik des vergangenen Jahrtausends und nicht das, was wir im neuen Jahrtausend brauchen, nämlich ein Schulsystem, in dem unsere Kinder entsprechend ihren Bedürfnissen gefördert und gefordert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eltern und Schüler haben das Recht auf freie Schulwahl. Dieses Recht wollen Sie ihnen mit der angekündigten Schulgesetznovelle nehmen.

Sie können hier erklären, was Sie wollen, dass Sie Wahlmöglichkeiten lassen. - Sie schaffen Fakten mit diesem Gesetz, das Sie hier verabschieden wollen!

Sie ziehen sich darauf zurück, dass die kommunalen Schulträger dann entschieden. - Die entscheiden auf der Grundlage Ihres Gesetzes, meine Damen und Herren! Welche Möglichkeiten sollen sie denn sonst haben, als diesem Trend zu folgen, den Sie dort vorgeben?

Wir haben im Übrigen dieses vermeintliche Bekenntnis zum Gymnasium von Ihnen, Herr Weil, schon einmal gehört, und wir haben es schon im Wahlkampf nicht geglaubt. Negative Angriffe auf Gymnasien - ich zitiere aus der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 13. November 2000 -:

„Die von Finanzdezernent Stephan Weil aufgeworfene Frage, ob die Südstadt fünf Gymnasien brauche, hat den Stadtelternrat auf den Plan gerufen. Weil hatte in seinem neuesten Sparprogramm Schulen zur Disposition gestellt.“

Schon damals starteten Sie eine Ihrer Attacken, ohne zuvor mit den Betroffenen darüber zu reden. Meine Damen und Herren, auch das ist Synonym Ihrer Politik. Sie reden mit den Leuten nicht, obwohl Sie andauernd mit „Dialogbereitschaft“ durch die Gegend ziehen. Sie reden nicht, weil die Menschen unbequem sind und Sie das Unbequeme einfach ausblenden wollen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schulpolitik par ordre du mufti - das war Ihr Politikstil und ist eben auch heute leider Ihr Politikstil, aber kein moderner Politikstil, wie er in diesem Jahrtausend gepflegt werden müsste.

Deswegen mein klarer und eindeutiger Appell an Sie, Herr Weil: Pfeifen Sie Frau Heiligenstadt zurück! Drücken Sie bei der Schulgesetznovelle auf die Reset-Taste! Beginnen Sie ganz von vorne! Kümmern Sie sich um die Sorgen der Schüler, der Eltern und der Lehrer an den Schulen! Lassen Sie die Schulstruktur in Ruhe und kümmern Sie sich um die Qualität!

Das ist eine große Aufgabe. Dafür würden Sie möglicherweise belohnt, wenn Sie endlich verstehen würden, dass dies das Thema ist und nicht das andere.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Thümler. - Die nächste Wortmeldung kommt von der Landesregierung. Frau Ministerin Heiligenstadt, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wortbeitrag von Herrn Thümler hat gezeigt, was das Thema bei der CDU im Moment auf der Tagesordnung ausmacht, meine Damen und Herren: Der Landesvorsitzende im fernen Brüssel bläst auf dem Landesparteitag die Attacke und sagt dann zum Fraktionsvorsitzenden: Jetzt musst du aber auch einmal reden, damit das Thema mal ein bisschen prominenter von der CDU besetzt wird!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Thümler, Sie haben Ihren Beitrag hier pflichtschuldig abgeliefert. Aber so richtig hat man es Ihnen nicht abgenommen, dass Sie an das, was Sie hier gerade vorgetragen haben, wirklich glauben.

(Christian Grascha [FDP]: Sagen Sie auch etwas zum Thema?)

Das, was Sie hier gerade vorgetragen haben, ist wirklich Bildungspolitik von gestern und entspricht hinsichtlich unserer Überlegungen für ein neues Schulgesetz auch nicht der Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Thümler, wir wollen über Qualität und nicht über Strukturen reden.

(Björn Thümler [CDU]: Sie reden doch nur von den Strukturen!)

Sie gehen in die Schützengräben der Strukturdebatte hinein und wollen gar nicht über Qualität reden, weil Sie da überhaupt nicht mithalten können.

Ich mache das einmal am Beispiel der Gymnasien deutlich: Bei den Gymnasien haben Sie die Orientierungsstufe aufgelöst und die Kinder der 5. und 6. Klasse den Gymnasien innerhalb von noch nicht einmal einem Jahr sozusagen übergeben. Sie haben in Niedersachsen das Abitur nach acht Jahren eingeführt und die Gymnasien mit den Problemen, die sie damit haben, und mit dem Stress an den Schulen im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben die Klassenteiler an den Gymnasien, die wir jetzt mühsam nach und nach wieder verkleinern werden, exorbitant vergrößert. Sie haben den Gymnasien tatsächlich die zusätzlichen Zumutungen aufgebürdet. Wir werden jetzt Gymnasien unterstützen und ihre Weiterentwicklung ermöglichen, indem wir die Ganztagschule - 70 % der Gymnasien sind Ganztagschulen - deutlich besser ausstatten, indem wir die Klassenteiler deutlich reduzieren,

(Unruhe bei der CDU)

indem wir an den Gymnasien ein neues, modernes Abitur nach neun Jahren ermöglichen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

80 % der Eltern wollen das, Herr Thümler.

Wir stärken die Gymnasien. Sie führen eine Phantomdebatte um die angebliche Schwächung von Gymnasien, an die Sie noch nicht einmal mehr selbst glauben, wenn man Ihren Vortrag tatsächlich verfolgt hätte.

Präsident Bernd Busemann:

Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hilbers zu?

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Bitte?

Präsident Bernd Busemann:

Der Abgeordnete Hilbers möchte eine Zwischenfrage stellen.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Nein. Lassen Sie mich bitte zu Ende ausführen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Schade!)

Ich kann ja verstehen, dass Sie bei der Bildungspolitik jetzt wirklich in die Tischkante beißen, weil wir die Pace machen,

(Christian Dürr [FDP]: Zusammen mit den Eltern, den Lehrern und den Schülern beißen wir in die Tischkante!
- Christian Grascha [FDP]: Gucken Sie mal, wer draußen gegen Ihre Bildungspolitik demonstriert! - Unruhe)

weil wir tatsächlich die entsprechenden Themen in den Schulen voranbringen: mit Ganztagschulaausbau, mit besserer Ausstattung für Inklusion, mit entsprechender Rechtssicherheit für Verträge.

(Christian Grascha [FDP]: Schüler, Eltern, Gewerkschaften! Alle demonstrieren gegen Ihre Bildungspolitik! Sie ist gescheitert! - Zuruf von Björn Thümler [CDU])

Zehn Jahre lang 70 000 Honorarverträge - Herr Thümler, das haben Sie hinterlassen! Wir mussten erst Ihre Politikhinterlassenschaften aufräumen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Was Sie da erzählen, ist doch falsch!)

Und Sie stellen sich hier wohlfeil hin und reden von Einheitsschule, von einem Angriff aufs Gymnasium. - Wissen Sie, die Eltern sind diese Debatten leid! Die Eltern wollen eine gleichberechtigte Diskussion über Gesamtschulen. Sie wollen eine gleichberechtigte Diskussion über Gymnasien. Die Eltern wollen, dass über Qualität in der Schule geredet wird. Das wollen wir für alle Schulformen ermöglichen, Herr Thümler. Bleiben Sie in Ihrer Meckerecke! Wir machen moderne Bildungspolitik mit einem Bildungschancengesetz!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Machen Sie das mal! Fangen Sie mal damit an!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 4 b.

(Detlef Tanke [SPD]: Jetzt hat es auch jeder verstanden!)

- Herr Tanke, war das eine Wortmeldung?

(Detlef Tanke [SPD]: Ich wollte nur sagen, dass es jetzt jeder verstanden hat!)

- Die Hoffnung stirbt zuletzt.

(Heiterkeit - Detlef Tanke [SPD]: Bei mir nie!)

Meine Damen und Herren, ich gehe damit über zu dem Punkt

c) Rot-Grün in Niedersachsen ohne Kompass in der Flüchtlingspolitik - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/2030

Es hat sich der Abgeordnete Bäumer gemeldet. Herr Bäumer, bitte sehr! Sie haben das Wort.

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der CDU-Fraktion dankbar, dass sie das Thema Flüchtlingspolitik heute auf die Tagesordnung gesetzt hat, und ich bin dankbar, dass ich zu diesem Punkt sprechen darf. Denn damit kann ich ein Versprechen einlösen, das ich vor einem Monat gegeben habe: in Jordanien, genauer gesagt in Amman, in einer katholischen Kirche, umringt von irakischen Christen, die damals wenige Tage zuvor dem Terror des IS entkommen waren. In Jordanien habe ich versprochen, hier in Niedersachsen zu berichten, was diese irakischen Christen erlebt haben.

Ich will von einer alten Frau, einer Witwe, erzählen, deren einziges Erinnerungsstück an ihren Mann der gemeinsame Ehering war und der die Terroristen vom IS befohlen haben, diesen Ring abzugeben - mit oder ohne Finger.

Ich will von einem alten Mann erzählen, der als Christ jahrzehntelang im Irak mit seinem muslimischen Nachbarn Tür an Tür gelebt hat, der immer an das Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen geglaubt hat und der an dem Tag, an dem die IS-Milizen kamen, erleben musste, wie man sein Haus gekennzeichnet hat, und

der von seinem muslimischen Nachbarn aus dem eigenen Haus geworfen wurde.

Lassen Sie mich auch von einem ganz fleißigen Mann erzählen, der sich mit harter Arbeit im Irak einen Handel mit Landmaschinen aufgebaut hatte, der noch im Juni in seinem eigenen Haus leben konnte und der sich heute mit seiner Familie auf 12 m² wiederfindet, notdürftig abgetrennt durch Stoffbahnen.

Diese Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind in den vergangenen zehn Jahren von Bagdad nach Mossul, von Mossul nach Erbil und von Erbil nach Jordanien geflohen. Eine Alternative hatten sie nicht; denn das Freikaufen durch Geld, das Konvertieren zum Islam oder den Tod durch Erhängen kann man nicht als Alternative bezeichnen. - Wobei „Erhängen“ auch Kreuzigung oder Schlachtung bedeuten kann. Ja, meine Damen und Herren, Sie haben richtig gehört: geschlachtet wie ein Tier - von Menschen, deren Brutalität keine Grenzen kennt.

Ich bin der jordanischen Caritas sehr dankbar, dass sie sich wie viele andere Hilfsorganisationen intensiv um diese Menschen kümmert und ihnen ein Dach über dem Kopf gibt. Mir ist in Jordanien deutlich geworden, dass es sich gerade bei diesen Menschen, bei den irakischen und syrischen Christen, nicht um Wirtschaftsflüchtlinge handelt. Mir ist auch deutlich geworden, dass diese Menschen niemals wieder in ein Land zurückkehren wollen, in dem sie alles bis auf ihre Kleidung zurücklassen mussten. Diese Menschen leben jetzt 3 100 km von hier in einer Kirche und warten auf eine europäische Perspektive.

Gerade wegen dieser Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Bundesratsbeschluss vom vergangenen Freitag so wichtig gewesen, und ich frage mich, warum Niedersachsen nicht für die Regelung gestimmt hat. Niedersachsen sagt Nein, und der Ministerpräsident und der Innenminister begrüßen den Beschluss. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, nur ein grüner Kompass kann gleichzeitig nach Norden und nach Süden zeigen.

Ich freue mich, dass es in Deutschland viele Menschen gibt, die helfen wollen und die die Flüchtlinge willkommen heißen. Ich freue mich, dass es - wie im Bistum Osnabrück - Kirchen gibt, die sagen: Wir stellen unsere Wohnungen zur Verfügung.

Ich will Ihnen aber auch nicht verschweigen, dass ich in Jordanien zwei katholische Priester getroffen

habe. Der eine hat mir gesagt: Tun Sie uns einen Gefallen: Schicken Sie uns Waffen in den Irak, damit wir uns verteidigen können. - Der andere Priester hat dringend davon abgeraten, Waffen zu schicken, weil diese Waffen am Ende gegen sie selbst eingesetzt würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich maße mir nicht an, zu wissen, was richtig ist. Aber eines weiß ich ganz genau: Nichtstun ist keine Lösung!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bäumer. - Für die Fraktion der SPD hat sich jetzt die Abgeordnete Schröder-Köpf gemeldet. Frau Schröder-Köpf, Sie haben das Wort.

Doris Schröder-Köpf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Bemerkung vorneweg: Ich empfinde das heute durchaus als besonderen Moment, hier für meine Fraktion, die SPD, eine der ersten Reden in diesem sogenannten Provisorium halten zu dürfen.

Sehr geehrter Herr Präsident, ich finde, hier ist es schön geworden. Viele Abgeordnete haben jetzt einen Blick nach draußen auf die Menschen, auf das Marktgeschehen, auf die Kirche.

Der Blick auf das wahre Leben, sehr geehrte Damen und Herren, bestimmt auch den Kompass von Rot-Grün in der Flüchtlingspolitik in Niedersachsen.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns im übertragenen Sinne „nach draußen“ schauen. Was sehen wir dort? - Am Wochenende flohen binnen 24 Stunden etwa 70 000 Menschen aus Syrien in die Türkei. Beim Sender n-tv hieß es, bisweilen könne man auf türkischer Seite schon Geschützfeuer hören. Der türkische Premierminister Ahmet Davutoğlu schätzt die Zahl der geflüchteten Syrerinnen und Syrer allein für das vergangene Wochenende auf insgesamt 130 000. In der Türkei lebten vorher schon etwa 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge bei - das muss man an dieser Stelle betonen - etwa 76 Millionen Einwohnern. In Deutschland erwarten wir für das ganze Jahr 2014 nach einer Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge etwa 200 000 Menschen, die in größter Not ihre Herkunftsländer verlassen ha-

ben - 200 000 bei einer Bevölkerungszahl von mehr als 80 Millionen.

1992, ein Jahr vor der Verschärfung des Grundrechts auf Asyl, kamen auch aufgrund der Balkankonflikte fast 440 000 Menschen nach Deutschland. Das sind mehr als doppelt so viele, wie für dieses ganze Jahr erwartet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Zahlen muss man kennen, um vernünftig diskutieren zu können. Sicher, die Belastung der Entscheiderinnen und Entscheider im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist hoch. Deshalb wurden etwa 350 zusätzliche Stellen zur Bearbeitung der Asylanträge bewilligt. Seit verganginem Freitag steht nun fest, dass es zu einer weiteren Entlastung kommen soll.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Asylanträge von Personen aus Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina sollen in noch kürzerer Zeit bearbeitet werden können. Grundlage für die Zeitersparnis von rund zehn Minuten pro Fall - so eine Schätzung des Bundesamtes - ist die am vergangenen Freitag im Bundesrat beschlossene sogenannte sichere Drittstaatenregelung. Sie soll auch den Kommunen Entlastung bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun gilt es, die Kapazitäten unserer drei Erstaufnahmeeinrichtungen zu erweitern, auch um Druck von den Kommunen zu nehmen. Innenminister Boris Pistorius ist dazu in Gesprächen und hat außerdem angekündigt, die Pro-Kopf-Pauschale für Asylbewerberinnen und Asylbewerber von derzeit 5 932 Euro pro Jahr zur Entlastung der Kommunen zu erhöhen. Weitere Hilfen für unsere Städte und Gemeinden können und müssen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mithilfe des Bundes auf den Weg gebracht werden.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was aber geschieht mit den Menschen, wenn sie erst einmal in Niedersachsen sind? - Bis zum August haben bereits mehr als 10 000 weitere Personen Schutz und Zuflucht bei uns gesucht. Die Flüchtlinge und Asylsuchenden treffen dann auf die ersten Bausteine unseres integrierten Aufnahmekonzeptes, von Wegweiserkursen in den Landesaufnahmebehörden über zusätzliche Stellen bei der Flüchtlingssozialarbeit und eine Neuaufstellung der medizinischen Versorgung bis hin zu Traumatherapieangeboten und einem erheblich

erweiterten Angebot an Sprachlernklassen und -kursen für Kinder.

Bei unvermeidbaren Abschiebungen versuchen wir, anständig mit den Menschen umzugehen, wie der heute in Kraft getretene Rückführungserlass zeigt. Auch die reformierte Härtefallkommission gehört als Schlussstein zum Konzept.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und Grünen stellen dafür erhebliche zusätzliche Haushaltsmittel in Millionenhöhe bereit. Aber was wäre all das ohne das unglaublich beeindruckende Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen?

Die Bewerbungen für den Niedersächsischen Integrationspreis mit dem Titel „Zuflucht Niedersachsen“ im vergangenen Juni zeigen mir als Juryvorsitzender erneut die riesige Bandbreite des zivilgesellschaftlichen Engagements hier im Land. Da sorgen sich Braunschweiger Kleingärtner um Flüchtlingskinder und legen mit ihnen Gärten an. Pensionierte Lehrerinnen bieten in Dinklage Flüchtlingen Sprachkurse mit Kinderbetreuung an. Ehrenamtliche des Refugiums Wesermarsch staten Flüchtlinge aus aller Welt mit gebrauchten Möbeln aus, um für sie ein gemütliches Zuhause zu schaffen.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

Andere Gruppen wie der Unterstützerkreis für Flüchtlingsunterkünfte in Hannover, dessen Schirmherrin zu sein ich die Ehre habe, bemühen sich, Vorurteile zu zerstreuen und Begegnungen zwischen Anwohnern und Flüchtlingen zu ermöglichen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, ich muss Sie leider unterbrechen. Aber Ihre Redezeit ist deutlich überschritten. Sie müssen zum Schluss kommen.

Doris Schröder-Köpf (SPD):

Ich komme zum Schluss.

Sehr geehrte Damen und Herren, heute ist ein guter Anlass, all diesen Menschen zu danken. Ihre Kompassnadel zeigt in die gleiche Richtung wie die von Rot-Grün in Niedersachsen, nämlich in Richtung Menschlichkeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schröder-Köpf. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gut, dass es Politiker gibt, die eine Verantwortungsethik haben. Winfried Kretschmann ist so einer.

(Björn Thümler [CDU]: Guter Mann!)

Es ist gut, dass der Bundesrat die Staaten des Westbalkans als sichere Herkunftsstaaten eingestuft hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Kommunen in Niedersachsen hätten auch von dieser Landesregierung eine Zustimmung erwartet. Sie haben die Landesregierung am 11. September eindringlich dazu aufgefordert, dem Kompromiss im Bundesrat zuzustimmen - leider vergebens.

Worüber reden wir? - Wir reden über 37 000 Asylanträge von Menschen aus den drei Ländern Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, von denen nur 0,3 % anerkannt wurden. Solche Anträge können nun im beschleunigten Verfahren abgearbeitet werden; die Kollegin Schröder-Köpf hat es gerade ausgeführt. Das entlastet die Behörden und die Kommunen, und zwar ohne dass das Asylrecht ausgehöhlt wird; denn jeder Einzelfall wird natürlich weiterhin geprüft. Das entlastet auch die Mitarbeiter, die sich um Menschen kümmern, die aus Krisengebieten wie dem Irak oder aus Syrien stammen und unsere Hilfe brauchen. Ich bin dem Kollegen Bäumer sehr dankbar dafür, dass er hier von seinen Erfahrungen berichtet hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das alles hat uns auch der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Herr Dr. Schmidt, ausführlich im Ausschuss dargelegt. Er hat uns die Hintergründe erklärt, warum das Gesetzgebungsverfahren des Bundes auf den Weg gebracht wurde und wie die Zahlen sind. Auch die Kollegin Schröder-Köpf hat auf diese Zahlen verwiesen.

Im Ausschuss, meine sehr verehrten Damen und Herren, kamen von den Grünen keinerlei kritische Anmerkungen. Anscheinend ist es nicht bis zu den grünen Ministern in dieser Landesregierung durchgedrungen, dass fachlich gesehen alle Argumente für den Asylkompromiss gesprochen haben. Meine

sehr verehrten Damen und Herren, ich betone: im Sinne der und für die Flüchtlinge.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Herr Kretschmann wird von seinen grünen Parteifreunden gerade stark gescholten. Er hat der Bundesregierung eine Protokollerklärung abgerungen, die im Rahmen der Beratungen im Bundesrat abgegeben wurde. Sie ist zwar ganz nett, aber inhaltlich bleibt bei näherem Hinsehen kaum etwas übrig. Die Residenzpflicht ist in den meisten Bundesländern ohnehin schon abgeschafft, und auch das Sachleistungsprinzip ist schon fast überall dem Geldleistungsprinzip gewichen. Wirklich keine großartigen Neuerungen!

Der richtige Weg wäre der Wegfall der Vorrangprüfung, und deswegen muss die Bundesregierung hierzu jetzt schnell einen Gesetzentwurf vorlegen. Die Protokollerklärung allein ist nur bedrucktes Papier. Wenn wir den Menschen die Möglichkeit geben wollen, eine Arbeit aufzunehmen, dann muss dies gesetzlich geregelt werden. Das sollte die Bundesregierung jetzt schleunigst tun.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren: Das alles ist Schnee von gestern. Worauf wir warten, ist, dass diese Landesregierung den Kommunen konkret hilft, die große Schwierigkeiten haben, die Flüchtlinge vor Ort unterzubringen. Wann endlich stehen die erweiterten Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen zur Verfügung? Wann gibt es die zusätzliche Außenstelle? Wann organisieren Sie die Verteilung auf die Kommunen endlich so, dass die Vorankündigung die Kommune nicht erst zwei Tage vorher erreicht? - Zwei Tage! Es gibt Zeitdruck, Herr Minister. Seit Monaten ist hier nichts passiert. Handeln Sie endlich! Tun Sie was! Helfen Sie den Kommunen!

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Außerdem haben Sie angekündigt, dass Sie die Pro-Kopf-Pauschale anheben wollen. Richtig! Aber wo ist das Gesetz? - Das hätte doch auf der Tagesordnung stehen oder im Verfahren sein können. Es würde reichen, im Aufnahmegesetz eine einzige Zahl zu ändern. Eine einzige Zahl muss geändert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das könnten Sie als zusätzlichen Artikel an jedes laufende Gesetzgebungsverfahren anhängen. Ich schreibe Ihnen das in fünf Minuten

auf, wenn Sie wollen. Da helfe ich Ihnen gern, Herr Minister.

(Thomas Schremmer [GRÜNE]: Aber in zehn Jahren habt ihr es nicht gemacht! - Petra Tiemann [SPD]: Zehn Jahre hast du auf dem Stift gesessen!)

- Hören Sie auf, zu lamentieren, Herr Kollege Schremmer und Frau Kollegin Tiemann. Zuletzt wurde die Pauschale im Jahr 2010 angehoben, nämlich auf 4 986 Euro, wenn ich das richtig im Kopf habe. 2010 hat Schwarz-Gelb regiert. Wir haben seinerzeit die Pauschale angehoben. Insofern können Sie uns hier nicht vorwerfen, dass wir hier nichts getan hätten.

Tun Sie etwas! Legen Sie einen Gesetzentwurf vor! Helfen Sie den Kommunen! Helfen Sie den Flüchtlingen! Sie müssen jetzt handeln, verehrter Herr Minister.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege Oetjen. Auch das war zeitlich eine Punktlandung. - Frau Kollegin Filiz Polat, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sie haben als Nächste das Wort. Bitte schön!

Filiz Polat (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bäumer, ich bedanke mich für Ihr Engagement. Ich habe in der Zeitung darüber gelesen, dass Sie sich vor Ort um die aus dem Irak geflohenen Christen gekümmert haben.

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen, dass ich mich schon wundere. Wir haben hier im Niedersächsischen Landtag zu Ihrer Regierungszeit sehr, sehr lange über ein humanitäres Aufnahmeprogramm für irakische Flüchtlinge gestritten. Die Flüchtlingslager in Jordanien und im Jemen waren voll. Wir haben auch über die Situation der irakischen Christen gesprochen. Und es war Ihr Innenminister, der sich bis zum Schluss geweigert hat, gegenüber dem Bund ein humanitäres Programm einzufordern. Es mussten erst andere Minister kommen und dieses humanitäre Aufnahmeprogramm auf den Weg bringen. - Das ist die Wahrheit, und das müssen Sie auch anerkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Jetzt haben wir dieselbe Situation. Ob es um ein humanitäres Aufnahmeprogramm für die Jesiden geht - es ist unser Innenminister, der sich im Bund dafür stark macht, genauso, wie er es für die Syrerinnen und Syrer gemacht hat. Es sind die Innenminister von CDU und CSU, die diese Aufnahmeprogramme bis zum Schluss blockieren, und es ist unredlich, dass Sie dies hier nicht erwähnen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb kann ich auch nur feststellen, dass die schwarz-gelbe Flüchtlingspolitik in Niedersachsen orientierungslos ist. Aber das, meine Damen und Herren, bestreitet auch niemand mehr im Land. Sie müssen einmal die Presse lesen. Das hat nicht einmal mehr Ihr damaliger Kapitän David McAllister bestritten. David McAllister - das wissen Sie alle - sagte nach der Abwahl seiner Regierung im Jahr 2013 zur Flüchtlingspolitik Ihrer Landesregierung:

„Das hätte ich nach einem Wahlsieg geändert ... Die Leute tun doch niemandem etwas, und wenn man sich die demografische Entwicklung anschaut, müssen wir über jeden froh sein, der kommt.“

Über jeden, meine Damen und Herren! Deswegen unterscheiden wir auch nicht zwischen Flüchtlingen, und wir halten es auch für unredlich, gerade bei der größten anerkannten nationalen Minderheit der Roma und Sinti von Armutsflüchtlingen zu sprechen. Ich war mit vielen Kolleginnen und Kollegen im Kosovo. Dort herrscht systematische Diskriminierung, genauso wie in Serbien, wo mein Kollege Onay kürzlich mit einer Jugendgruppe der Roma und Sinti aus Niedersachsen war.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Herr Bäumer, wir haben Sie mehrfach eingeladen, den Paradigmenwechsel in der niedersächsischen Flüchtlingspolitik zu unterstützen. Aber wenn ich den heutigen Kommentar der CDU zum Rückführungserlass lese, dann wird deutlich, dass wir von Ihrer Seite keine Unterstützung zu erwarten haben. Sie bleiben manövrierunfähig, meine Damen und Herren von der CDU, Sie brauchen Orientierung.

Schauen Sie doch bitte einmal auf die niedersächsische Härtefallkommission! Letzte Woche war Frau Breusing, die Vorsitzende, in der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe zu Gast. Frau Eilers war auch da. Frau Breusing hat ein Bild

gezeichnet. Die Vertreterinnen und Vertreter der Migrantenorganisationen waren total überrascht, eine Repräsentanz der Härtefallkommission zu erleben, die begeistert war von der Arbeit, trotz der schwierigen Aufgabe, die die Mitglieder der Härtefallkommission zu leisten haben.

An dieser Stelle im Namen unserer Fraktion nochmals herzlichen Dank an die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Härtefallkommission in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Die Härtefallkommission steht exemplarisch für die neue Flüchtlingspolitik in Niedersachsen, und sie wurde unter Ihrer Regierung, Herr Bäumer, ad absurdum geführt. Sie erinnern sich: Die Kirchen haben protestiert, doch Sie hielten Kurs, trotz mehrfacher Rücktritte von Kommissionsmitgliedern. Herr Dr. Weusmann, der Vertreter der evangelischen Kirche, begründete damals seinen Rücktritt mit den Worten, er müsse als Kirchenvertreter darauf achten, dass humanitäre Gründe den Vorrang haben. Ein Dutzend Vertreter haben in Ihrer Regierungszeit die Kommission unter Protest verlassen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Herr Bäumer, Rot-Grün hat mit seinem Haushaltsänderungsantrag mit Blick auf die gestiegenen Zahlen von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern die Mittel für die Flüchtlingssozialarbeit aufgestockt, den Personalschlüssel in den Erstaufnahmeeinrichtungen erhöht und erstmals die Versorgung traumatisierter Flüchtlinge sichergestellt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch einmal betonen: Schon in den Änderungsanträgen der Opposition zum Haushalt 2014 für diesen Fachbereich gilt: Fehlanzeige! Beide Oppositionsfraktionen haben nämlich nichts dazugelernt. Obwohl die Zahlen gestiegen sind, haben Sie in Ihren Haushaltsänderungsanträgen keinen Beitrag zu mehr Humanität der Flüchtlingspolitik in Niedersachsen geleistet. Auch das ist die Wahrheit und muss an dieser Stelle gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, mein letzter Satz: Deshalb kann das Land Niedersachsen mit unserer rot-grünen

Landesregierung und mit diesem Innenminister, Herrn Boris Pistorius,

(Jens Nacke [CDU]: Reden Sie mit den Bürgermeistern, Frau Kollegin? Sie haben keine Ahnung, was los ist!)

als diesjähriger Gastgeber des Tags der Deutschen Einheit würdig unter dem Motto „Vereint in Vielfalt“ ein weltoffenes Niedersachsen präsentieren. Herr Ministerpräsident, vielen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Kollegin Polat. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Innenminister Pistorius das Wort.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Aktuelle Stunde, in deren Titel der „Kompass“ - also maritime Sprache - vorkommt, verleitet dazu, das eine oder andere Bild zu bemühen. Ich habe mir das auch überlegt, aber verworfen, weil ich sonst in die Versuchung geraten wäre, über Leichtmatrosen und Klabaufsteiger zu sprechen, und das wollte ich mir dann doch nicht geben.

(Jens Nacke [CDU]: Ich finde, das Thema ist zu ernst, Herr Minister!)

- Deswegen sage ich das ja. Ihre Kompass-Nummer ist auch nicht gerade von Ernsthaftigkeit geprägt. Denn Sie wissen ganz genau - und das ist Ihr größtes Problem -, dass diese Landesregierung seit anderthalb Jahren einen ganz klaren Kurs in der Flüchtlingspolitik fährt,

(Beifall bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Bleiben Sie mal auf dem Teppich! - Reinhold Hilbers [CDU]: Sie sind es doch, die die Familien über Nacht abgeschoben haben! Muss ich das noch einmal wiederholen? - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

und zwar einen, der leicht erkennbar ist für denjenigen, der zuhören und nicht nur dazwischenrufen will. Das ist sehr einfach. Ich will es Ihnen gern erklären, wenn Sie einen Augenblick zuhören.

Wir fahren einen Kurs, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Bei allen Flüchtlingen aus den verschiedenen Regionen der Welt, die eben be-

schrieben wurden, geht es nicht um *Zahlen* von Menschen und nicht um *Massen* von Schicksalen, sondern es geht in jedem Einzelfall um ein menschliches Schicksal, um ein Individuum und damit um den Menschen. Diesen Menschen stellen wir in den Mittelpunkt unserer Flüchtlingspolitik. Das ist der wesentliche Unterschied zu dem, was vorher war.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist doch Unsinn, Herr Minister! Das wissen Sie!)

Zweitens. Wir stellen fest: Wir haben in den ersten anderthalb Jahren schon mehr an Kurswechsel vollbracht, als Sie uns zugetraut haben.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist Unsinn, Herr Minister!)

Frau Doris Schröder-Köpf und andere haben es beschrieben. Wir haben die Härtefallkommission reformiert, wir haben in den LABNIs Personal aufgebaut, und wir bauen die Aufnahmekapazitäten weiter aus. Damit hätten Sie im Jahr 2011 schon beginnen können. Damals stiegen die Zahlen schon, aber damals wollten Sie lieber wegschauen. Auch damals waren die Zahlen schon im Anstieg begriffen, und keiner hat sich der Sache angenommen. Wir tun das jetzt mit Hochdruck und werden in diesem Jahr die entsprechenden Entscheidungen auf den Weg bringen. Da seien Sie mal ganz beruhigt.

(Jens Nacke [CDU]: Reden Sie einmal mit den Bürgermeistern!)

- Ach, Herr Nacke, wenn Sie wüssten, wie viel ich mit Bürgermeistern und kommunalen Spitzenverbänden rede! Ich weiß sehr gut, was in den Kommunen los ist.

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß, welche Probleme die Kommunen mit der Unterbringung von Flüchtlingen haben, ich weiß, welcher Kostendruck besteht, und ich weiß, wie wichtig es ist, dass wir hier gemeinsam Hilfe anbieten, weil wir sonst, wie es Herr Kretschmann ausgedrückt hat, die fragile Empathie für Flüchtlinge in unserer Bevölkerung infrage stellen oder gefährden. Das kann niemand von uns wollen. Deswegen ist Hilfe angesagt, und die werden wir erbringen.

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, viel interessanter ist ja, dass Sie etwas skandalisieren, was es zu Ihrer Zeit offenbar nie gegeben hat oder was in Ihrer Erinnerung infolge einer möglichen temporären Teilamnesie nicht mehr vorkommt: dass es nämlich in einer Koalition unterschiedliche Auffassungen gibt.

Für mich als jemand, der seit vielen Jahren Politik macht, ist es die normalste Sache der Welt, dass man zu unterschiedlichen Auffassungen gelangt. Wenn ich mir die beiden Fraktionen rechts von mir anschau: Sie haben zehn Jahre regiert, und ich kann mich gut erinnern, dass es so manche Entscheidung gab, bei der Sie sich im Bundesrat enthalten haben, obwohl die eine Fraktion dafür und die andere dagegen war und man auch dafür oder dagegen hätte stimmen können. Das ist das Normalste der Welt, meine Damen und Herren.

Das zu skandalisieren, ist umso bemerkenswerter vor dem Hintergrund einer Regierungsmehrheit im Landtag und einer Landesregierung, die in der Frage, wie wir Flüchtlingspolitik gestalten wollen, nicht ein Blatt Papier zwischen sich kommen lässt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU] lacht)

Wenn wir uns dann in einer einzigen Frage in der Koalition nicht verständigen können, dann ist das eben so. Ich mache kein Hehl daraus, dass ich froh bin über die Bundesratsmehrheit. Ich bin Herrn Kretschmann dankbar für seine Entscheidung. Ich halte den Kompromiss für richtig, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber in einer Koalition kann das Land im Bundesrat nun einmal nicht zustimmen, wenn man sich nicht verständigen kann. Ich habe damit kein Problem, um es deutlich zu sagen.

(Zuruf von Jens Nacke [CDU])

- Das ist ja das Schöne: Es gibt immer irgendwo jemanden, der den Weg dann frei macht. Das war zu Ihrer Zeit so, und das ist zu unserer Zeit so.

(Christian Grascha [FDP]: Solange das Ergebnis stimmt, nicht wahr? – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

- In einer Koalition ist es das Normalste der Welt. Aber wissen Sie, was der Unterschied ist, was diese Koalition unterscheidet?

(Jens Nacke [CDU]: Peinlich! Sie melden sich völlig ab! - Lachen bei der SPD)

Herr Präsident, gibt es eigentlich Noten für schlechte Witze im Parlament?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das machen wir einmal außerhalb der Sitzung. Ansonsten haben wir hier keine Möglichkeit, Noten zu erteilen.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Jede Koalition hat solche Situationen. Sie haben es gerade selber zugestanden. Der Unterschied zwischen dieser Koalition und z. B. der letzten schwarz-gelben - „letzte“ gar nicht historisch gemeint; bitte nicht falsch verstehen! - Koalition auf Bundesebene ist der: Wir beschimpfen uns nicht gegenseitig als „Sauhaufen“ und „Gurkentruppe“.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: So viel zum Kapitel „schlechte Witze“!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich kann feststellen, dass die Besprechung zu Punkt c der Aktuellen Stunde abgeschlossen ist.

Ich rufe auf

d) Rot-Grün wirkt: Endlich wieder ein Semesteranfang ohne Studiengebühren - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 17/2029

Für die Fraktion der SPD spricht Frau Dr. Silke Lesemann. Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich freue mich sehr, sagen zu können: Der anstehende Semesteranfang ist endlich wieder ein Semesteranfang ohne Studiengebühren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die rot-grüne Landesregierung hat mit deren Abschaffung ein zentrales Wahlkampfversprechen eingelöst. Mit der Abschaffung der Gebühren werden die Eltern und die Studierenden finanziell entlastet.

Diese Landesregierung hält ein weiteres Versprechen: Die Studiengebühren werden abgeschafft, und die abgeschafften Studiengebühren werden den Hochschulen zu 100 % in Form von Studienqualitätsmitteln kompensiert. Niedersachsen ist zwar das letzte Bundesland, das die Studiengebühren abschafft. Andere waren schneller, haben es aber nicht geschafft, die ausfallenden Mittel den Hochschulen komplett bereitzustellen. Rot-Grün macht das. Niedersachsen schafft es, die entfallenden Mittel vollständig zu kompensieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Niedersachsen erhalten die Hochschulen künftig Studienqualitätsmittel aus dem Landeshaushalt. Die Unis und die Fachhochschulen bilden ab dem Wintersemester 2014/15 Studienqualitätskommissionen, in denen die Studierenden zur Hälfte vertreten sind, um über den Einsatz der Mittel zu entscheiden.

Die Studiengebühren haben Niedersachsen über Jahre hinweg zu einem Exportbundesland gemacht: Nicht Wirtschaftsgüter, sondern kluge Köpfe haben unser Bundesland in Richtung studiengebührenfreier Bundesländer verlassen. Mit diesem Braindrain à la Niedersachsen ist jetzt Schluss. Niemand muss Niedersachsen mehr wegen der Studiengebühren verlassen.

(Christian Grascha [FDP]: Dazu warten wir mal die Zahlen ab!)

Meine Damen, meine Herren, mit der Abschaffung der Studiengebühren stellen wir ein Stück Chancengleichheit und damit Gerechtigkeit her. Auch die Langzeitstudiengebühren werden verringert und sozialverträglicher gestaltet.

Verschiedene Studien haben uns gezeigt, dass Studiengebühren ungerecht sind, da sie vor allem Kinder aus einkommensschwächeren Elternhäusern finanziell belasten und für diese eine finanzielle Hürde darstellen. Die Zahlen sind allgemein bekannt. 83 % der Akademikerkinder studieren, aber nur 23 % der Kinder aus nicht akademischen Elternhäusern. Damit werden die Hochschulbildung und die Aussicht auf einen guten Job sozial vererbt.

Die Studiengebühren waren somit ein Hindernis für einen sozialen Aufstieg. Dieses Hindernis haben wir nun beseitigt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Abschaffung der Studiengebühren ist ein wichtiger Baustein einer gesamten Bildungsstrategie von Rot-Grün. Es geht um nichts weniger als darum, Hindernisse zu beseitigen, die soziale Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg verhindern. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen kümmern sich um die frühkindliche Förderung, um eine bessere Schulpolitik, die berufliche Erstausbildung, die Hochschul- und die Weiterbildung.

Bildung durchzieht unser ganzes Leben. Wir verbessern die Bildungsstrukturen und sorgen für zielgerichtete Bildungsinvestitionen. Nur so kann mehr Chancengleichheit in der Bildung erreicht werden - unabhängig von der sozialen Herkunft.

Ich möchte an dieser Stelle nur ein Beispiel aus dem Kulturbereich nennen. Wir kümmern uns um die frühkindliche Bildung, die der Bildungsgrundstein für jedes Kind und entscheidend für den weiteren Bildungserfolg ist. Wir finanzieren die dritte Kraft in den Krippen, damit auch die Kleinsten eine bessere Bildung erfahren.

Aber zurück zu den Hochschulen! Die Abschaffung der Studiengebühren ist ein großer Erfolg, aber nicht unser einziger. Im Juli haben wir ein Fachhochschulentwicklungsprogramm auf den Weg gebracht, durch das wir in Niedersachsen bis 2020 mehr als 480 Millionen Euro bereitstellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hierdurch werden 3 400 temporäre Studienanfängerplätze, die im Rahmen des Hochschulpaktes aufgebaut wurden, nun in reguläre Studienanfängerplätze umgewandelt. Damit heben wir die Grundkapazität dauerhaft um mehr als ein Drittel an. Wir finanzieren innovative Studiengänge. Wir kümmern uns um und sorgen für den qualifizierten Nachwuchs in kleinen und mittleren Unternehmen.

Das Fachhochschulentwicklungsprogramm spiegelt die langjährige Forderung meiner Fraktion nach der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung wider. Fachhochschulen sind Brückenbauer zwischen der beruflichen und der akademischen Bildung, da ein großer Teil der Studierenden vorher eine berufliche Ausbildung

absolviert hat. Die Fachhochschulen ermöglichen somit einen sozialen Aufstieg.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Landtagsfraktionen von Rot und Grün arbeiten weiterhin mit Hochdruck daran, die Bildung in Niedersachsen weiter zu stärken und den Zugang zu Bildung gerechter zu gestalten. Die Abschaffung der Studiengebühren ist ein Baustein. Weitere werden folgen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Dr. Lesemann. Auch das waren glatte fünf Minuten. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Christian Grascha das Wort.

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Frage der Studienbeiträge geht es vor allem um optimale Studienbedingungen für junge Menschen. Es geht darum, dass allen die Chance auf ein Leben in Eigenverantwortung ermöglicht werden kann, und damit auch darum, ein Leben zu ermöglichen, in dem man Verantwortung für andere übernimmt. Das muss im Mittelpunkt dieser Debatte stehen.

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, auch wenn Sie an diesem Mittag noch so viele Sektkorke knallen lassen: Um die Frage, wie Sie die Studienbedingungen angesichts einer wachsenden Anzahl von Studenten finanzieren wollen, werden Sie nicht herumkommen. Es geht um die Finanzierungsfrage. Es geht darum, dass bis ins Jahr 2020 deutschlandweit 450 000 neue Studenten pro Jahr ein Studium beginnen; das sind 37 000 Studienanfänger mehr, als ursprünglich kalkuliert wurde. Wenn wir angesichts der Schuldenbremse die Qualität für unsere Hochschulen im Auge behalten wollen, dann werden Studienbeiträge auch in Zukunft kein Tabu sein.

Zudem - das muss man dazu sagen - sind die Prognosen schöngerechnet. In ihnen ist festgeschrieben, dass die Hälfte der Studenten, die einen Bachelorstudiengang belegt haben, in einen Masterstudiengang wechseln. In der Realität sieht es aber so aus, dass drei von vier Bachelorstudenten in einen Masterstudiengang wechseln. Das bedeutet, dass wir mehr Kapazitäten benötigen. Und wer dann eben nur die Quantität, nicht aber

die Qualität ausbaut, der muss am Ende mehr Geld in die Hochschulen investieren.

Also: Um die Studienbeiträge werden wir in Zukunft nicht herumkommen. Da gehe ich jede Wette ein, meine Damen und Herren!

Studienbeiträge sind aber auch eine Frage der Gerechtigkeit. Warum sollen zukünftige Akademiker, die im Laufe ihres Lebens im Durchschnitt einen finanziellen Vorteil von 450 000 Euro nach Steuern haben, nicht einen kleinen Beitrag zu ihren Ausbildungskosten tragen? Bei dem „kleinen Beitrag“ reden wir von 3 000 bis 5 000 Euro. Es ist doch nicht zu vermitteln, dass beispielsweise ein Geselle über die Steuern, die er zahlt, die Ausbildung eines Akademikers bezahlt, aber dann, wenn er selbst den Meisterbrief erlangen will, bis zu 10 000 Euro in die Hand nehmen muss.

Es geht um Chancengerechtigkeit! Wir müssen das Bildungssystem vom Kopf auf die Füße stellen. Für den Bildungserfolg eines Studenten ist es am Ende nicht relevant, ob das Studium beitragsfrei ist. Aber für viele Kinder ist der Besuch einer Kinderkrippe oder eines Kindergartens für die weitere Entwicklung enorm wichtig. In diesem Moment, in dem Sie hier die Abschaffung der Studienbeiträge feiern, müssen Tausende von Eltern aus der Mittelschicht in Niedersachsen für ihre Kinder pro Monat 300 Euro für den Kindergarten bezahlen. Das sind 1 800 Euro im Halbjahr - oder, wenn Sie so wollen, im Semester. Hier ist die Unterstützung sehr viel wichtiger. Stattdessen erhöht Rot-Grün beispielsweise in Hannover die Kindergartenbeiträge. Das geht in die falsche Richtung!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Aber nur für die oberen Einkommensgruppen! Das wissen Sie ganz genau, Herr Kollege!)

Ich teile die Einschätzung des Vorsitzenden der LandesHochschulKonferenz, Jürgen Hesselbach. Er rechnet damit, dass zumindest stufenweise für ausländische Studenten und für Masterstudenten die Studienbeiträge spätestens nach der nächsten Landtagswahl wiedereingeführt werden.

Wir als FDP werden uns weiterhin dafür stark machen, dass wir nachgelagerte Studienbeiträge haben und dass die Verantwortung für die Studienbeiträge bei den Hochschulen liegt. Das ist für uns wichtig.

Diese Hochschulfreiheit fördert am Ende die Studienqualität, und darum muss es in dieser Debatte gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Grascha. - Für die Fraktion der Grünen erteile ich dem Abgeordneten Ottmar von Holtz das Wort. Bitte, Herr Kollege!

Ottmar von Holtz (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Letzte Woche, am Freitag, startete die Ostfalia-Hochschule in das neue Semester, genauso wie die Hochschule Hannover, die Hochschule Emden-Leer, die Jade-Hochschule und die Hochschule Osnabrück. Einzelne Fachbereiche der HAWK in Hildesheim, Holzminden und Göttingen haben vorher bereits losgelegt. Bald beginnt das Wintersemester an der Hochschule für Musik, Theater und Medien in Hannover. Und dann folgen alle anderen Universitäten des Landes. Alle Studierenden haben es bereits beim Überweisen der Verwaltungsgebühren gemerkt: Die Studiengebühren für das Erststudium sind entfallen.

Vor fast zwei Jahren waren wir im Wahlkampf unterwegs und haben vor den Universitäten gestanden. Mit uns sind die Studierenden ins Gespräch gekommen und haben ihre Situation geschildert. Nein, es waren damals nicht die Kinder reicher Eltern, die vom Parkplatz in Richtung Haupteingang strömten. Denn auf die Parkplätze haben wir uns nicht gestellt. Wir standen an den Straßenbahn- und Bushaltestellen. Diejenigen, die uns ansprachen, waren die, die jeden Euro zweimal wenden müssen, bevor sie ihn ausgeben. Für sie gab es nur ein Thema, das sie interessierte: Was passiert nach der Wahl mit den Studiengebühren?

Wir saßen in etlichen Schulen in Podiumsdiskussionen, alle Kandidatinnen und Kandidaten gemeinsam. Neben allerlei schulpolitischen Themen gab es eine Konstante, nach der wir immer wieder gefragt wurden: Was passiert nach der Wahl mit den Studiengebühren?

Meine Damen und Herren, Grüne und SPD haben damals versprochen, die Studiengebühren abzuschaffen. Das Versprechen haben wir gehalten. Die Universitäten und Hochschulen starten jetzt in

das Wintersemester erstmals wieder ohne Campusmaut.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Niemand hier im Saal wird ernsthaft die Ansicht vertreten, dass sich Niedersachsen als einziges Bundesland hätte leisten können, weiterhin noch Studiengebühren zu erheben. Der Wettbewerbs- und Imageschaden wäre enorm gewesen. Es geht am Ende allerdings um mehr als um das Image. Im rot-grünen Koalitionsvertrag steht - ich zitiere -:

„Ein zentraler Schwerpunkt unserer Arbeit wird die Bildungspolitik sein.“

Und weiter:

„Nur so gelingt eine vorsorgende Politik, die zugleich soziale Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg ermöglicht.“

Im gleichen Zusammenhang:

„Deshalb werden wir Bildungshürden, etwa die Studiengebühren, im Sinne von Chancengleichheit überwinden.“

Meine Damen und Herren, es geht also um diejenigen, die mir bestätigt haben, sie studieren nicht, weil sie sich die Studiengebühren nicht leisten können. Es geht um die alleinerziehende Mutter von zwei Kindern, die mir gesagt hat: Solange es Studiengebühren gibt, können meine Kinder nicht studieren. - Es geht um den türkischen Jugendlichen, der mir gegenüber beklagt hat: Meine Eltern können mir die Studiengebühren nicht bezahlen. Ich werde nicht studieren, obwohl ich mein Abitur geschafft habe. - Seine Geschwister überlegen sich sogar, nicht einmal das Abitur anzustreben, obwohl sie es schaffen könnten.

Es geht, Herr Grascha - da unterscheiden wir uns möglicherweise -, bei diesem Thema zentral darum, den Zugang zu Bildung gerechter zu gestalten. Der Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Bildungsferne darf sich nicht vererben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Im Übrigen finde ich, dass wir bei dieser Debatte eines nicht vergessen dürfen: CDU und FDP haben die Studiengebühren seinerzeit einzig und allein zu dem Zweck eingeführt, dass die Studierenden die Haushaltslöcher stopfen können, die die schwarz-gelbe Landesregierung mit dem Hochschuloptimierungskonzept gerissen hat.

Wir dagegen, Grüne und SPD, gehen einen anderen Weg. Wir haben die Studiengebühren in Studienqualitätsmittel umgewandelt. Den Hochschulen entgeht kein einziger Euro, und die Studierenden werden zu 100 % entlastet. Das, meine Damen und Herren, ist Hochschulpolitik nach rot-grüner Art, und die kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege von Holtz. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Abgeordnete Jörg Hillmer das Wort. Bitte schön!

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot-Grün! Sie trauen sich etwas, dass Sie die Wissenschaftspolitik heute in den Fokus rücken. Die Studiengebühren sind doch schon am 20. Januar durch die Wähler abgeschafft worden. Sie können doch mit der Aufwärmung dieses Themas nicht davon ablenken, dass Sie seit eineinhalb Jahren in der Wissenschaftspolitik nichts Weiteres auf den Weg gebracht haben. Bei Ihnen herrscht lähmende Ideenlosigkeit.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Frau Lesemann, das Fachhochschulentwicklungsprogramm, das Sie hier als zweite Großtat angedeutet haben, ist nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen. Da sind Hochschulpaktmittel einfach umetikettiert worden. Und das wollen Sie uns schon wieder als Großtat verkaufen? - Na ja, darüber werden wir beim Haushalt noch zu reden haben.

Meine Damen und Herren von der SPD, es ist nichts mehr als die Erfüllung eines Wahlversprechens, Ihres Wahlversprechens. Es ist aber bezeichnend, dass Sie heute eine solche Selbstverständlichkeit, nämlich dass man Wahlversprechen erfüllt, so abfeiern. Das ist bei Ihnen schon ein besonderes Ereignis.

Ich sage nur: Altersermäßigung, Pflichtstunden der Lehrkräfte werden nicht verändert, die Mittel für die Grundsicherung müssen an die Kommunen weitergeleitet werden, Gorleben wird bei der Endlagerung ausgeschlossen - alles Ihre gebrochenen Wahlversprechen. Freuen Sie sich doch, dass Sie

unter so vielen gebrochenen Wahlversprechen eines gehalten haben!

Wir als CDU-Fraktion haben Form und Höhe der Kompensation nicht kritisiert. Für uns hat Priorität, dass die Studienbedingungen in Niedersachsen nicht verschlechtert werden und die Hochschulen gut ausgestattet bleiben. Es gab allerdings schon damals, im letzten Jahr, große Bedenken, was die Kompensation anbetrifft. Ich zitiere Herrn Professor Hesselbach, TU-Präsident, gegenüber dpa am 19. März 2013:

„Eine Befürchtung ist, ob wir es wirklich dauerhaft kompensiert bekommen. Die Erfahrungen sind einfach so, dass letztendlich die Hochschulen oft die Geknickenen sind und waren. Deshalb haben die Hochschulen so viel Wert darauf gelegt, jede denkbare Kürzungsmöglichkeit im Hochschulentwicklungsvertrag auszuschließen.“

Aber die Hochschulpräsidentinnen und -präsidenten hatten nicht alle Kürzungsmöglichkeiten im Blick. Die Skepsis gegenüber den klebrigen Fingern von Rot-Grün war nicht unbegründet.

Die Bundesregierung hat in diesem Sommer ihre Zusage, mehr für Wissenschaft und Hochschulfinanzierung zu tun, eingelöst. Sie hat neben anderen Maßnahmen für die Bildung explizit 1,17 Milliarden Euro für die Hochschulbildung aufgewendet und dazu den sinnvollen Weg der Entlastung der Länderhaushalte bei der BAföG-Finanzierung gewählt. Wohlgemerkt: Das war kein Programm zur Entlastung der Länderhaushalte, sondern ein Programm zur Verbesserung der Situation der Studierenden.

In der Bundesratsdrucksache 375/14 zum aktuellen BAföG-Änderungsgesetz, der übrigens diese Landesregierung zugestimmt hat, heißt es:

„Um den Ländern zusätzlichen Spielraum für die Bildungsfinanzierung, insbesondere für Hochschulen, zu öffnen, übernimmt der Bund die Finanzierung der Geldleistungen nach dem BAföG ab dem Jahr 2015 allein.“

Nur in Niedersachsens Hochschulen sind die den Studierenden zgedachten 110 Millionen Euro niemals angekommen - abgefangen und zweckentfremdet von Weil, Schneider & Co. Die Fachministerin Heinen-Kljajić stand nicht an der Seite der Hochschulen, sondern argumentierte aktiv gegen die Interessen der Studentinnen und Studenten.

Meine Damen und Herren, noch bevor der erste Kompensationseuro für die Studiengebühren bei den Hochschulen angekommen war, greifen Sie bereits zu. Sie sagen den Hochschulen für das Jahr 2015 127 Millionen Euro Ersatz für die ausgefallenen Studienbeiträge zu und entziehen ihnen gleichzeitig durch Nichtweiterleiten 110 Millionen Euro Bundesmittel.

Die Wissenschaft, meine Damen und Herren, ist bei Rot-Grün in schlechten Händen, weil Ihre Einstellung falsch ist. Für Sie ist die Wissenschaft ein Steinbruch nach dem Motto: Die Hochschulen brauchen kein Geld. Sie haben ja schon die Kompensation für die Studienbeiträge bekommen. - Mit dieser Einstellung bedient sich jedes Ressort beim Wissenschaftshaushalt.

Meine Damen und Herren, der Kollateralschaden dieses Verhaltens, dass man das Bundesgeld nicht an die Hochschulen weiterleitet, ist nicht zu unterschätzen. Wie wollen Sie jemals wieder vom Bund Hilfe für die Wissenschaft einfordern, wenn der Geber damit rechnen muss, dass Sie die Mittel wieder einstreichen und die Hochschulen leer ausgehen?

Für die vom Bund beabsichtigten Verbesserungen der Studienbedingungen fehlt das Geld nun z. B. bei dringend nötigen Sanierungen und Neubauten, bei dringend benötigten zusätzlichen Studienplätzen in der Medizin oder in der Sonderpädagogik oder bei der Sanierung und Erweiterung von Studentenwohnheimen und Mensen. Gerade heute melden die Studentenwerke, dass sie mindestens 40 Millionen Euro brauchen, um zusätzliche Wohnheimplätze zu schaffen, die dringend benötigt werden.

(Johanne Modder [SPD]: Was haben Sie denn so gemacht? Können Sie das einmal aufzählen? Nichts haben Sie gemacht!)

Sie, Frau Modder, haben sich bei den Studentinnen und Studenten mit der Abschaffung der Studienbeiträge die Wählerstimmen abgeholt. Für ein Sparprogramm im Wissenschaftsetat haben Sie allerdings kein Mandat bekommen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie in ein Restaurant gehen, wählen Sie zunächst das Gericht aus, dann bekommen Sie Ihre Mahlzeit, und nach dem Essen zahlen Sie. Bei Rot-Grün wählen Sie auch zuerst, dann wird Ihnen nach langer Verzögerung die Mahlzeit geliefert, doch bevor Sie essen können, hat Rot-Grün schon wieder abgeräumt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Das war ja furchtbar! Mann, Mann, Mann!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege Hillmer. - Für die Landesregierung erteile ich jetzt der Frau Wissenschaftsministerin Dr. Heinen-Kljajić das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Wintersemester 2006/2007 mussten junge Menschen hier in Niedersachsen 500 Euro pro Semester zahlen, um an einer Hochschule studieren zu dürfen. In dieser Zeit haben die Studierenden und ihre Familien rund 725 Millionen Euro auf den Tisch legen müssen, und im gleichen Zeitraum haben CDU und FDP den Hochschulen die Mittel um 400 Millionen Euro gekürzt.

(Johanne Modder [SPD]: Was? - Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD: Ach!)

So sah schwarz-gelbe Bildungsverantwortung aus. Damit ist jetzt zum Glück Schluss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD: Hört, hört!)

Mit dem Beginn dieses Wintersemesters sind Studiengebühren endgültig passé, und wir haben die den Hochschulen wegfallenden Einnahmen vollständig kompensiert.

Allen voran - offenbar kann man das nicht oft genug erklären - gibt es drei gute Gründe, Studiengebühren abzuschaffen: erstens das Thema Chancengerechtigkeit, zweitens das Thema Fachkräftemangel und drittens das Thema Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen.

Zum Thema Chancengerechtigkeit: Studiengebühren verschlechtern die Bildungschancen von klugen jungen Menschen aus Familien mit geringem Einkommen. In diversen Befragungen - auch in der letzten Befragung durch die HIS - zum Thema Studiengebühren haben insbesondere weibliche und bildungsferne Studienberechtigte als Grund dafür, dass sie kein Studium aufgenommen haben, Studiengebühren angegeben.

Genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sind aber die sogenannten Bil-

dungsreserven. Das heißt, genau diese Menschen wollen wir doch auch mit Blick auf den Fachkräftemangel in unserer Wissensgesellschaft zusätzlich an unsere Hochschulen holen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Studiengebühren hatten also einen absolut falschen Steuerungseffekt.

Lieber Herr Grascha, glücklicherweise hat der Bund eingesehen, dass man Menschen aus einkommensschwachen Familien Geld für ihr Studium mit auf den Weg geben muss - nämlich BAföG -, und es kann nicht gut gehen, wenn die Länder den Studierenden gleichzeitig wieder Geld abnehmen.

(Ulf Thiele [CDU]: Jetzt haben Sie ihnen aber auch Geld abgenommen! Sie haben es zweckentfremdet! - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Wir haben es ihnen nicht weggenommen! Verstehen Sie das immer noch nicht?)

Der aktuelle OECD-Bildungsbericht hat das deutsche Problem in Bezug auf Bildungsgerechtigkeit noch einmal sehr deutlich beschrieben: Für Schüler aus sozialschwachen Familien - so heißt es dort - bleibt das Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ häufig eine Illusion. In Deutschland gehen Kinder von hoch qualifizierten Eltern - das sind meistens auch die einkommensstarken Familien - mit einer doppelt so großen Wahrscheinlichkeit an die Uni, an die Fachhochschule oder in die Meisterklasse wie Kinder von geringer gebildeten Eltern.

Insofern besteht eine klare Abhängigkeit des Bildungsaufstiegs von den Kosten einer Ausbildung. Für die jungen Menschen selbst, die aufgrund der Studiengebührenhürden kein Studium aufnehmen können, bedeutet das eingeschränkte Berufsperspektiven mit allen möglichen Auswirkungen wie einem niedrigeren Einkommen und einer größeren Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden.

Zum Thema Fachkräftemangel: Wenn die Aufnahme eines Studiums an den Kosten scheitert, ist das keinesfalls nur ein individuelles Problem für die, die davon betroffen sind. Denn wenn die Aufnahme eines Studiums an den Gebühren scheitert, dann bedeutet das auch, dass das Fachkräftepotenzial nicht ausgeschöpft wird.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des zunehmenden Mangels an hervorragend ausgebildeten jungen Menschen sind Stu-

diengebühren aus wirtschaftlicher Sicht ebenfalls ein Fehler. In Niedersachsen liegt der Anteil der Beschäftigten mit einem akademischen Berufsabschluss mit 11,9 % weit unter dem Bundesdurchschnitt in Höhe von 15 %. Das heißt, das ist eine unserer ganz klaren strukturellen Schwächen. Das ist ein Problem für die niedersächsischen Unternehmen, und hier hilft nur: Abbau der Hürden zum Studium und Verbesserung der Studienbedingungen. Beides machen wir durch die Abschaffung der Studiengebühren und die Einführung der Studienqualitätsmittel.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Thema Wettbewerbsfähigkeit: Auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen wird durch die Abschaffung der Studiengebühren in Kombination mit vollständiger und dynamischer Kompensation der wegfallenden Einnahmen gestärkt.

Niedersachsen weist schon seit Jahren bei den Studienanfängerzahlen den bundesweit höchsten Wanderungsverlust von Erstimmatrikulierten auf. Das hat auch etwas mit Studiengebühren zu tun. Das Statistische Bundesamt - die Zahlen sprechen eine klare Sprache - weist klar aus, dass drei von fünf Gebührenländern - nämlich Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern - Wanderungsverluste hatten. Auf der anderen Seite konnte Nordrhein-Westfalen, das die Studiengebühren schon zum Wintersemester 2011/2012 abgeschafft hat, seitdem Wanderungsgewinne verbuchen.

(Christian Grascha [FDP]: Wir werden beobachten, ob sich das dramatisch verändert!)

Meine Damen und Herren, für die Zukunftsfähigkeit des Landes ist die Förderung der jungen Generation von zentraler Bedeutung. Und weil die Landesregierung diesem Ziel eine so hohe Bedeutung beimisst, hat sie das Gesetz zur Verbesserung der Chancengleichheit durch Abschaffung und Kompensation der Studienbeiträge auf den Weg gebracht

(Jörg Hillmer [CDU]: Die Rede ist doch zwei Jahre alt!)

und gleichzeitig den Hochschulen mit dem Hochschulentwicklungsvertrag langfristige Planungssicherheit gegeben.

Trotz aller Unkenrufe gilt nämlich: Die wegfallenden Einnahmen aus den Studiengebühren werden den Hochschulen vollständig und dynamisch er-

setzt. Und mehr noch: Im kommenden Jahr werden die Ausgaben für die Hochschulen weiter steigen. Im Haushalt sind für diesen Aufgabenbereich über 2,3 Milliarden Euro veranschlagt. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von mehr als 6,2 %.

Wir begegnen dem Sanierungsstau an den Hochschulen mit einem Investitionspaket in Höhe von 160 Millionen Euro in vier Jahren. Wir stellen bis 2020 für die Entwicklung der Fachhochschulen 480 Millionen Euro bereit. Wir stärken die Lehrerbildung.

Sie sehen: Wir entziehen den Hochschulen kein Geld, sondern wir stocken auf. Und die BAföG-Vereinbarung, das Geld in der Bildung zu lassen, wird von Niedersachsen 1 : 1 eingehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Fazit, meine Damen und Herren: Bei Rot-Grün stehen Bildung, Gerechtigkeit und die Zukunftsfähigkeit des Landes ganz vorne auf der Agenda. Darauf können sich auch die Hochschulen in Niedersachsen verlassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Wir sind damit erstens am Ende der Besprechung zu Punkt d angekommen.

Ich kann zweitens feststellen, dass damit die gesamte Aktuelle Stunde für diesen Tagungsabschnitt beendet ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe die nächsten beiden Tagesordnungspunkte vereinbarungsgemäß zusammen auf den

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015 - HG 2015 -) - Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drs. 17/1854

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Haushaltsbegleitgesetz 2015 - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1982

Zunächst hat zur Einbringung zu Tagesordnungspunkt 5 Herr Finanzminister Schneider das Wort. Bitte schön, Herr Minister!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss mich hier vorne am Rednerpult des provisorischen Plenarsaals erst einmal orientieren - Herrn Hilbers habe ich im Auge.

(Heiterkeit)

Herr Hilbers, für uns Finanzpolitiker ist das ein schöner Tag - eine kostengünstige, aber schöne Lösung. Da lacht das Herz. Wir wollen hoffen, dass sich das in den nächsten Monaten so fortsetzt. Das Staatliche Baumanagement - vielleicht darf ich auch das einmal anmerken - hat hier einen guten Job gemacht. Danke!

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung legt Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf 2015 zur Beratung vor. Gleichzeitig hat die Landesregierung die Mipla 2014 bis 2018 beschlossen, die Ihnen ebenfalls bereits vorliegt.

Der ausgewogene Ausgleich zwischen Haushaltskonsolidierung und inhaltlicher Schwerpunktsetzung zur Gestaltung der Zukunft des Landes bleibt oberstes Ziel der Niedersächsischen Landesregierung. Der eingeschlagene Weg - Finanzierung notwendiger Zukunftsinvestitionen auf der einen Seite und solide Finanzpolitik auf der anderen Seite - wird weiter konsequent beschritten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Haushaltsentwicklung im Gleichgewicht - das ist das zugrunde liegende Prinzip. Damit unterscheiden wir uns von der Symbolpolitik der Vorgängerregierung. Wir tun nicht so, als ob wir die Nettokreditaufnahme senken könnten, um gleichzeitig das fehlende Geld mit Einmaleffekten zu ersetzen oder mit Handlungsbedarfen in der Mipla zu kaschieren.

Wir planen - so wie im vorigen Jahr - die Fortsetzung des kontinuierlichen, soliden Defizitabbaus mit dem Ziel, spätestens 2020 bei der Neuverschuldung null anzukommen. Wir bekräftigen diesen Weg mit dem Haushaltsplanentwurf und der Mipla: 120 Millionen Euro Minus bei der Nettokreditaufnahme Jahr für Jahr!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Kreditfinanzierungsquote, also der Anteil neuer Schulden am Landeshaushalt, beträgt im Jahre 2015 nur noch 2,1 %. Das ist besser als im Vorkrisenjahr 2008, als die Quote bei 2,3 % lag. In der langen Reihe ist es ein historisch niedriger Wert. In den vergangenen Jahrzehnten pendelte der Wert der Kreditfinanzierungsquote nämlich zwischen bestenfalls 5 % und 14 %. Davon sind wir ein ganzes Stück entfernt. In den Planungsjahren fällt die Quote in der Mipla dann jedes Jahr auf ein neues Allzeittief. Im letzten Mipla-Jahr 2018 wird sie nur noch 0,8 % betragen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Rückführung der Nettokreditaufnahme, meine Damen und Herren, ist bei der Haushaltskonsolidierung ein wichtiger Faktor, aber leider nicht der einzige. Genauso wichtig ist der Abbau des strukturellen Defizits, das neben der Nettokreditaufnahme auch Einmaleffekte wie Beteiligungsveräußerungen oder Rücklagenentnahmen enthält. Gegenüber dem von der Vorgängerregierung übernommenen Fehl - Sie erinnern sich! - von 1,3 Milliarden Euro sind seit 2013 bedeutende Konsolidierungsschritte gelungen.

(Zuruf von der CDU)

- Von 1,3 Milliarden Euro gehen wir aus.

Nach einer ersten Rückführung des strukturellen Defizits auf 936 Millionen Euro im laufenden Jahr wird der Wert nun mit dem Haushaltsplanentwurf um weitere 230 Millionen Euro auf dann 705 Millionen Euro reduziert.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das hätten Sie schon 2013 haben können, wenn Sie unserem Rat gefolgt wären!)

Das ist gegenüber dem, was wir ererbt haben, eine Absenkung um 600 Millionen Euro in nur zwei Jahren. Und wir machen konsequent weiter. Bis 2018 werden wir das strukturelle Fehl bis auf 258 Millionen Euro abgebaut haben. Das ist dann nur noch ein Neuntel des Wertes aus 2009, meine Damen und Herren. Da waren es noch 2,2 Milliarden Euro.

Wie gelingt das?

Erstens. Für die Jahre 2015 bis 2018 sind in unserem Zahlenwerk Entnahmen aus der Versorgungsrücklage als Einnahmen enthalten. Damit findet die Versorgungsrücklage übrigens die Verwendung, die vorgesehen war. Das hat schon die Vorgänger-

regierung so beschlossen - zu Recht. Die Versorgungslasten gehen erheblich nach oben. Sie sind früher nach oben gegangen, als ursprünglich einmal angenommen wurde. Das Geld wird jetzt mit eingesetzt.

(Christian Dürr [FDP]: In der Opposition haben Sie das noch kritisiert, Herr Schneider!)

Diese Einnahmen aus der Versorgungsrücklage dienen damit auch als Brücke zur Einhaltung des Abbaupfades bis zum Erreichen eines dauerhaften Haushaltsausgleichs ohne Nettokreditaufnahme und Einmaleffekte.

Aus dem gleichen Grunde - Stichwort „Abbaupfad“ - haben wir 2015 nochmals Veräußerungserlöse in Höhe von 25 Millionen Euro aus Grundstücksverkäufen eingesetzt, aber auch in der Mipla letztmalig. Auf Einnahmen aus Beteiligungsveräußerungen können wir nach der derzeitigen Planung sowohl für 2015 als auch für die Mipla-Jahre verzichten.

Eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage, meine Damen und Herren, ist für den gesamten Zeitraum nicht vorgesehen. Die Rückführung der Nettokreditaufnahme wird also durch einen weitgehenden Verzicht auf Einmaleffekte flankiert.

Zweitens. Daneben legen wir ein großes Augenmerk auf Planungssicherheit. Das gilt für die großen Ausgabenpositionen Zinsen und Personal. Ich fange einmal mit den Zinsen an.

Wir haben eingespielte Mechanismen, die uns jetzt zu recht guten Prognosen führen. Hellseherische Fähigkeiten haben wir allerdings nicht. Das alles ist mit einem Restrisiko verbunden, wie Sie wissen. Nach den letzten geldpolitischen Beschlüssen der EZB werden wir wohl noch für eine längere Zeit von historisch niedrigen Zinsständen profitieren. In Stein gemeißelt ist auch dieser Zustand nicht. Angesichts des Schuldenstandes des Landes würden uns steigende Zinsen hart treffen. Wir dürfen uns daher nicht auf das derzeitige Zinsniveau verlassen und uns nicht daran gewöhnen.

Im Bereich der Personalausgaben - zweiter großer Ausgabenblock - stellen vor allem künftige Tarifierhöhungen regelmäßig schwer kalkulierbare Risiken dar. Mit den Beschlüssen zum Haushalt 2015 und zur Mipla haben wir eine entsprechende Vorsorge getroffen.

Zugleich haben wir Weichenstellungen für die Entwicklung der Bezüge der Beamten vorgenommen. In zwei Schritten sollen die Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie, daran angeknüpft, der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger um 4,5 % angehoben werden. Das entspricht den letzten Tarifabschlüssen, die wir in der allgemeinen Landschaft gesehen haben. Vorgesehen sind 2,5 % zum 1. Juni 2015 und weitere 2,0 % ein Jahr später. Nach der Erhöhung zum Juni 2014 wird es damit im Jahrestakt bzw. Zwölfmonatstakt weitere Einkommensverbesserungen geben.

Mit dieser Vorgehensweise erhöhen wir die Planungssicherheit für den Landeshaushalt deutlich. Mit der Aufstellung des Haushalts 2016 werden wir dann die getroffenen Annahmen überprüfen können.

Ich will einmal ausdrücklich feststellen: Wir werden die angemessene Beteiligung der Beamtinnen und Beamten an der allgemeinen Einkommensentwicklung sicherstellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehen Sie sich einmal an, wie das beim letzten Mal gelaufen ist! Ich hatte Ihnen schon einmal erklärt, dass Niedersachsen, wenn man von den beiden sehr wohlhabenden Ländern Bayern und Hamburg absieht, hier die beste Lösung für die Beamtinnen und Beamten realisiert hat. Das gilt auch nach der Nachbesserung in Nordrhein-Westfalen.

(Christian Dürr [FDP]: Frau Kraft ist doch dazu verknackt worden!)

Drittens. Zum Thema Planungssicherheit gehört auch die Übernahme von Kreditverbindlichkeiten der NBank durch das Land. Volkstümlich gesprochen: Abbau der Schattenhaushalte. Was die Kreditverbindlichkeiten der NBank aus BAföG-Leistungen - dieses Thema hatten wir gerade - angeht, liegt der Schuldenstand am 31. Dezember 2014 voraussichtlich bei 364 Millionen Euro. Aus der Krankenhaus- und Städtebaufinanzierung - auch das ist ein Schattenhaushalt - beläuft sich der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2015 - dann ist nämlich die Übernahme vorgesehen - voraussichtlich auf rund 822 Millionen Euro.

Diese Schuldenstände werden in den Schuldenblock des Landes überführt. Das führt einerseits zu mehr Transparenz, weil man damit eindeutig erkennen kann, dass - was vorher faktisch natürlich

auch der Fall war - die betreffenden Schulden dem Lande zuzurechnen sind. Andererseits haben wir dann auch die etwas günstigeren Refinanzierungsmöglichkeiten des Landes.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch dies war übrigens eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag: Weg mit den Schattenhaushalten!

Viertens. Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege hin zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt ist die titelscharfe Umsetzung bisheriger globaler Minderausgaben in den Ressorthaushalten. Das klingt sehr technisch, ist aber, wie ich glaube, eine wichtige - um nicht zu sagen: eine große - Tat gewesen. Wir haben es geschafft, 130 Millionen Euro dauerhaft wirkender struktureller Einsparungen in den Einzelhaushalten unterzubringen.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, ich frage Sie, ob Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hilbers zulassen?

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Darauf habe ich schon gewartet.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Hilbers, bitte schön!

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Minister, weil Sie hier so groß abfeiern, dass Sie die globale Minderausgabe aus den Ressorts herausgenommen haben, frage ich Sie: Warum haben Sie denn im Einzelplan 13 die globale Minderausgabe wieder um 136 Millionen Euro erhöht? Da haben Sie es quasi draufgepackt. Sie haben nach wie vor im Haushalt 2 % globale Minderausgabe. Ich nenne das Taschenspielertricks.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Herr Hilbers, es lohnt immer ein Blick in die Vergangenheit. Sie haben im Einzelplan 13 eine globale Minderausgabe geplant plus die globalen Minderausgaben, über die ich gerade spreche, in den Einzelplänen.

(Ulf Thiele [CDU]: Aber die Summe ist doch entscheidend!)

Was wir gemacht haben, ist, dass wir durch konkrete Sparmaßnahmen die Luft aus den Einzelplänen herausgenommen haben.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Sie haben es erhöht und wieder in Einzelplan 13 eingebucht!)

Die globale Minderausgabe im Einzelplan 13 ist ja keine mit konkreten Maßnahmen hinterlegte, sondern eine auf der allgemeinen Erfahrung des Nichtausschöpfens im Gesamthaushalt beruhende Größe.

(Christian Dürr [FDP]: Das verschärft das Dezember-Fieber!)

Wir haben uns dort an die seit Jahrzehnten übliche Größenordnung gehalten. Die Einzigen, an die ich mich erinnere, die etwas anderes tun wollten, waren nicht Sie von der CDU, glaube ich. Aber die FDP wollte das beim letzten Mal deutlich über die übliche Größenordnung von 1 % erhöhen und hat damit ihre Versprechen gegenüber der Öffentlichkeit decken wollen.

(Christian Dürr [FDP]: Lassen Sie doch die Häuser das entscheiden!)

Wir haben das also aus den Einzelplänen ausgebucht. Das Geld haben wir genutzt, um die Studienbeiträge - dieses Thema hatten wir gerade - gegenzufinanzieren. Es ist immer gut, wenn man den letzten Zeitungsbericht liest. Der hochgeschätzte Herr Hochschulpräsident aus Braunschweig hat dann später erklärt: Wir sind sehr zufrieden mit der dynamischen Form des Ersatzes. Das Versprechen ist eingehalten. - So viel dazu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

An der Stelle vielleicht noch eine kurze Bemerkung zu den berühmten 110 Millionen Euro - der Betrag hat sich inzwischen leider als deutlich niedriger als 100 Millionen Euro herausgestellt, weil der Bund die Verwaltungskosten in von ihm angegebenen 1,17 Milliarden Euro eingerechnet hatte, die wir eben gehört haben. Nach dem Gesetzentwurf bleiben die Verwaltungskosten, wie nach dem Grundgesetz an sich auch vorgesehen - deswegen will ich das hier gar nicht zu sehr beklagen -, bei uns. 12 Millionen Euro sind von uns im Haushaltsplanentwurf veranschlagt. Die Kosten werden wir wohl dauerhaft behalten.

Aber einmal abgesehen davon: Wenn Sie nachrechnen, werden Sie feststellen, dass wir sowohl im Hochschulbereich deutlich mehr als eine leichte

Steigerung - um mehr als 110 Millionen Euro - als auch im Schulbereich nachweisen können. Das hatten wir nämlich auch ohne diese BAföG-Entscheidung vor. Die BAföG-Entscheidung hat uns darüber hinaus Luft gegeben, zusätzlich etwas auch für einen Bereich zu tun, für den wir sonst das Geld nicht gehabt hätten. Das ist der Bereich Krippen. Wenn das jemandem nicht gefällt, dann soll er bitte hierher kommen und sagen: Ich halte die Förderung der dritten Kraft in Kinderkrippen für falsch. - Das wäre eine ehrliche Aussage. Alles andere ist Nebelkerzenwerfen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit dem Ausbuchen der globalen Minderausgaben aus den Einzelhaushalten haben wir einen wichtigen Beitrag zum Thema Planungssicherheit realisiert.

Weitere Konsolidierungsschritte, meine Damen und Herren, werden folgen. Inhaltlich bleiben wir bei dem Prinzip „neue Politik aus altem Budget“.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Taschenspielertricks!)

So ist bei positiver wirtschaftlicher Entwicklung ein Defizitsinkflug bis spätestens 2020 möglich. Damit können wir einen austarierten Haushaltsausgleich ohne neue Schulden, aber auch ohne Kahlschlagspolitik in zentralen Zukunftsfeldern erreichen.

Abgerundet wird dieses solide finanzpolitische Konzept durch den vollständigen Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben im gesamten Planungszeitraum. In früheren Mittelfristplanungen - das können Sie nachlesen - waren regelmäßig hohe Handlungsbedarfe in der Mipla ausgewiesen. In unserer Mipla finden Sie keinen Handlungsbedarf mehr, wie auch in der Mipla des Vorjahres.

(Zuruf von der CDU)

Wir schließen sämtliche Planungsjahre ohne offene Deckungslücken ab. Das haben wir schon im Vorjahr getan, und an diese Politik knüpfen wir an.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Und erhöhen die Verschuldung, großartig!)

Bevor ich zu den inhaltlichen Schwerpunkten des kommenden Haushaltsjahres und der Mipla komme, ein paar Worte zu den Steuereinnahmen. Die positiven gesamtwirtschaftlichen Prognosen spiegeln sich auch in der Einnahmesituation des Lan-

des wider. Steigende Steuereinnahmen sorgen für eine solide Einnahmehasis. Gleichwohl ergeben sich gegenüber den Ansätzen der Mipla des vergangenen Jahres keine messbaren Entlastungseffekte. Ursache dafür ist, dass schon die vergangenen Prognosen, also die bundesweiten Steuerschätzungen, die positive Wirtschaftsentwicklung, die wir jetzt erleben, antizipiert hatten.

Die Steuerschätzung vom Mai zeigt faktisch nur eine Bestätigung der Planzahlen, die wir zugrunde gelegt haben. Unter dem Strich weist die Planung für die Jahre 2015 bis 2017 ein Mehr von 150 Millionen Euro aus. Das ist gegenüber den bisherigen Ansätzen eine marginale Korrektur um 0,2 % des Einnahmeverolumens.

Ich habe bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass wir in Niedersachsen aktuell auf der Steuereinnahmeseite eine ungünstigere Entwicklung als prognostiziert feststellen können. Man kann zwar nicht immer ganz genau nachvollziehen, woran das liegt, aber vertiefte Betrachtungen zeigen, dass es mit Umstrukturierungen in der niedersächsischen Unternehmenslandschaft zu tun hat - nicht mit konjunkturellen Entwicklungen. Die Konjunktur läuft im Bundestrend. In den anderen Bundesländern sieht es zum Teil anders aus. Es ist zu befürchten - das sage ich hier in aller Deutlichkeit -, dass ein Teil dieser Umstrukturierungen in den nächsten Jahren nachwirken wird. Wir werden uns also alle miteinander darauf einstellen müssen, mit etwas weniger Geld auskommen zu müssen.

Bundesweit werden die Ausgleichsmechanismen greifen. Das gilt insbesondere für die großen Gemeinschaftssteuern und insbesondere auch - das ist zurzeit der größte Ausfallbrocken - für die Umsatzsteuer, die dezentral eingesammelt und anschließend wieder zentral verteilt wird. Da sieht alles ein wenig anders aus. Die aktuellen Zahlen zeigen aber, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Es gibt ein Mehr an Steuereinnahmen, aber keine Rekordsteuereinnahmen.

(Christian Grascha [FDP]: Was sind denn sonst Rekordsteuereinnahmen?)

Das müssen wir bei unseren Ausgabeplanungen im Hinterkopf behalten. In sechs Wochen erwarten wir die Korrekturschätzung, die November-Steuerschätzung. Dann werden wir weitere Aufschlüsse haben.

Aktuelle Meldungen - auch von heute; Ifo-Index - mahnen zur Vorsicht, was die Einnahmeschätzungen angeht. Ich bitte, das bei den Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen zu bedenken.

Nun zu den Schwerpunkten des kommenden Haushalts und zu den Schwerpunkten der Mipla. Das sind, wie gehabt, die Bereiche Bildung und Ausbildung, arbeitsmarktrelevante Investitionen sowie notwendige Infrastrukturmaßnahmen. Insbesondere - ich erwähnte es schon - stärken wir die frühkindliche Bildung und bringen dringend notwendige Investitionen in der Hochschulmedizin auf den Weg.

Die Zukunftsoffensive Bildung ist Kernstück der niedersächsischen Bildungspolitik. Wir schreiben sie fort und sichern sie in der Mipla nachhaltig ab. Damit kann der qualitative und quantitative Ausbau der Ganztagschulen in Niedersachsen weitergehen. Außerdem setzen wir die Aufstockung der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte fort und stellen Mittel für die Umsetzung der inklusiven Schule mit dem Ausbau der Schulpsychologie und der Schulinspektion sowie des islamischen Religionsunterrichtes bereit - ebenso für die Förderung des betrieblichen Teils der dualen Berufsausbildung. Das ist stützend für das Handwerk und bestimmte Gewerke im Mittelstand.

Weitere pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden zur Deckung des steigenden Bedarfs eingestellt. Die Förderung der frühkindlichen Bildung sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Anforderungen ist ein weiterer Schwerpunkt unserer Bildungspolitik. Daher setzt sich die Landesregierung für die Verbesserung des Personalbestandes in Krippen ein. Dies erfolgt zunächst mit dem stufenweisen Einstieg in die Finanzierung der dritten Kraft in den Krippen.

Durch die Übernahme der BAföG-Kosten - ich habe es gerade erwähnt - haben wir zusätzliche Luft gewonnen, die wir hier im Sinne von Bildung, aber auch im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sinnvoll investieren.

Mit der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin Göttingen verfügt Niedersachsen - Sie wissen das - über zwei hervorragende Universitätskliniken, allerdings über zwei Kliniken, die in die Jahre gekommen sind.

Mit einem Sanierungs- und Bauprogramm stärken wir die Universitätsmedizin und geben beiden Einrichtungen die notwendige Unterstützung. Meine

Kollegin Heinen-Kljajić hat das schon erwähnt: 160 Millionen Euro sind in den kommenden vier Jahren dafür vorgesehen.

Mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm werden die Grundkapazitäten der Fachhochschulen ausgeweitet. Dafür werden jährlich 44 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dauerhaft werden über diesen Weg rund 2 400 Studienplätze finanziert.

Darüber hinaus werden wir weitere 20 Millionen Euro für neue Studiengänge im Bereich der Gesundheits- und Erziehungswissenschaften bereitstellen. Die Bildung von Lehrerinnen und Lehrern ist ein zentrales Themenfeld der Hochschulentwicklung in Niedersachsen, für die Bereiche Inklusion und praxisnahe Lehrerbildung werden in den kommenden vier Jahren insgesamt fast 56 Millionen Euro ausgegeben.

Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung leisten einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung und schaffen Bildungsangebote für alle Menschen. Die im Jahre 2014 erreichte Aufstockung der Finanzhilfe des Landes wird in den Folgejahren dauerhaft fortgeschrieben. Damit wird die jährliche Finanzhilfe des Landes für die Erwachsenenbildung mehr als 47 Millionen Euro ausmachen.

Jetzt komme ich noch einmal zurück zum Thema Bauen. Nach dem mehrjährigen Baumoratorium der Vorgängerregierung - das ist ein sehr wohlklingender Ausdruck dafür, dass schlichtweg nicht gebaut wurde -

(Zuruf von der SPD: Baustopp!)

setzen wir einen besonderen Schwerpunkt bei arbeitsmarktrelevanten Investitionen. Wir wollen, wie in früheren Jahren, jährlich 75 Millionen Euro für große Baumaßnahmen bereitstellen. Es sind insgesamt sieben große Baumaßnahmen, die sich auf 69,3 Millionen Euro summieren, vorgesehen. Das, was an den 75 Millionen Euro fehlt, finden Sie einmalig als Aufstockung bei den kleinen Baumaßnahmen wieder, weil wir hier bestimmte Projekte aus technischen Gründen besser über diesen Weg abwickeln können.

Das Ganze ist übrigens bei einer Veranstaltung der Architektenkammer gestern nach meinem Eindruck sehr gut angekommen.

(Johanne Modder [SPD]: Bei der Bauwirtschaft auch!)

Die Architekten und Bauschaffenden freuen sich, dass wieder etwas im Lande geschieht, was die Bauunterhaltung und die Bautätigkeit angeht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für Betrieb und Erhaltung sowie für Um- und Ausbau von Landesstraßen stehen im Jahr 2015 insgesamt 106 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wird die Reduzierung auf 88 Millionen Euro rückgängig gemacht.

Für die Seehäfen - ein wichtiges Anliegen von Herrn Thümler - - -

(Björn Thümler [CDU] spricht mit Frank Oesterhelweg [CDU])

- Er wird gerade abgelenkt. - Ihr habt doch in Wolfenbüttel gar keinen Hafen!

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Wir bauen gerade!)

- Am Stichkanal? In Sachen Stichkanal bin ich Experte.

(Heiterkeit - Frank Oesterhelweg [CDU]: Wenn Sie so weitermachen, steht uns das Wasser bald bis zum Halse! Dann brauchen wir einen Hafen, Herr Minister!)

Wir kämpfen gemeinsam, damit der Landhandel weiter verfrachten kann, mein alter Freund.

(Johanne Modder [SPD]: Herr Minister, keine Versprechungen!)

Für Erhalt und Ausbau der niedersächsischen Seehäfen stellt das Land der Niedersachsen Ports GmbH in den Haushaltsjahren 2015 bis 2018 insgesamt 120 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist zu wenig; das gebe ich zu. Deswegen kämpfen wir mit dem Bund, dass wir mehr Mittel für Infrastrukturmaßnahmen bekommen.

(Björn Thümler [CDU]: Ah, der Bund!)

Es wäre sehr schön, wenn wir in der Auseinandersetzung mit dem Bund Ihre volle Unterstützung hätten. Da ist einiges zu tun.

Das Land stattet die Städtebauförderung nach deutlicher Aufstockung mit Mitteln in Gesamthöhe von 47,6 Millionen Euro aus. Der Bund finanziert in gleicher Höhe mit. Man kann es auch umgekehrt sagen: Der Bund hat erhöht, und wir ziehen nach. Wir finanzieren voll gegen.

Der neue strategische Ansatz im Bereich der Regionalpolitik eröffnet allen Teilräumen Niedersachsens die Chance auf eine zukunftsfähige Entwicklung. Die Grundlage hierfür bildet die neue, regionalisierte Landesentwicklungspolitik, die mit den Instrumenten der fonds- und ressortübergreifenden EU-Förderung hinterlegt ist. Südniedersachsen - gar kein Protest mehr? - kommt dabei mit zusätzlichen Mitteln von rund 100 Millionen Euro eine besondere Bedeutung zu. Angesichts der Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung und zur ökonomischen Entwicklung in Südniedersachsen ist es angebracht, dass wir hier - in Solidarität innerhalb des Landes - einen Schwerpunkt setzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die für die Förderperiode 2014 bis 2020 zur Verfügung gestellten EU-Mittel der drei großen Fonds - ESF, EFRE und ELER - betragen etwa 2,1 Milliarden Euro. Sie werden gezielt für die Entwicklung der Regionen auf der Grundlage der regionalen Handlungsstrategien eingesetzt werden.

Neben diesem Schwerpunkt, meine Damen und Herren, setzen wir zahlreiche umwelt- und sozialpolitische Vorhaben um. Eine wichtige Rolle spielen auch die Verbesserung des Verbraucherschutzes und die Digitalisierung bei der niedersächsischen Justiz. Wenn das alles so funktioniert wie vorgesehen, dann wird die Justiz plötzlich an der Spitze der Entwicklung stehen. - Die Justizministerin ist gerade nicht da. Jetzt wollte ich Lob von ihr haben. Es hat wieder nichts genützt.

(Zuruf von der SPD: Das machen wir!
- Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich darf noch einmal betonen: Unsere Schwerpunkte finanzieren wir nach dem Prinzip „neue Politik aus altem Budget“. Dieses Prinzip haben wir bereits bei der Abschaffung der Studienbeiträge erfolgreich eingesetzt. Wir setzen dafür keine Rücklagen ein. Wir verkaufen keine Beteiligungen. Wir reduzieren trotzdem die Nettokreditaufnahme.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]:
Aber nur sehr verhalten! Unambitioniert!)

Wir haben einen Haushaltsausgleich ohne offene Deckungslücken hinbekommen. Wir erhöhen die Planungssicherheit und führen Schattenhaushalte zurück. Wir verzichten auf eine Kahlschlagpolitik

und erreichen dennoch einen austarierten Haushaltsausgleich ohne neue Schulden.

Das alles sind Qualitätsmerkmale unseres finanzpolitischen Konzepts, die sich sehen lassen können.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister.

Weil es eben eine Wortmeldung zu einer Kurzintervention gab, weise ich - ohne den Kollegen zu nennen - zur allgemeinen Erinnerung darauf hin, dass das bei einer Rede eines Regierungsmitglieds nicht möglich ist.

(Zurufe von der FDP: Notwendig wäre es manchmal schon! - Es wäre sinnvoll gewesen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der SPD hätten jetzt die Möglichkeit, eine Einbringungsrede zum Tagesordnungspunkt 6 - Haushaltsbegleitgesetz - zu halten, weil das ein Fraktionsentwurf ist. Mir ist aber bedeutet worden, dass die gute Gepflogenheit beibehalten werden soll, dass in der Haushaltsdebatte nach der Landesregierung der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion das Wort bekommt.

Herr Kollege Thümmler, Sie haben das Wort.

Björn Thümmler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Wann geht's los?“

(Christian Dürr [FDP]: Das fragen wir uns auch!)

Diese Frage stellte sich genau vor einem Jahr Klaus Wallbaum in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*, nach einem halben Jahr Rot-Grün in Niedersachsen. Er gab damals Ministerpräsident Stephan Weil einen guten Ratschlag mit auf den Weg:

„Ein Ministerpräsident muss in erster Linie Motivator sein und dafür sorgen, dass seine Minister engagiert in seinem Sinne wirken. Er kann gar nicht alles kontrollieren. Für einen Oberbürgermeister kann es reichen,

seine Dezernenten anzuweisen. Ein Ministerpräsident muss seine Regierung dauernd, sieben Tage die Woche, zu neuen Taten anspornen. Hier haben Weil und seine Mannschaft noch nicht Tritt gefasst.“

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ein Jahr ist seitdem vergangen.

(Christian Grascha [FDP]: Das war nicht aktuell?)

Ist es besser geworden?

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Nein!)

- „Nein“ ist die richtige Antwort. Der Kandidat bekommt alle Punkte.

So geschäftsmäßig, wie Minister Schneider gerade seine Rede vorgetragen hat, so mäßig war der Applaus aus den eigenen Reihen. Dazu muss man sagen: Der Lack bei Rot-Grün ist ab.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Da war nie viel Lack dran! - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wer einen solchen Haushaltsplan vorlegt, der hat offenbar jegliche Freude am Regieren und ebenso das Gefühl für das Machbare verloren. Er hat offenbar auch seine Überzeugung vergessen.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Dieser Haushaltsplanentwurf gibt keinerlei Richtung vor. Er wird den Herausforderungen, vor denen wir in Niedersachsen stehen, nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schauen wir einmal etwas genauer in den Haushaltsplanentwurf hinein!

600 Millionen Euro neue Schulden! Trotz Steuermehreinnahmen gegenüber 2014 von rund 1 Milliarde Euro, trotz eines historisch niedrigen Zinsniveaus, trotz riesiger Entlastungen durch den Bund - durch Übernahme der BAföG-Mittel, durch vollständige Übernahme der Ausgaben für die Grundsicherung - und trotz eines Rücklagenpolsters von 439 Millionen Euro kriegen Sie, meine Damen und Herren, es nicht hin, einen ambitionierten Haushalt für Niedersachsen auf die Reihe zu bringen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie machen trotz guter Rahmenbedingungen weiterhin neue Schulden

(Reinhold Hilbers [CDU]: Unerhört!)

und kürzen zugleich bei wichtigen Zukunftsinvestitionen. Stattdessen schaffen Sie zusätzliche Stellen im Beamtenapparat,

(Zuruf von der FDP: Aber wie verrückt!)

bauen zusätzliche Mittelbehörden auf, reservieren reichlich Geld für unnötige Klientelprojekte von Rot-Grün.

(Zuruf von der FDP: Unglaublich!)

Sie verfolgen den Kurs des maximalen Schuldenmachens bis 2020. Das ist völlig ambitionslos.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auf der anderen Seite vernachlässigen Sie die Investitionen in unser Land.

(Lachen bei der SPD)

Die Investitionsquote sinkt weiter, auf nur noch 5,8 %.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Unter 6 % hat es noch nie gegeben!)

Ich weiß gar nicht, was es da zu lachen gibt. Angesichts einer solch niedrigen Investitionsquote sollten Sie weinen und sich schämen.

(Anja Piel [GRÜNE]: Herr Thümler!)

Das ist peinlich für eine sozialdemokratische Regierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nur noch 829 Millionen Euro eigenfinanzierte Investitionen - das sind noch einmal 37 Millionen Euro weniger als 2014. 2012 waren es 1,65 Milliarden Euro. Das bedeutet de facto eine Halbierung in nur drei Jahren.

(Zurufe von der CDU: Glückwunsch! - Unglaublich!)

Dafür dürfen Sie sich nicht feiern lassen. Dafür sollten Sie in Sack und Asche gehen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Stephan Siemer [CDU]: Leider gibt es noch keine grüne Asche! - Anja Piel [GRÜNE] lacht)

Ein Beispiel macht es deutlich: die Auswirkungen auf den Straßenbau. Allein bei der Förderung des kommunalen Straßenbaus kürzen Sie im Vergleich zu unserem Doppelhaushalt um 17 %, und in den

nächsten Jahren kürzen Sie konsequent weiter. Das kommt einem Kahlschlag in der Förderung des kommunalen Straßenbaus gleich und ist zudem eine weitere Belastung für die Kommunen im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Früher kamen 60 % der Mittel der Förderung des kommunalen Straßenbaus zugute. Sie schichten Mittel zugunsten von Investitionen in den Ausbau der S-Bahnen in Niedersachsen um. Künftig kommen nur noch 40 % dem Straßenbau zugute. Aber wo in Niedersachsen gibt es denn S-Bahnen?

(Zuruf von der FDP: In Hannover! - Christian Dürr [FDP]: Bei mir in Ganderkesee gibt es keine! - Zuruf von der CDU: Auch nicht in Südniedersachsen!)

In Hannover und in Braunschweig! Das heißt, Sie fördern ausdrücklich nur die großen Oberzentren. Ansonsten gibt es keine Straßenbahnen in Niedersachsen. Das ist etwas peinlich. Meine Damen und Herren, ich finde, Sie sollten sich auch dafür in Sack und Asche begeben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, SPD und Grüne regieren dieses Land nun seit gut eineinhalb Jahren. Ihre bisherige Regierungszeit ist durch einige wesentliche Merkmale gekennzeichnet.

Erstens. Sie haben im Wahlkampf viel versprochen, aber wenig gehalten und damit viele Wähler schon jetzt nachhaltig enttäuscht.

(Zuruf von der SPD: Studiengebühren: versprochen und gehalten!)

Zweitens. Sie haben auch nach der Wahl viel heiße Luft produziert, aber wenig konkrete Ergebnisse geliefert.

Drittens. Sie liegen im Streit mit nahezu dem ganzen Land.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Viertens. Sie sind untereinander häufig uneins.

Fünftens. Sie zeigen gerne mit dem Finger nach Berlin - man könnte auch sagen, Sie haben einen Gernach-Berlin-zeige-Finger - und verlieren sich selbst vor allem im Klein-Klein der Tagespolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mein erster Kernvorwurf: viel versprochen, wenig gehalten.

Meine Damen und Herren! SPD und Grüne waren und sind begabt darin, Luftschlösser zu bauen. Luftschlösser aufbauen kostet ja auch nichts. Aber Luftschlösser abreißen ist eine verdammt teure Angelegenheit, und zwar vor allem für diejenigen, die sich auf Ihre Versprechungen verlassen haben.

SPD und Grüne haben im Wahlkampf viel versprochen. Sie haben dies im Koalitionsvertrag noch einmal schwarz auf weiß bekräftigt und unterschrieben. Nun wissen wir alle, dass Ihr Koalitionsvertrag weitestgehend Makulatur ist. Die Damen und Herren auf der Regierungsbank haben nur nicht den Mut, das ehrlich und offen zu bekennen.

Herr Weil, es wäre jetzt die Gelegenheit, Buße zu tun. Ich geben Ihnen den guten Rat: Machen Sie sich endlich ehrlich!

(Lachen bei der SPD – Zuruf von der FDP: Machen Sie sich frei!)

Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in Sorge um den Zustand der Parteiendemokratie in Deutschland einst den Begriff der Machtvergessenheit geprägt. Machtvergessen scheint mir auch die rot-grüne Landesregierung zu sein, und zwar deshalb, weil sie ihrem Wählerauftrag, der auch ein politischer Gestaltungsauftrag ist, nicht nachkommt.

Erstes Beispiel: In Ihrer Regierungserklärung am 19. Februar erklärten Sie, Herr Weil, hier - ich zitiere wörtlich -:

„Die Landesregierung sieht mit Sorge, dass aktuell gerade in der Fläche eine Reihe von Krankenhäusern vor dem wirtschaftlichen Aus steht.“

Die Entwicklung hat sich in den letzten anderthalb Jahren vielerorts noch verschärft. Aber über das bloße Sich-Sorgen-Machen sind der Ministerpräsident und seine Sozialministerin nicht hinausgekommen.

Verehrte Frau Rundt, wir warten nach eineinhalb Jahren immer noch auf einen klaren Plan, wie Sie sich die Zukunft der Krankenhauslandschaft in Niedersachsen vorstellen. Und wir stehen damit nicht allein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Vorsitzende der Niedersächsischen Krankenhausesgesellschaft, Gerhard Tepe, kommentierte die Ergebnisse der jüngsten Haushaltsklausur wie folgt:

„Es ist zu bedauern, dass in den aktuellen Haushaltsberatungen des Landes strukturelle Überlegungen im Krankenhaussektor offensichtlich keine Rolle gespielt haben.“

Recht hat er, absolut recht hat er. Gespräche vor Ort zu moderieren, reicht eben nicht aus. Das ist ein Synonym für Ihre Politik: Sie versuchen, die große Welt zu erklären, und kriegen die kleine vor Ort nicht in den Griff.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie müssen konkrete Fragen beantworten: Erstens. Welche Rolle sollen Krankenhäuser in ländlichen Regionen künftig für die ambulante Grundversorgung spielen? Zweitens. Welche Spezialisierungsmöglichkeiten sehen Sie für Krankenhäuser in ländlichen Regionen? Drittens. Welche Schritte sind Ihrer Ansicht nach erforderlich, um den Investitionsstau über die Legislaturperiode ausreichend auflösen zu können?

Es ist an der Zeit, dass Sie endlich von hier aus Farbe bekennen. Sagen Sie der Öffentlichkeit endlich, was Sie vorhaben!

(Beifall bei der CDU)

Das sind Sie den Tausenden Beschäftigten in den Krankenhäusern und den mehr als fünf Millionen Menschen im ländlichen Raum in Niedersachsen schuldig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweites Beispiel: Im Wahlkampf stimmten Herr Weil und Herr Pistorius ein großes Klagelied über die angeblich kommunalfeindliche Politik der CDUgeführten Landesregierung an.

(Zuruf von der CDU: Das war schlimm! - Jörg Bode [FDP]: Vom Regen in die Traufe!)

In der ersten Regierungserklärung von Herrn Weil fand sich u. a. folgender Satz:

„Ohne handlungsfähige Kommunen lässt sich unser Gemeinwesen auf Dauer nicht zusammenhalten.“

Heute, eineinhalb Jahre später, fragen wir nur: Was hat eigentlich der Kommunalminister dieser Landesregierung den Kommunen Gutes getan?

(Zuruf von der SPD: Vieles!)

Der Bericht im *Weser-Kurier* vom 30. Juli 2014 gibt eine klare, aber für Sie wenig schmeichelhafte Antwort, meine Damen und Herren:

„Milliardenschwere Kassenkredite auf der einen, Investitionsstau auf der anderen Seite. Den meisten Kommunen geht es finanziell nicht gut, und ihre Spitzenverbände sehen dafür das Land in der Verantwortung. Es Sorge nicht für eine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen, heißt es beim Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund.“

Meine Damen und Herren, wir teilen ausdrücklich diese Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände. Dieser Kommunalminister ist eine einzige Enttäuschung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man kann auch sagen: Als Rottweiler gestartet, als Obstfliege gelandet und trotzdem wie ein Dackel bellen - das geht nicht, Herr Pistorius. Ändern Sie diesen Kurs, und zwar augenblicklich!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittes Beispiel: Erst neulich hat der Ministerpräsident in einem Sommerinterview verlangt, die im Jahr 2010 eingeführte Steuervergünstigung für Hotels wieder abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD - Renate Geuter [SPD]: Und das war richtig so!)

Er wollte das allen Ernstes als Beitrag zum Subventionsabbau verkaufen. Ich bin gespannt, Herr Weil, ob es Ihnen gelingt, im Bundesrat eine Initiative zu starten.

(Christian Grascha [FDP]: Das werden wir erfragen!)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass das nicht passieren wird. In diesem Fall wäre es auch gut, wenn das nicht passieren würde. Eine Rücknahme der Steuervergünstigung würde nämlich dem Tourismusland Niedersachsen erheblichen Schaden zufügen.

(Beifall bei der FDP)

Das Hotelgewerbe hat in den letzten vier Jahren bewiesen, dass es die Mehrwertsteuerreduzierung dazu genutzt hat, Investitionen durchzuführen, die sonst unterblieben wären. Inzwischen sind Milliardenbeträge in die Hotellandschaft in Deutschland und in Niedersachsen investiert worden. Damit sind 10 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden, meine Damen und Herren.

(Christian Grascha [FDP]: Sehr richtig!)

Wer diesen Wachstumsimpuls leugnet, stellt sich selbst kein gutes wirtschaftspolitisches Zeugnis aus. Im Gegenteil, er unterstreicht einmal mehr, dass er von Wirtschaftspolitik nichts versteht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Schneider hat gerade eben von diesem Pult aus erklärt - Herr Schneider, das fand ich übrigens eine sehr nette Umschreibung -, dass in Deutschland und auch in Niedersachsen konjunkturell eigentlich alles auf gutem Wege sei, aber dennoch gehe es Unternehmen so, dass sie umstrukturieren müssten und sich aus dem Lande absentierten.

Kein Wunder! Warum verlassen sie denn Niedersachsen? - Weil diese Landesregierung keine wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen setzt, die erfolgreiches Wirtschaften in Niedersachsen möglich machen, meine Damen und Herren. Vielen Dank für die Erklärung, Herr Schneider.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweites Kennzeichen rot-grüner Politik: Viel heiße Luft, aber keine konkreten Ergebnisse. Dieser Landesregierung fehlt es nicht nur an Ideen, es fehlt ihr auch an Mut zur Verantwortung.

(Jörg Bode [FDP]: Eigentlich fehlt es an allem!)

Erstes Beispiel: Der demografische Wandel war im Landtagswahlkampf des Spitzenkandidaten Weil ein Riesenthema. Was ist in den letzten eineinhalb Jahren konkret passiert?

(Zurufe von der CDU: Gar nichts!)

Es gab einen Demografie-Gipfel im Frühjahr. Der Steuerzahler hat dafür 80 000 Euro aufgewandt.

(Zuruf von der CDU: Wahnsinn!)

Es wurde ein Demografie-Beirat gegründet und eingerichtet. An der Spitze steht der berühmte Wahlkampfmotivator der hannoverschen Regionalverwaltung Dr. Priebs.

Auch diesen Arbeitskreis hätten Sie sich sparen können, meine Damen und Herren, weil zum demografischen Wandel schon vieles Richtige gesagt und geschrieben worden ist. Ich erinnere daran, dass der Niedersächsische Landtag in seiner Enquete-Kommission in der 15. Wahlperiode dies festgelegt hat.

(Johanne Modder [SPD]: Das haben Sie fünf Jahre lang vergessen, Herr Thümler! In der Schublade verschwunden!)

Ich empfehle Ihnen, sich diese gute Arbeit einmal anzuschauen und die Handlungsempfehlungen genau zu lesen. Sie werden feststellen, dass das Handlungskonzept Demografie der Regierung McAllister weiterhin Gültigkeit hat. Meine Damen und Herren, Sie haben nichts davon zurückgenommen. Im Gegenteil, Sie setzen diese Arbeit fort.

Beweisen Sie, dass Sie nicht dabei stehenbleiben zu reden, und fangen Sie endlich an, die Erkenntnisse umzusetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweites Beispiel: In der Sommerpause hat Ministerpräsident Weil seiner SPD mehr Wirtschaftskompetenz empfohlen. Ein Beispiel hatte ich gerade schon vorgetragen.

Dieser Appell, Herr Weil, wäre glaubwürdiger, wenn Sie selbst in Niedersachsen danach handeln würden. Das Gegenteil ist der Fall. Rot-Grün ist stark beim Erlassen neuer Vorschriften. Das Landesvergabegesetz ist vor diesem Hintergrund im Übrigen ein Jobkiller. Das kann man auch nachweisen.

(Beifall bei der FDP)

Auch beim Drehen an der Gebührenschaube ist Rot-Grün nicht zimperlich. Besonders negativ sticht in dieser Frage Agrarminister Meyer hervor. Wenn es darum geht, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und unseren Unternehmen zu helfen, dann fällt dieser Landesregierung rein gar nichts ein. Dazu passt, dass Herr Weil zu Beginn seiner Amtszeit eine schonungslose Aufgabenkritik für alle Bereiche der Landesverwaltung angekündigt hat.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Die überflüssigen neuen Ämter für Landesentwicklung wurden aber ohne jegliche Wirtschaftlichkeitsprüfung und -berechnung gegründet und ins Leben gerufen, wider besseres Wissen wurde der Apparat aufgebläht - nichts von Aufgabenkritik, nichts davon, dass es eine schlanke Verwaltung geben soll, sondern Hauptsache, dass man Posten schafft, um Leute versorgen zu können! Meine Damen und Herren, deswegen klaffen bei Ihnen Wort und Tat meilenweit auseinander.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittes Kernmerkmal rot-grüner Politik: im Streit mit dem ganzen Land. Die Regierung Weil ist bereit, über alles zu reden, solange sich die Gesprächspartner die Positionen der Landesregierung zu eigen machen. Ernten Sie jedoch Widerspruch, ist es mit der Dialogbereitschaft rasch vorbei: Die Verbände, die Personen werden nicht mehr eingeladen, sie werden ignoriert, sie werden gemieden, sie kriegen keine Antworten mehr - das ganze Prozedere. Inzwischen liegen Sie mit vielen solcher Gruppen im Land im Clinch, meine Damen und Herren.

Erstes Beispiel: Frau Heiligenstadt glaubt immer noch, man könne eine Bildungsoffensive auf dem Rücken der Lehrer starten. Aber die Philologen und die GEW in trauriger Einsamkeit, wie wir sie uns nie hätten vorstellen können, geben zu Recht keine Ruhe. Die Gymnasiallehrer ziehen wegen der erhöhten Unterrichtsverpflichtung sogar vor Gericht. Das ist richtig so.

Aus Schaden wird diese Schulministerin offenbar nicht klug. Denn ohne die eine große Baustelle abgeräumt zu haben, wird die nächste gerade aufgemacht mit der neuen Schulgesetznovelle; wir haben darüber gerade diskutiert. Es bleibt dabei: Das ist eine unverhohlene Kampfansage an die Gymnasien und Oberschulen in unserem Land! Das können Sie, Frau Heiligenstadt, hier so oft leugnen, wie Sie wollen. Die Wahrheit bleibt es doch: Sie wollen den Gymnasien und den Oberschulen an den Kragen!

(Lebhaft Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dass dem Ministerpräsidenten diese Debatte nicht schmeckt - okay, das kann ich verstehen. Nassforsch wird das vom Tisch gewischt. Was bei Schröder „Basta“ war, nennt Weil jetzt „Quatsch“. Es gibt nur einen Unterschied: Gerhard Schröder hatte Rückgrat bewiesen. - Herr Weil, bei Ihnen suchen wir noch danach.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann Ihnen sagen - ich glaube, das kann ich Ihnen für die Oppositionsseite des Hauses in Gänze zusagen -:

(Christian Dürr [FDP]: Aber selbstverständlich! - Christian Grascha [FDP]: Aber hallo!)

Es wird hartnäckigen Widerstand gegen absehbare Schulschließungen in der Fläche des Landes geben. Dagegen wird die Entrüstung der Gymnasiallehrer ein laues Lüftchen sein, meine Damen und Herren. Das nehmen Sie als Zusage und nicht als Drohung. Wir werden uns an entsprechender Stelle wiedersehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweites Beispiel: Diese Landesregierung liegt im Clinch mit der kommunalen Familie. Stellvertretend für viele haben 13 Kommunen inzwischen Klage vor dem Staatsgerichtshof gegen das Land Niedersachsen eingereicht.

(Heiner Schönecke [CDU]: 13!)

Sie wollen nämlich nicht auf den Kosten der Inklusion sitzenbleiben, sondern sie wollen, dass das Land seiner Verantwortung in dieser Frage endlich gerecht wird.

(Renate Geuter [SPD]: Und wessen Gesetz war das?)

Auch in diesem Punkt, meine Damen und Herren, macht die Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht.

Drittes Beispiel: Angesichts der vielen Konfliktfelder, die der rot-grüne Agrarminister mittlerweile aufgemacht hat, fragen viele hinter vorgehaltener Hand: Ist Christian bald allein zu Haus? - Tatsache ist: Der Großteil der Landwirte Niedersachsens ist inzwischen durch mit diesem Minister. Daran ändern auch die verordneten Treffen vom Ministerpräsidenten mit dem Landvolk nichts.

In der Debatte um die Jagdzeitverordnung führt Herr Minister Meyer inzwischen einen Mehrfrontenkrieg. Um gar nicht mehr zu wissen, wohin man überhaupt noch schießen muss, wird sozusagen an allen Ecken und Enden geschossen. Seit Kurzem hat er nicht nur die Jäger und Förster gegen sich. Nein, auch die Umwelt- und Naturschutzverbände laufen Sturm.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, in dem Konzert darf natürlich einer nicht fehlen: Auch die Waidgenossen in der SPD haben sich der berechtigten Kritik angeschlossen und blasen zum großen Halali auf den grünen Koalitionspartner. Weiter so, meine Damen und Herren! Schaden abwenden, das ist angesagt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Viertes Beispiel: Selbst die GdP ist ernüchtert und enttäuscht von dieser Landesregierung, nämlich wegen der von den Grünen durchgesetzten Beschwerdestelle. In der Pressemitteilung der GdP vom 1. August 2014 heißt es anklagend:

„Die Landesregierung hat die wichtigen Themen Bildung und Arbeit als Schwerpunkte ihrer Politik festgelegt, dennoch darf der ebenso wichtige Anspruch der Bevölkerung nach Innerer Sicherheit nicht aus den Augen verloren werden.“

Das fordert der stellvertretende Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende, Herr Schilff.

Meine Damen und Herren, in Kürze wird die rot-grüne Landesregierung einen Entwurf zur Änderung des Polizeigesetzes vorlegen. Die geplanten Einschränkungen der Befugnisse der Polizei lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aus unserer Sicht ist es falsch, das Feld polizeilicher Aufgaben auf die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu verkürzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nach klassischem Verständnis war die Polizei immer für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Rot-Grün plant jetzt, diesen Ordnungsbegriff aus dem Polizeirecht wieder zu streichen. Das halten wir für falsch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Polizeibeamte hat auch die Aufgabe eines Ordnungshüters. Es gibt immer wieder Lebenssituationen, in denen ein Einschreiten der Polizei geboten ist, aber eben nur mit Rückgriff auf den Ordnungsbegriff, meine Damen und Herren. Ohne diese Ordnungsfunktion kann ein Gemeinwesen nicht funktionieren.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Und warum haben dann zahlreiche Länder den Begriff nicht drin?)

- Herr Limburg, mal ganz ehrlich: Man muss doch nicht jeden Unsinn mitmachen, den andere Länder auch machen,

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

sondern man kann doch auch eine eigene Positionen haben! Denken Sie doch einmal nach! Sie sind doch Jurist, Herr Limburg.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Kollege Thümmler, reden Sie über Ihre Hafenspolitik! Davon werden Sie ein bisschen mehr verstehen!)

Wir wollen auch keine Maßnahmen des Misstrauens gegen die Polizei wie anonyme Kennzeichnungspflicht und Beschwerdestelle, meine Damen und Herren, weil auch damit unterstrichen wird, wie misstrauisch Sie gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten in diesem Lande sind.

(Zustimmung von Thomas Adasch [CDU])

Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es geht um einen starken, handlungsfähigen Staat.

Ich empfinde es im Übrigen als Skandal, dass in Niedersachsen immer noch keine Beratungsstelle eingerichtet worden ist, in der Familien, deren Kinder in die islamistische Szene abzugleiten drohen, eine wirkliche Beratung bekommen können.

(Christian Dürr [FDP]: Frau Rundt wirft weiter mit Wattebäuschen!)

Jetzt rächt es sich nämlich, meine Damen und Herren - das sage ich insbesondere in Richtung der Grünen -, dass Sie das Antiradikalisierungskonzept der CDU-geführten Landesregierung aus rein ideologischen Gründen verworfen haben, ohne etwas eigenes dagegengustellen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei diesem Thema spielen Sie mit der Sicherheit der Bevölkerung. Das können Sie nicht weglegen.

Also stellen Sie sich Ihrer Verantwortung! Machen Sie es vor 2015, meine Damen und Herren! Halten Sie sich nicht mit Sonntagsreden auf, sondern setzen Sie es um, so schnell Sie können, weil es dringender denn je ist! Die Gefährdung ist da. Das

sagt auch der Verfassungsschutzpräsident aus Hamburg, der beileibe kein CDU-Mitglied ist. Also: Handeln Sie, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mein vierter Kernvorwurf: Rot-Grün ist sich untereinander uneins. Erstes Beispiel: Die rot-grüne Verkehrspolitik gleicht einem Stück aus dem Tollhaus. Rote und Grüne streiten wie die Kesselflicker hinter verschlossenen Türen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Was?)

In Sonntagsreden zeigen der Ministerpräsident und der Minister für Wirtschaft sich als glühende Befürworter der A 20 und der A 39. Unter der Woche erklären dann die Grünen-Abgeordneten regelmäßig das Gegenteil: Es wird mit uns keinen Spatenstich für neue Bundesfernstraßenbauprojekte in Niedersachsen in dieser Legislaturperiode geben.

Meine Damen und Herren, hören Sie doch auf mit diesem unsinnigen Theater! Handeln Sie! Wir brauchen diese Straßen aus Wirtschaftsgründen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Thomas Schremmer [GRÜNE]: Alle
Studien sagen das Gegenteil!)

Meine Damen und Herren, die Weigerung, das Teilstück der A 26 im Landkreis Stade unter Verkehr zu nehmen, führt dazu, dass Sie nicht nur bundesweit zum Gespött werden, wenn Sie ein vollständig fertig gebautes Teilstück einer Autobahn nicht in Gänze, sondern nur halbseitig befahren lassen. Das ist doch eine wirklich desaströse Außendarstellung Ihrer Politik, weil das Scheitern Ihrer Politik an dieser Stelle augenfällig wird, meine Damen und Herren. Also handeln Sie auch hier!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweites Beispiel: Das rot-grüne Trauerspiel in der Asyl- und Flüchtlingspolitik ist wirklich unsäglich. Es ist in den letzten Tagen vor der Bundesratsabstimmung öffentlich deutlich geworden, welches tiefe Bild der Zerrissenheit Sie, meine Damen und Herren, in dieser Frage abgegeben haben. Der *rundblick* hat es in seinem Kommentar vom letzten Freitag auf den Punkt gebracht:

„Es bleibt der Eindruck, dass die Asylfrage die erste veritable Krise innerhalb der rot-grünen Koalition in Niedersachsen zu werden droht.“

Diesen Eindruck haben wir auch, meine Damen und Herren.

Die Fliehkräfte dieser Koalition werden größer und größer, und das gemeinsame Fundament der Macht wird zunehmend brüchig, meine Damen und Herren. Ihnen fehlt der Mut zur Verantwortung - das ist Ihr Problem! Diesen Mut zur Verantwortung hat der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, bewiesen, meine Damen und Herren. Das muss einmal deutlich festgehalten werden!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Kommen wir zum fünften Kernvorwurf: mit dem Finger auf Berlin zeigen, die „Zeigefinger-Berlin-Variante“. Wir haben das vorhin schon einmal von Frau Schröder-Köpf gehört: „Der Bund muss zahlen.“ Herr Schneider hat vorhin in seiner Rede auch noch einmal gesagt: „Der Bund muss zahlen.“

Sie verlieren sich häufig im Klein-Klein und in Ihrer eigenen Klientelpolitik, ohne in diesem Land wirklich etwas voranzubringen. Kreativ sind Sie nur darin, Ausreden für Ihr Nichtstun zu finden und mit dem Finger nach Berlin zu zeigen, meine Damen und Herren!

Das Beispiel der Flüchtlingspolitik ist ein Synonym dafür. Herr Weil hat es gerade wieder getan und gesagt, die Bundesregierung habe mit den Grünen in der Sommerpause in Sachen sicherer Herkunftsstaaten nicht genügend verhandelt. - Was für eine Feststellung!

Man kann auch umgekehrt fragen: Was hat denn Bundesratspräsident Weil in der Sommerpause gemacht, meine Damen und Herren? Hat er auch verhandelt, oder hat er nur zugesehen, was dort gespielt worden ist?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei
der FDP)

Zweites Beispiel - wir haben es schon in der aktuellen Stunde gehört -: Der Umgang mit der rasant steigenden Flüchtlingszahl offenbart Ihre grenzenlose Ideen- und Konzeptlosigkeit, meine Damen und Herren. Sie haben nach dem Prinzip „Nichtstun und Handaufhalten“ gehandelt. Das wird aber nicht funktionieren, weil Sie für die Unterbringung verantwortlich sind. Stellen Sie sich dieser Verantwortung und lassen Sie die kommunale Ebene nicht weiter im Regen stehen, meine Damen und Herren! „Schlanker Fuß“ war gestern. Jetzt ist Handeln gefordert!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die fünf Hauptkritikpunkte habe ich deutlich an Beispielen erläutert. Besonders schlimm empfinde ich jedoch das besondere Staatsverständnis von SPD und Grünen. Sie glauben in der Tat, dieses Land wäre Ihr Land!

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Gerd Ludwig Will [SPD]: Das sagt der Richtige! - Johanne Modder [SPD]: Das kenne ich aber ganz anders!)

Eines sage ich Ihnen ganz deutlich: Die Landesverwaltung ist kein Selbstbedienungsladen und auch kein Versorgungslastenamt für rote und grüne Parteigänger.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gibt viele konkrete Beispiele dafür, was gutes Regieren auszeichnet, meine Damen und Herren. Beispielsweise haben wir in unserer Regierungszeit gemeinsam die Bezirksregierungen abgeschafft, die Landesbehörden zusammengefasst und neu strukturiert und die Ministerien verschlankt. Wir haben die Treppe von oben gefegt, meine Damen und Herren. So muss man es auch machen, wenn man seriöse Politik betreiben möchte. Sie allerdings machen sich den Staat zur Beute. Das ist die ausgesprochene Wahrheit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn es darum geht, politische Projekte voranzutreiben und zu vollenden, regiert bei Ihnen regelmäßig der Kleinmut. Beim Aufblähen der Landesverwaltung und der Versorgung von Parteifreunden gebärden Sie sich wie politische Halbstarke.

Die Umstrukturierung der Häuser nach rot-grünem Gusto ist in vollem Gange. Wir beobachten das mit Sorge. Langgediente Parteifreunde werden mit gut dotierten Posten versorgt. Nicht wenige freuen sich über erstaunliche Gehaltssprünge und Sprünge in der Versorgung. Im grün geführten Landwirtschaftsministerium geht es bei der Besetzung von Spitzenpositionen statt um Eignung, Befähigung und fachliche Leistung vor allem um grüne Gesinnung, meine Damen und Herren.

Es gibt wenig, was mich in der Sommerpause wirklich aufgeregt hat. Aber eines hat mich wirklich fassungslos gemacht, nämlich dass Sie ernsthaft mit dem Gedanken gespielt haben, Herr Tonne, das Fragerecht der Abgeordneten in diesem Landtag einzuschränken.

(Christian Dürr [FDP]: Das war echt der Hammer! Arroganz der Macht! Unglaublich!)

Dass der Ministerpräsident wenig später in das gleiche Horn tutet, finde ich, gelinde gesagt - - - Mir fällt jetzt kein freundliches parlamentarisches Wort ein; deswegen lasse ich das weg. Ich finde, dass dieses Demokratieverständnis Ihnen als sozialdemokratischer Partei nicht würdig ist. Das sage ich Ihnen in Erinnerung der Historie der SPD.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD und bei den Grünen - Helge Limburg [GRÜNE]: Unglaublich!)

Der Niedersächsische Landtag ist kein Feierabendparlament, meine Damen und Herren. Im Gegenteil, hier agieren selbstbewusste Abgeordnete. - Das kann ich jedenfalls für die Kollegen der CDU und der FDP erklären. Das sind selbstbewusste Abgeordnete. Die lassen sich nicht den Mund verbieten, meine Damen und Herren. Sie fragen, ob es Ihnen passt oder nicht, und sie erwarten vor allen Dingen Antworten, und das umgehend und unverzüglich, meine Damen und Herren!

(Jörg Bode [FDP]: Und zwar wahre Antworten!)

Da sind Sie in der Bringschuld. Das müssen Sie aushalten. Wenn Sie das nicht aushalten wollen, dann räumen Sie doch einfach die Regierungsbank! Wir übernehmen gerne!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum Schluss: Anderthalb Jahre Rot-Grün in Niedersachsen stehen erstens für gebrochene Wahlversprechen, zweitens für verschleppte und vergessene Projekte, drittens für Streit und Spaltung im ganzen Land und viertens für Stillstand und Rückschritt.

Was Niedersachsen umso dringender braucht, ist erstens Glaubwürdigkeit statt leerer Versprechen, zweitens Mut zur Verantwortung statt hilflosen Wegduckens, drittens neue Ideen statt alter Konzepte und viertens Aufbruch statt Stillstand.

Klaus Wallbaum hat es vor einem Jahr in seinem Leitartikel erwähnt, meine Damen und Herren. Die Antwort auf die Frage „Herr Weil, wann fangen Sie endlich an?“ sind Sie bisher schuldig geblieben.

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Thümmler. - Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Johanne Modder. Frau Modder, Sie haben das Wort.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das Blatt kann man nicht mehr wenden!)

Johanne Modder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Königsdisziplin bzw. das Königsrecht des Parlamentes ist es, hier über den Haushalt zu reden. Wir haben gerade gemerkt, dass die Fraktionen das auch nutzen, um über die Landespolitik im Allgemeinen zu reden, ohne näher auf Details einzugehen. Ich habe die Rede des Fraktionsvorsitzenden Herrn Thümmler sehr aufmerksam verfolgt. Vom Haushalt war da, glaube ich, überhaupt keine Rede.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Anja Piel [GRÜNE]: Sehr wenig! - Gegenruf von Christian Dürr [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, gar nicht auf Ihre Rede einzugehen, Herr Thümmler. Aber es fällt mir schwer. Deswegen mache ich das jetzt doch. Denn ich will Ihrem Gedächtnis ein bisschen auf die Sprünge helfen.

Wenn das die Rede des Spitzenkandidaten war, dann bin ich ganz entspannt, und wir können wirklich ganz ruhig bleiben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu den Politikfeldern, die Sie aufgegriffen haben - ich mache das nur stichwortartig -: Regionalpolitik war bei Ihnen Fehlanzeige, die gab es bei Ihnen gar nicht. Die Fehlentwicklungen in den einzelnen Regionen haben erst wir jetzt aufgegriffen und auf die Agenda gesetzt.

Thema Demografie: Der Demografiebericht lag fünf Jahre lang in der Schublade. Nichts haben Sie

umgesetzt, gar nichts! Sie hatten überhaupt keine Antworten darauf!

Sie behaupten hier, Wirtschaftspolitik finde nicht statt. Über die Wirtschaftspolitik des Herrn Bode will ich überhaupt nicht mehr reden.

(Jörg Bode [FDP]: Sie verstehen ja auch nichts davon!)

Das ist längst Vergangenheit, und das ist auch besser so. Aber ich sage Ihnen: Das, was wir überall an Sanierungstau vorgefunden haben, haben Sie mit zu verantworten. Das war Wirtschaftspolitik und Politik von CDU und FDP.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Was machen Sie denn?)

Auch über Flüchtlingspolitik will ich mit Ihnen nicht mehr reden, weil die Menschen ganz klar erkannt haben, dass mit Ihnen - auch mit der FDP - eine humane Flüchtlingspolitik überhaupt nicht möglich war. Ich bin sehr froh, dass Herr Schünemann hinten und nicht mehr vorne auf der Regierungsbank sitzt und dass wir einen Innenminister haben, der jetzt endlich Humanität und Menschlichkeit in die Flüchtlingspolitik einkehren lässt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Jetzt hören Sie mal auf rumzupöbeln!)

Nun zum Thema Fragestunde, bei dem Sie sich so aufgeregt haben, Herr Thümmler. Zur ganzen Wahrheit gehört hinzu, dass die PGFs gemeinsam darüber beraten, was wir hier verbessern können, damit wir das, worüber wir uns hier austauschen wollen - die aktuelle Fragestunde -, nach vorne bringen können. Sie greifen hier nun ein Thema heraus und machen eine Welle. Das ist so etwas von kleinkariert!

(Christian Grascha [FDP]: Wir warten noch heute auf Ihre Vorschläge! Die Vorschläge sollten schon vor der Sommerpause kommen!)

Eine kleine Sache will ich Ihnen doch noch sagen: Die Investitionsquote lag nach der letzten Mipla der alten Landesregierung für 2015 bei 5,8 %. Unsere aktuelle liegt nach der Mipla bei ebenfalls 5,8 %. Ihre letzte Investitionsquote für 2016 lag bei 5,6 %, unsere liegt bei 5,7 %. Sie sollten Ihre Reden besser vorbereiten lassen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Investitionen in die Zukunft und die Haushaltskonsolidierung vorantreiben - das ist die Überschrift über diesen zweiten Haushalt unserer rot-grünen Landesregierung.

Bevor ich in den Haushalt einsteige, möchte ich mich bei unserem Finanzminister Peter-Jürgen Schneider, bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch bei den Verantwortlichen in den einzelnen Ressorts ganz herzlich für die Vorbereitung und die Aufstellung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs bedanken. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns das aufgeteilt. Zum Haushaltsbegleitgesetz wird gleich meine Kollegin Renate Geuter vortragen.

(Jens Nacke [CDU]: Keine Drohung!)

Meine Damen und Herren, wir haben in den zurückliegenden Monaten hier in diesem Haus viele Entschließungsanträge beraten. Ich habe versucht, mich mit den inhaltlichen Positionen von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, auseinanderzusetzen. Ich kann mich an inhaltliche Positionen leider nicht erinnern.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Ich auch nicht!)

Das war erfolglos. Sie hätten immer - - - Das sage ich jetzt lieber nicht; denn das wäre nicht parlamentarisch.

Ihre Arbeit der letzten Monate - zumindest die der Abgeordneten in der ersten Reihe Ihrer Fraktion - war geprägt vom Skandalisieren dort, wo nichts zu skandalisieren ist, und vom Dreckwerfen in der Hoffnung, dass schon irgendetwas kleben bleiben wird. Sie haben die politische Atmosphäre hier sehr schwer belastet. Von Sacharbeit, meine Damen und Herren, keine Spur!

(Zustimmung bei der SPD)

Ich will Ihnen aber eines persönlich mit auf den Weg geben, meine Damen und Herren von der CDU: Die Entgleisungen Ihres Parlamentarischen Geschäftsführers Jens Nacke und die Angriffe auf Personen, die sich hier politisch nicht wehren können, werden wir nicht länger hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das sind auch keine Einzelfälle, meine Damen und Herren, sondern das hat Methode, das hat Strategie. Deswegen ist es nicht ein Problem von Herrn

Nacke, sondern es ist Ihr Problem, Herr Thümler, ein Problem der Fraktionsführung.

(Björn Thümler [CDU]: Ich habe kein Problem!)

Ziehen Sie endlich die Reißleine und kehren Sie zurück zu einer konstruktiven Politik!

(Zurufe von der CDU)

- Sie müssen ganz ruhig bleiben!

(Weitere Zurufe)

- Genau, die kommen auch noch dran.

Ihnen, meine Damen und Herren von der FDP, Herr Birkner, kann ich nur raten: Lassen Sie sich nicht auf dieses Niveau der CDU herunterziehen! Schwimmen Sie sich endlich frei, solange Sie noch schwimmen können!

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das werden wir tun!)

Trennen Sie sich von Ihrem früheren Koalitionspartner und wenden Sie sich wieder den Sachthemen zu! Die CDU ist dazu leider nicht in der Lage, und zwar so lange nicht, bis sie nicht ihre Führungsfrage geklärt hat.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist doch der einzige Strohalm, den Sie hier haben!)

Meine Damen und Herren, wir können die Politikbereiche für die CDU einmal durchdeklinieren. Auf allen Politikfeldern - seien es Kultus, Wissenschaft, Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Umwelt und Energie, Landwirtschaft oder Inneres - verharren Sie entweder in der Vergangenheit und nehmen Weiterentwicklungen überhaupt nicht zur Kenntnis, oder Sie wollen von Ihrer eigenen Regierungsverantwortung nichts mehr wissen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Was ist das denn für eine Haushaltsrede?)

Das gilt z. B. für das Thema Inklusion und für den Sanierungsstau, den wir überall vorgefunden haben.

Oder nehmen wir das Thema Haushalt und Finanzen. Die einzigen Forderungen der CDU - - -

(Jens Nacke [CDU]: Das wäre mal eine gute Idee! - Mechthild Rossluttman [CDU]: Das ist *das* Thema!)

Die einzige Forderung, die Sie noch haben, ist die Senkung der Netto-Kreditaufnahme und die Einführung der Schuldenbremse bis 2017.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist ja auch eine wichtige Forderung! - Ulf Thiele [CDU]: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil! Anträge lesen!)

- Meine Damen und Herren, Sie müssen einmal zuhören; denn Sie sind uns immer noch eine Antwort auf die Frage schuldig, wie Sie das umsetzen wollen. Entweder machen Sie Kahlschlagpolitik, was mit uns nicht zu machen ist.

(Zurufe von der FDP)

- Wir werden ja sehen, welchen Haushaltsentwurf Sie vorlegen werden.

(Christian Grascha [FDP]: Wir legen nur Änderungsanträge vor, aber keine Entwürfe!)

- Ja, dann legen Sie Änderungsanträge vor. Auch darauf sind wir sehr gespannt.

(Christian Dürr [FDP]: Das haben Sie ja nie gemacht, als Sie noch in der Opposition waren! - Zustimmung von der CDU und von der FDP)

Sie, meine Damen und Herren, kritisieren, dass die Landesregierung 2013 die geplante Rücklageentnahme nicht in Anspruch genommen hat, sondern der Rücklage zusätzlich 56,5 Millionen Euro aus der alten Kreditemächtigung zugeführt hat. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Sie zwar die Netto-Kreditaufnahme senken wollen, Einmaleffekte, wie z. B. Vermögensveräußerungen oder auch Rücklagenentnahmen, aber weiter fortführen wollen. Nur, Sie wissen ganz genau, dass dies das strukturelle Defizit überhaupt nicht abbaut.

Meine Damen und Herren, die Leitplanken der rot-grünen Koalition sind Bildung und Arbeit. Es geht um Qualifikation, und es geht um Fachkräfte.

Die Antriebsfeder meiner Fraktion und meiner Partei ist aber eine andere: Bildung und Arbeit sind Grundlage für ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben. Arbeit und Beschäftigung sind die Basis für Lebensunterhalt. Sie liefern aber auch die Grundlage für die gesellschaftliche Anerkennung und Identifikation.

Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat, der Sicherheit, Teilhabe und gleiche Lebenschancen gewährleistet. Dieser hat nicht nur die Aufgabe, Fehlentwicklungen auszugleichen und den

Schwächsten zu helfen, sondern er hat die viel weitergehende Aufgabe, Vorsorge zu treffen, damit Notlagen gar nicht erst entstehen. Bildung und Arbeit, die Leitplanken unseres politischen Handelns, setzen diesen Anspruch um.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Welche Maßnahmen denn?)

- Sie müssen zuhören!

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist eine sogenannte Überschriftenrede!)

Einen wichtigen Schritt zu einem modernen und gerechten Bildungssystem haben wir im zurückliegenden Jahr getan. Im Rahmen der Zukunftsoffensive Bildung haben wir im letzten Jahr 420 Millionen Euro für dieses und die kommenden drei Jahre auf den Weg gebracht.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mehr verlässliche Betreuung, frühkindliche Bildung, besser ausgestattete Ganztagschulen und Qualitätsverbesserung - bei Ihnen Fehlanzeige!

(Filiz Polat [GRÜNE]: Richtig!)

Wir haben im Hinblick auf den Haushalt 2014 die Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer und -lehrerinnen um eine Stunde erhöht und die Altersermäßigung ausgesetzt. Ja, das hat uns viel Ärger eingehandelt. Dennoch bleibe ich dabei: Diese Entscheidung war und ist verantwortbar.

Wir bringen in dieses Plenum den Gesetzentwurf für die neue Altersteilzeit für Lehrkräfte ein. Wir schaffen damit die Grundlage für ein Altersteilzeitmodell, das den Ansprüchen der Lehrkräfte gerecht wird. Und wir sorgen für Entlastung an anderer Stelle. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Das moderne Abitur baut Stress nicht nur für Schülerinnen und Schüler ab, sondern es entlastet auch die Lehrkräfte.

Die Kerncurricula werden an die neue Schulzeitdauer angepasst, ohne dass der Fachlernstoff quantitativ ausgeweitet wird. Das gibt auch den Lehrkräften mehr Zeit für die Vertiefung und die Wiederholung und ermöglicht nachhaltigeres Lernen. In der gymnasialen Oberstufe werden wir außerdem die Anzahl der Klausuren spürbar reduzieren. Sie sehen: Wir setzen unsere Zusage nach Entlastungen um!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle aber auch das noch einmal ausdrücklich unterstreichen, was ich schon in der letzten Woche in der Presse geäußert habe: Eine erfolgreiche Bildungspolitik kann nur gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern gelingen. Wir, die Regierungsfractionen und die Landesregierung, sichern mit dem Investitionsprogramm die Zukunft und die Chancengleichheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Ich hoffe, dass nach der Neuformulierung des Abiturs nach 13 Jahren, dem Entlastungspaket und nun nach Einbringung des Gesetzes zur Altersteilzeit der Boykott gegen Klassenfahrten ein Ende hat und wir zu einem konstruktiven Miteinander in der Schulpolitik zurückkehren können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Teil unserer Anstrengungen in Zeiten schwieriger Haushaltslage ist auch die Einführung der dritten Kraft in den Krippen. Wir bringen heute mit dem Haushaltsbegleitgesetz die entsprechende gesetzliche Regelung ein, mit der die Finanzierung dieser wichtigen Unterstützung in Form von Sozialassistentinnen und Sozialassistenten in den Krippengruppen solide gewährleistet werden kann.

(Zuruf von der CDU: Mogelpackung!)

- Fragen Sie einmal die kommunalen Spitzenverbände, was die dazu sagen!

Ab dem 1. Januar 2015 werden wir bis zum Jahr 2020 alle finanzhilfefähigen Krippengruppen in Niedersachsen mit einer dritten Kraft ausgestattet haben. Das sind ein wichtiger, ein großer Schritt und ein riesiger Erfolg für diese Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Verzahnung von Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft - auch als Beitrag zur Regionalentwicklung - ist zentrales Ziel unserer Politik. Wir wissen um die Bedeutung der Fachhochschulen, um ihre Bedeutung als Bildungs- und Wissenschaftseinrichtung, aber auch um ihre Bedeutung für den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und hier insbesondere im Hinblick auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Gerade die ländlichen Räume dort, wo die Fachhochschulen sind, profitieren hiervon.

Mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm stellt Niedersachsen bis zum Jahr 2020 mehr als

480 Millionen Euro bereit. 480 Millionen Euro, meine Damen und Herren! 3 400 temporäre Studienanfängerplätze können nun in reguläre Studienanfängerplätze umgewandelt werden. Die Grundkapazität der Fachhochschulen wird damit dauerhaft um mehr als ein Drittel erhöht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Fachhochschulentwicklungsprogramm ist eine langjährige Forderung meiner Fraktion gewesen. Schwarz-Gelb hat sich nie darum bemüht. Wir halten unsere Zusage ein, stärken die Fachhochschulen und damit auch einen wichtigen Faktor der Regionalentwicklung. Hier geht mein besonderer Dank an die Fraktionen, die hartnäckig für die Umsetzung dieses Projekts gekämpft haben.

Die Entwicklung Niedersachsens als Flächenland ist auch von dem Erhalt der Verkehrsinfrastruktur abhängig. Das wissen wir alle. Unsere Anstrengungen im Bereich der Landesstraßen setzen wir weiter fort. Der Erhalt von Landesstraßen und damit wichtiger Infrastruktur wird auch im nächsten Haushalt eine wichtige Rolle einnehmen. Eingeplant sind im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung 106 Millionen Euro. Hiervon stehen für Betrieb, Wartung und Unterhaltung der Landesstraßen künftig jährlich 21,6 Millionen Euro zur Verfügung. Das bedeutet eine Erhöhung um 8,5 Millionen Euro, also um 65 % gegenüber den Planungen Ihrer Landesregierung, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

(Zustimmung bei der SPD)

75 Millionen Euro stehen für den Straßenbauplaffond zur Verfügung, und die restlichen 10 Millionen Euro kommen aus dem Sondervermögen, welches die Regierungsfractionen letztes Jahr auf den Weg gebracht haben.

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

Das Land Niedersachsen wird die Mittel für die Städtebauförderung ab 2015 entsprechend der Bundesmittel mit 47,6 Millionen Euro weiter deutlich aufstocken.

(Zurufe von der CDU)

Mit den Mitteln von Bund und Kommunen summieren sie sich auf rund 142,8 Millionen Euro. Die beabsichtigte Aufstockung ist ein wichtiger Erfolg und zeigt die Bedeutung der Städtebauförderung in Niedersachsen.

Wir wissen um die volkswirtschaftlichen Effekte der öffentlichen Förderung. 1 Euro öffentliche Förderung zieht ungefähr 8 Euro an privaten Investitionen nach sich. Diese Investitionen bedeuten Aufträge für das lokale Handwerk, für die Bauindustrie und eine Wertschöpfung in den Städten und Gemeinden, die nicht zu unterschätzen ist.

(Ulf Thiele [CDU]: Warum wird denn dann gekürzt? Sie lassen Bundesmittel verfallen! Als einzige!)

In diesem Zusammenhang wird auch das Programm „Soziale Stadt“ deutlich aufgestockt. Knapp 14 Millionen Euro werden für die Aufwertung benachteiligter Quartiere sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum bereitgestellt.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

- Ich dachte eigentlich, wir kommen aus der Sommerpause, und Sie sind ein bisschen locker. Aber anscheinend ist die Spannung ziemlich schnell wieder da. Sie sollten sich ein bisschen entspannen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Wir müssen Sie auf Fehler hinweisen! Sonst wissen Sie es ja nicht!)

- Ich lasse mich von vielen auf Fehler hinweisen, aber garantiert nicht von Ihnen, die Sie uns diesen Sanierungsstau und all das, was wir aufzuholen und abzarbeiten haben, hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, einen Punkt greife ich an dieser Stelle noch auf, weil er den Stellenwert öffentlicher Investitionen deutlich macht: das „Baumoratorium“. Der Finanzminister hat es angesprochen. Es ist ein wunderschönes Wort: Damit wird etwas Negatives positiv ausgedrückt. Ich sage lieber: „Baustopp“. Ein absoluter Baustopp, der von Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, verhängt wurde, ist ausgelaufen, und das ist auch gut so.

(Ulf Thiele [CDU]: Haben Sie fortgeschrieben!)

Wir investieren in sieben große Baumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rund 69,3 Millionen Euro. Dies sind wichtige Bauvorhaben in den jeweiligen Regionen. Ich nenne sie kurz: die Polizeiinspektion Gifhorn, das Finanzamt Oldenburg, das Landesgesundheitsamt, das Staatstheater in Oldenburg, die Landesschulbehörde in Braun-

schweig, die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt Göttingen und die Staatsanwaltschaft Aurich - alles Investitionen, die in den Regionen sehr dankbar angenommen werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will aus aktuellem Anlass einen Aspekt aufgreifen, der mir persönlich sehr am Herzen liegt. Wir haben in unserem Land in den zurückliegenden eineinhalb Jahren den Einstieg in eine echte Willkommenskultur geschaffen. Ich bin stolz auf das, was wir erreicht haben, und auf das, was noch vor uns liegt, was wir uns vorgenommen haben. Das bildet sich auch in diesem Haushalt ab.

Auf Initiative der Regierungsfraktionen stellt das Land Niedersachsen von 2015 bis 2018 insgesamt 1,5 Millionen Euro für ein Modellprojekt zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen ohne definierten Aufenthaltsstatus zur Verfügung. Im Rahmen eines Modells soll in Göttingen und Hannover eine Anlauf- und Vergabestelle eingerichtet werden, in der Flüchtlinge medizinisch betreut und aufenthaltsrechtlich beraten werden. Darüber hinaus erhöht das Land die Mittel für das Krisen- und Trauma-Zentrum, in dem traumatisierte Flüchtlinge und Folteropfer behandelt und betreut werden, auf insgesamt 300 000 Euro. Meine Damen und Herren, das ist ein wirklich wichtiger Punkt, den wir hier setzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will in diesem Zusammenhang auch die Übernahme von Krankenkosten für syrische Flüchtlinge nennen. Das muss hier auch genannt werden können.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stehen für eine echte Willkommenskultur und einen offenen Umgang mit Flüchtlingen aus der ganzen Welt.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eine Bemerkung im Hinblick auf die Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger auch aus Verantwortung gegenüber dieser Gruppe der Landesbediensteten machen. Die Bezüge sollen in zwei Schritten um 4,5 % angehoben werden. Vorgesehen sind 2,5 % zum 1. Juni nächsten Jahres und weitere 2 % zum 1. Juni 2016. Damit schaffen wir eine Weichenstellung zur Einkommensverbesserung, haben aber gleichzeitig auch Planungssicherheit für den Landeshaushalt, wie es übrigens

auch in vergangenen Jahren schon üblich war. Wir sagen gleichzeitig zu, bei der Aufstellung des Haushalts 2016 nochmals eine Überprüfung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt hat ein Volumen von 28,4 Milliarden Euro. Wir reduzieren die Nettokreditaufnahme planmäßig im Vergleich zum diesjährigen Haushalt um 120 Millionen auf 600 Millionen Euro.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Ambitionslos! - Gegenruf von Axel Brammer [SPD]: Ausreichend!)

Das strukturelle Defizit des Haushalts wird um 220 Millionen Euro gesenkt. Ihre damalige Landesregierung, meine Damen und Herren von FDP und CDU, hatte im Haushaltsplan 2013 ein strukturelles Defizit von 1,3 Milliarden Euro.

(Petra Tiemann [SPD]: Ei! - Zurufe von der CDU)

Im Haushaltsplanentwurf 2015 beträgt das strukturelle Defizit noch 705 Millionen Euro. Wir haben es also in zwei Jahren um 600 Millionen Euro abgesenkt. Das ist ein großer Erfolg dieser Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Das, was wir 2012 hatten! Das ist ein solcher Quatsch!)

Auch das gehört zur Darstellung.

(Reinhold Hilbers [CDU]: „Darstellung“ ist der richtige Begriff!)

Wir verzichten auf Vermögensveräußerungen und auf die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage. Wir senken das Defizit nachhaltig. Wir machen es eben nicht so, wie Sie es zu Ihrer Regierungszeit getan haben, und wir halten uns an den Abbaupfad. Spätestens 2020 wird der Haushalt ohne Nettokreditaufnahme aufgestellt.

(Christian Grascha [FDP]: Das gibt aber Ihre Mipla noch nicht her! - Ulf Thiele [CDU]: Ehrgeiz ist für diese Landesregierung ein Fremdwort!)

Die Frage der Einhaltung dieser Zielmarke ist zwischen uns, meine Damen und Herren von der Opposition, immer wieder beliebter Streitgegenstand. Ich habe mich gefreut, als zu Beginn der Sommerpause PricewaterhouseCoopers, nicht gerade bekannt als sozialdemokratischer Think Tank, in

einer Publikation den Kurs der Landesregierung bestätigt hat.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Aha!)

Auch wenn Sie von CDU und FDP gerne anderes behaupten, dieser Haushalt ist solide finanziert.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Er ist ein Beispiel dafür, wie man investiert und gleichzeitig Schulden abbaut.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Kollegin Modder, ich darf Sie kurz unterbrechen. Der Kollege Hilbers möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie das?

(Petra Tiemann [SPD]: Er kann gleich selber noch reden! - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Johanne Modder (SPD):

Nein.

Wir haben das Sparen fest im Blick. Wir werden das Land aber nicht kaputtsparen. Wir haben erheblich in die Sanierung der Infrastruktur investiert, und wir werden das auch weiterhin tun müssen.

(Christian Grascha [FDP]: Ihr spart gar nicht!)

Eine Kahlschlagpolitik wird es mit uns nicht geben. Eine Milliarde Euro in die Zukunftsoffensive Bildung - so viel ist in Niedersachsen noch nie in Bildung investiert worden, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden in den kommenden Wochen den Haushaltsplanentwurf in den Ausschüssen beraten und im Dezember-Plenum verabschieden. Ich freue mich auf diese Beratung. Heute hat man einen Vorgeschmack auf das bekommen, was uns in den Ausschüssen erwarten wird. Ich kann nur sagen: Dieses Land ist bei Rot-Grün in den allerbesten Händen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Modder. - Jetzt hat sich der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Christian Dürr, zu Wort gemeldet. Herr Dürr, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der SPD: Nicht so schreien!)

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Modder, wenn man nicht spart, dann kann man auch nichts kaputtsparen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Modder, Sie haben am Anfang Ihrer Rede den Vorwurf erhoben, Union und FDP würden sich vor allem um die Reduzierung der Neuverschuldung kümmern. Abgesehen davon, dass ich nicht erkennen kann, dass man uns das vorwerfen müsste, haben wir von Union und FDP Ihnen in unseren Haushaltsanträgen im letzten Jahr gezeigt, wie das geht.

Und jetzt nenne ich Ihnen einmal die Zahlen für das kommende Jahr, Frau Modder: 2 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen als 2013. 2016 steht eine weitere Milliarde mehr zur Verfügung, und 2017 noch eine weitere Milliarde mehr. 2018 stehen insgesamt 5 Milliarden Euro mehr als 2013 zur Verfügung, und gleichzeitig müssen Sie 400 Millionen Euro weniger für Zinsen ausgeben. Wie, Frau Modder, wollen Sie bei diesen Zahlen noch irgendjemandem in Niedersachsen erklären, dass es nicht möglich ist, die Schuldenbremse schon 2017 einzuhalten? - Das können Sie nicht, Frau Modder, es sei denn, Sie wollen das Geld nur so zum Fenster rauswerfen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ich möchte den Herrn Finanzminister aus der *Braunschweiger Zeitung* vom Montag zitieren. Dort haben Sie gesagt, Herr Schneider:

„Wenn wir den Zinssatz von 2004 jetzt noch hätten,“

- also zu unserer Regierungszeit -,

„müssten wir für unsere Kredite fast eine Milliarde Euro mehr aufwenden, als wir das jetzt tun. Fast jede Woche läuft ein Kredit aus, und wir bekommen einen zu günstigeren Zinsen.“

Herr Schneider, Sie haben vollkommen recht.

Ich erinnere mich noch sehr gut an 2003, als CDU und FDP einen Landeshaushalt geerbt hatten, in dem wegen der hohen Verschuldung die Zinsausgaben aus dem Ruder gelaufen waren. Sie, Herr Finanzminister, müssten das eigentlich auch noch wissen; denn Sie waren damals, als diese Schulden gemacht wurden, der Chef der Staatskanzlei.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber das allein wäre noch nicht so schlimm. Das Fatale ist jedoch, dass Sie jetzt an diese Tradition von damals anknüpfen wollen. Denn trotz dieser sehr guten Rahmenbedingungen wollen Sie im nächsten Jahr 130 Millionen Euro zusätzliche Schulden machen. Damit würden Sie den von CDU und FDP eingeschlagenen Abbaupfad zum Erreichen der Schuldenbremse - anders, als Frau Modder es vorhin beschrieben hat - erneut verlassen.

Herr Schneider, Sie sind der erste Finanzminister in Deutschland, der versucht, zurückgehende Zinsausgaben durch zusätzliche Schulden zu kompensieren. Das können Sie wirklich niemandem im Land erklären.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Angesichts dieser Zahlen - auf der einen Seite Rekordsteuereinnahmen und auf der anderen Seite Zinsen, die noch nie in der Geschichte des Landes so niedrig waren - versteht wirklich niemand, warum die Schuldenbremse nicht schon 2017 kommt.

Der Grund ist das Unvermögen dieser Landesregierung, eigene klare Schwerpunkte zu setzen. Stattdessen galoppieren Ihnen die Ausgaben schneller weg, als der Steuerzahler damit hinterherkommt, immer mehr Geld beim Niedersächsischen Finanzminister abzuliefern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch von Renate Geuter [SPD])

Und weil wir jetzt schon so viel über Zahlen gesprochen haben, Herr Schneider: Die Frage ist doch, wie seriös Sie eigentlich unterwegs sind. Ich erinnere mich noch an Ihre ersten Reden hier im Landtag - Frau Modder hat das vorhin auch angesprochen - und daran, wie Sie beschworen haben, dass wir Ihnen einen Scherbenhaufen hinterlassen hätten.

(Johanne Modder [SPD]: Haben Sie ja auch!)

Soll ich Ihnen noch einmal die Zahlen nennen? - 2013, also der Haushalt, den wir aufgestellt und den Sie von uns geerbt haben, konnten in Niedersachsen 1 Milliarde Euro Schulden getilgt werden. Das Erbe, das Sie ausschlagen wollen, hat Ihnen 1 Milliarde Euro gebracht, Herr Finanzminister. Wenn Sie Größe hätten, hätten Sie sich heute vor den Landtag gestellt und sich für Ihre damaligen Entgleisungen entschuldigt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Finanzminister, Sie werden ja auch nicht müde zu betonen, dass es gar nicht so sehr auf die Neuverschuldung ankommt, sondern dass das strukturelle Defizit viel entscheidender sei. Frau Modder hat das eben auch noch einmal gesagt. Aber gerade da haben Sie im letzten und in diesem Jahr versagt; das muss man so klar sagen. Denn laut Ihrer eigenen Planung werden Sie das strukturelle Defizit erst im kommenden Jahr wieder auf das Niveau von 2012, also auf das Niveau unserer Regierungszeit, bringen können. Erneut: trotz Steuermehreinnahmen und geringerer Zinsbelastung, meine Damen und Herren!

Ihre mittelfristige Finanzplanung entlarvt Sie nicht nur im Hinblick auf das strukturelle Defizit, sondern sie entlarvt Sie auch, was die Schuldenbremse angeht. 2020 - Pustekuchen! Damit ist auch klar, warum Sie die Einhaltung der Schuldenbremse 2017 nicht wollen. Ihre eigene Planung, Herr Schneider, ist der Beleg dafür; denn laut Ihrer Mipla, die Sie gerade erst Anfang September dem Haus vorgelegt haben, erreichen Sie die Schuldenbremse nicht einmal im Jahr 2020. Ich sage sehr deutlich: Das ist Verfassungsbruch mit Ansage, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Keine Landesregierung vor Ihnen - übrigens egal welcher Farbe - hatte solche Rahmenbedingungen wie Sie heute. Aber anstatt die Gunst der Stunde zu nutzen und endlich mit dem Sparen anzufangen, kommt von der Regierungsseite und von den Regierungsfractionen vor allem der Ruf nach mehr Geld. Das ist schon spannend: Der Finanzminister redet mehr über das Geldausgeben als über das Sparen - was eigentlich sein Job wäre.

Herr Schneider - das hat er verkündet - will den Soli umwidmen und ihn damit anders, als von der Politik in Deutschland versprochen, dauerhaft erheben lassen. Wenn der Soli in die Tarife der Einkommensteuer eingearbeitet werde, so sagte Schneider, belaste das die Steuerzahler nicht stär-

ker, helfe aber den Ländern. Niedersachsens Landeskasse könne damit jährlich mit bis zu 700 Millionen Euro zusätzlich rechnen, wird Peter-Jürgen Schneider zitiert. Herr Schneider will also den Soli für die Landeskasse.

Jetzt kommt der Herr Ministerpräsident ins Spiel. Herr Weil, ich erwähne das deshalb, weil Sie sich in letzter Zeit gerne als ein Freund der Abschaffung der kalten Progression gegeben haben. Aber Ihr Finanzminister hat das Geld, von dem Sie glauben, es stünde für den Abbau der kalten Progression zur Verfügung, bereits heute schon dreimal ausgegeben.

Ein Finanzminister, der so wie dieser nur ans Ausgeben, aber nie ans Sparen denkt, ist eine glatte Fehlbesetzung. Das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich habe mich in den letzten Wochen gefragt, wie diese Ausgaberhetorik wohl zustande kommt. Ist das quasi der genetische Code der Sozialdemokraten: ausgeben, verteilen, mehr Geld fordern? Ist das das, was jedem Sozialdemokraten quasi inhärent ist?

(Anja Piel [GRÜNE]: Das ist eine Frechheit sondergleichen!)

Deshalb habe ich das gestern einfach einmal bei Google News eingegeben. Wissen Sie, was dabei für die drei Worte „SPD“, „mehr“ und „Geld“ herauskam? - 76 500 Treffer! Es gibt nur eine Partei, die noch mehr Treffer hatte als Sie von der SPD: Das sind die Grünen; für sie sind es 97 200 Treffer. Beim Geldausgeben haben Rot und Grün fast dreimal so viele Treffer wie CDU und FDP zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Genauso enttäuschend, Frau Modder, war auch die sogenannte Haushaltsklausur der Landesregierung; ich glaube, Sie waren sogar in persona dabei. Früher, unter Hartmut Möllring, gab es da stundenlange Beichtstuhlgespräche mit den Fachministern. Heute gibt es nur noch ein Speeddating mit dem Finanzminister. Ich frage mich wirklich, was Sie auf dieser Haushaltsklausur zum Anfang der Sommerpause eigentlich gemacht haben.

Die Informationspolitik der Landesregierung war hier eher zurückhaltend. Aber zum Glück ist der Herr Ministerpräsident ja bei Facebook. Ich habe einmal auf seiner Seite nachgeschaut. Dort habe

ich dieses Foto von ihm gesehen: mit kurzer Hose und Sandalen, zurückgelehnt und entspannt auf einer Parkbank. Daneben stand der Text: Das Gesicht in der Sonne, im Ohr gute Musik, und alle Viere tiefenentspannt von mir gestreckt. - Ich bin mir bis heute nicht sicher, ob das ein Foto von Ihrem Italienurlaub oder von der Haushaltsklausur der Landesregierung ist, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Herr Weil, ich will das sehr ernst sagen: Sie tragen nicht nur Sommershorts und Musik im Ohr, sondern Sie tragen in diesem Land für fünf Jahre die Verantwortung. Und das heißt, Sie tragen die Verantwortung dafür, dass sich Niedersachsen so gut weiterentwickelt wie in den letzten zehn Jahren. Und tun Sie es dabei bitte nicht Ihrer Kollegin in Nordrhein-Westfalen gleich, wo es wegen der Haushaltssperre mittlerweile nicht einmal mehr Kaffee für die Gäste in der Staatskanzlei gibt.

Ich will es wiederholen: Als wir uns gemeinsam mit den Kollegen der CDU darauf festgelegt hatten, ab 2017 keine neuen Schulden in Niedersachsen mehr zu machen, waren die erwarteten Steuereinnahmen geringer und die Zinsbelastung höher als heute. Sie, Herr Weil, wollen im kommenden Jahr hingegen 130 Millionen Euro mehr Schulden machen als von Schwarz-Gelb geplant, als die erwarteten Steuereinnahmen geringer und die Zinsen höher waren.

(Widerspruch von der SPD)

Ich bin im Nachhinein heilfroh, dass wir im Dezember 2012 die Nettokreditaufnahme um 800 Millionen Euro gesenkt haben. Dank CDU und FDP haben die Menschen in Niedersachsen jetzt 800 Millionen Euro weniger Schulden. Herr Schneider, Sie haben nicht den schwersten, sondern den leichtesten Job in dieser Regierung, aber nicht einmal der gelingt Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Schneider ist nicht der Einzige, der es in dieser Landesregierung offenkundig nicht kann. Nehmen wir den Landwirtschaftsminister, der wirklich gegen jeden Sachverstand eine neue Jagdzeitverordnung - das ist vorhin schon erwähnt worden - auf den Weg bringt. Da wenden sich - das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen - die Mitarbeiter der Landesforsten, also einer Anstalt des Landes, hilfesuchend an die Oppositionsfraktionen im Niedersächsischen Landtag. - Ich bin ja

froh, dass sie sich nicht an die Justizministerin gewandt haben. Dann hätten sie wahrscheinlich jetzt eine Hundertschaft der Polizei in ihren Forsthäusern zur Hausdurchsuchung und Peilsender an den Halsbändern ihrer Jagdhunde.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Das ist Bierzeltniveau!)

Ein anderes Beispiel: die Kultusministerin. Frau Heiligenstadt, Ihre Schulgesetznovelle will niemand in diesem Land. Mit Ihrer Schulgesetznovelle soll das Recht abgeschafft werden, ein Gymnasium zu besuchen. Und tun Sie doch nicht so, als würden Sie das Gymnasium gleich behandeln. Zu diesem Schuljahr sind 370 Lehrerinnen und Lehrer an den niedersächsischen Gymnasien in den Ruhestand gegangen, aber Sie haben lediglich 170 Stellen ausgeschrieben. Das ist nichts anderes als ein Angriff auf die erfolgreichste Schulform in Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Man verliert ja mittlerweile den Überblick darüber, wer wegen was gerade gegen Sie auf die Straße geht, Frau Heiligenstadt.

Aber es ist nicht nur die Landwirtschaftspolitik von Herrn Meyer, es ist nicht nur die Schulpolitik von Frau Heiligenstadt, und es ist auch nicht nur die Finanzpolitik von Herrn Schneider. Nein, der Ministerpräsident ist hier in der Verantwortung. Der größte Erfolg der letzten zehn Jahre war doch, dass wir es geschafft haben, Niedersachsen erneut auf vordere Plätze zu bringen. Die Schwerpunkte waren eine gute Schulpolitik und eine gute Infrastrukturpolitik.

(Johanne Modder [SPD]: Oh nein, Herr Dürr!)

Beides hat dazu geführt, dass Niedersachsen bei Wachstum und Wohlstand in Deutschland wieder ganz vorn mitgespielt hat.

Meine Damen und Herren, in beiden zentralen Feldern versagt diese Landesregierung. Stattdessen erleben wir eine tierschutzfeindliche Ringelschwanzprämie, ein absurdes Vergabegesetz, eine gymnasialfeindliche Schulgesetznovelle, ein unabgestimmtes Moorschutzprogramm, eine unnötige Jagdzeitverordnung, ein bürokratisches Güllekataster, überflüssige Landesbeauftragte und einen kommunalfeindlichen Windkrafteffekt. Und die Dienstwagenaffären sind an der Stelle nicht einmal mitgezählt.

Dass Niedersachsen im bundesweiten Vergleich wieder zurückfällt - in der Schulpolitik, beim Wachstum und bei der Verschuldung -, das liegt doch nicht an diesem tollen Land mit seinen wirklich fleißigen Menschen. Das liegt an den Leuten, von denen es regiert wird!

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Dürr. - Es hat jetzt das Wort die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Anja Piel. Frau Piel, bitte schön!

Anja Piel (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie zu Beginn meiner Rede um eines bitten: Dass wir hier in dieser räumlichen Enge sitzen, sollte nicht dazu führen, dass wir uns in einer Form ansprechen, die mich vorhin nicht sehr gefreut hat. Sätze wie „wir sollten uns schämen“, „Buße tun“ oder „weinen gehen“ möchte ich in den nächsten Sitzungen nicht mehr hören.

(Christian Grascha [FDP]: Aber wir müssen uns Ihre Beschimpfungen anhören, oder wie?)

Ich glaube nicht, dass ich jemals so mit meinen Kindern gesprochen habe. Ich möchte nicht, dass wir hier so miteinander reden. Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es wird ja wieder eine Gelegenheit geben, zu beurteilen, wie das, was wir in den letzten eineinhalb Jahren auf den Weg gebracht haben, zu bewerten ist: Das ist die nächste demokratische Landtagswahl. Sie wird die Entscheidung bringen, ob sich jemand schämen, Buße tun oder weinen gehen muss. - Vielen Dank.

Ich für meinen Teil freue mich, dass wir in dieser Plenarwoche den zweiten rot-grünen Landeshaushalt beraten. Das Kabinett hat uns einen sehr soliden Haushalt vorgelegt, der transparent darstellt, was wir mit dem Geld vorhaben und wie wir das, was wir tun wollen, finanzieren.

Mit diesem Haushaltsentwurf schnürt Rot-Grün - das ist mir sehr wichtig - ein ganzheitliches Bildungspaket, stärkt den Umweltschutz und be-

schreitet weiterhin den Weg der sanften Agrarwende.

Mit diesem Haushaltsentwurf zeigt die Landesregierung nicht nur einen realistischen Weg auf, wie wir das strukturelle Defizit weiterhin konsequent abbauen, sondern sie tätigt auch und gerade die wichtigen und notwendigen Investitionen, die unser Land in den nächsten Jahren voranbringen.

Meine Damen und Herren, was macht Bildungsgerechtigkeit aus Ihrer Sicht eigentlich aus? - Aus meiner Sicht zahlt sich Bildung vor allem dann aus, wenn wir sie als Gesamtpaket denken, von der frühkindlichen Förderung bis hin zum gebührenfreien Studium.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Haushaltsentwurf ist ein guter Haushaltsentwurf, sowohl für die Krippen als auch für die Schulen und die Hochschulen in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, ich würde Ihnen nicht vorwerfen, hier nichts getan zu haben. Aber Sie haben sich zehn Jahre lang nun einmal auf den quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung beschränkt. Wir jedoch wollen mehr. Wir wollen endlich auch die Qualität verbessern. Unsere Bildungsministerin Frauke Heiligenstadt setzt nun gemeinsam mit uns stufenweise die dritte Kraft in den Krippen um. Damit erfüllen wir eine wesentliche Forderung der Kita-Volksinitiative und legen endlich das notwendige Fundament für den erfolgreichen Bildungsweg aller Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Im Schulbereich setzten wir den Ausbau der Ganztagsbetreuung fort und verbessern weiter konsequent die Qualität. Was heißt das für die Schulen? - Mittel für 345 Stellen zusätzlich helfen uns dabei, dass die „Ganztagschule light“ der schwarz-gelben Vorgängerregierung endgültig der Vergangenheit angehört. Das ist mir persönlich ganz wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Echte Ganztagschulen sind gut für die Kinder, für ihre Mütter und ihre Väter, und sie sind ganz klar ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Meine Damen

und Herren, das ist etwas, was wir gemeinsam in Angriff genommen haben.

Eines der größten, wichtigsten, aber auch schwierigsten Vorhaben im Bereich der Schule ist die Verwirklichung der Inklusion. Damit uns dieser Prozess gelingt und für alle Kinder zu einem Gewinn wird, werden wir die Ausstattung der Schulen durch zusätzliche 220 Stellen noch weiter verbessern.

Meine Damen und Herren, bessere Ganztagschulen, Maßnahmen zur Inklusion oder Schulpsychologen - jeder Euro, den das Land für Bildung ausgibt, ist gut angelegt. Wir können es uns schlicht und ergreifend nicht leisten, auf Investitionen in ein gerechtes Bildungssystem zu verzichten. Dabei geht es nicht allein um die vermeintlich Schwachen. Diese Maßnahmen für eine inklusive Bildung kommen allen Kindern zugute.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Über einen Punkt im Haushalt freue ich mich besonders. In diesen Tagen beginnt an den Universitäten und Fachhochschulen in Niedersachsen das neue Semester. Und da danke ich unserer Wissenschaftsministerin Gabi Heinen-Kljajić für ihre klaren Worte: Es ist tatsächlich so, dass erstmals seit 2007 die Studierenden keine 500 Euro Studiengebühren mehr zahlen müssen - und das ist auch gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Unter CDU und FDP mussten die Studierenden ohne Ansehen ihrer Einkommensverhältnisse oder der ihrer Eltern zusätzlich zu den Kosten für ihren Unterhalt auch noch das Geld für die Unis selber mitbringen. Nun haben die Studierenden dank Rot-Grün zum Semesterstart 500 Euro mehr zur Verfügung für Miete, Mensa und auch für das Menschsein.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Detlef Tanke [SPD])

Anders als in den anderen Bundesländern wird der Einnahmeausfall aus den abgeschafften Studiengebühren in den Unis vollständig kompensiert. Damit haben die Universitäten in Niedersachsen einen echten Wettbewerbsvorteil. Das nenne ich einmal eine wirklich kluge Investition in kluge Köpfe. Die Gelder fließen in die Verbesserung der Studienbedingungen und in die Qualität der Lehre. Somit profitieren die Studierenden in Niedersach-

sen unter Rot-Grün gleich doppelt von der Abschaffung der Campusmaut.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Jens Nacke [CDU])

Meine Damen und Herren, ich habe heute schon viel über Landwirtschaft gehört. Aber was ist mit den notwendigen Investitionen in einen echten Verbraucher- und Tierschutz, den notwendigen Investitionen in eine zukunftsfähige Landwirtschaft?

Bei den ELER-Mitteln zur Förderung des ländlichen Raums und der landwirtschaftlichen Umwelt hat unser Agrarminister Christian Meyer gut verhandelt. Jetzt kommt mehr Geld unmittelbar den Bäuerinnen und Bauern für ihre besonderen Leistungen zum Schutz des Grundwassers, zum Schutz von Natur und Landschaft und für den Tierschutz zugute. Das ist keine Gießkannenförderung, meine Damen und Herren von CDU und FDP, und die Umschichtung der Mittel von der ersten in die zweite Säule hat ganz sicher nicht zum Untergang der Landwirtschaft in Niedersachsen geführt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und weil wir schon so viel über Protest gesprochen haben: Die Bäuerinnen und Bauern wollen diese Programme. Die Nachfrage ist groß - so groß, dass es zum Teil sogar mit den verfügbaren Mitteln eng werden wird.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Aber dann werden die Programme wieder gestrichen! Sie haben die Leute hinter die Fichte geführt, Frau Kollegin! Das ist Fakt!)

- Ich glaube, Sie sollten sich da bei uns keine Sorgen machen.

Auch beim Verbraucherschutz hat sich viel getan. Auch da sehen wir uns anders in der Verantwortung. Bereits im laufenden Jahr wird die Überwachung unserer Lebensmittel wie auch der Futtermittel deutlich verbessert. Es tut unseren Verbraucherinnen und Verbrauchern gut, dass wir in Niedersachsen jetzt auch den Einsatz von Antibiotika konsequent kontrollieren und in den kommenden vier Jahren - das ist ganz wichtig für die Verbraucherinnen und Verbraucher - um die Hälfte reduzieren wollen. Dieses Ziel ist gleichermaßen ambitioniert wie notwendig. Und die Bäuerinnen und

Bauern werden dabei nicht alleine gelassen. Auch das wird im Haushalt abgebildet.

Meine Damen und Herren, der Haushalt unseres Umweltministers Stefan Wenzel trägt Schwerpunkten beim Klima- und Naturschutz Rechnung, die die Vorgängerregierung zehn Jahre lang sträflich vernachlässigt hat.

Ich will in diesem Zusammenhang ein weiteres wichtiges Thema ansprechen: Rund 12 % der Treibhausgasemissionen in Niedersachsen stammen aus entwässerten Mooren. Das ist fast genauso viel, wie der gesamte Verkehrsbereich ausstößt. Rot-Grün hat es geschafft, mehr EU-Mittel für den Moorschutz einzuwerben, und begleitet diese Förderung mit einer Kofinanzierung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich finde, da können auch Sie ruhig ein bisschen Applaus spenden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP; denn wir setzen damit einen Vorschlag der Regierungskommission Klimaschutz um, die Sie selbst eingesetzt haben. Deshalb glaube ich, dass Sie an der Stelle mitstimmen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen hat - das hat Ihre Regierungskommission Klimaschutz auch schon festgestellt - eine besondere Verantwortung für den Moorschutz. 38 % der deutschen Hochmoore liegen in unserem Bundesland. Nicht nur aus Klimaschutzgründen, sondern auch zum Schutz dieses einzigartigen Lebensraums für seltene Tiere und Pflanzen müssen wir diese Flächen schützen.

Ich komme gleich zum Naturschutz. Das ist nämlich auch ein spannendes Thema, was „Liegen lassen. Später machen“ angeht.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das stimmt allerdings! Das sollte der Minister mal entdecken!)

Im kommenden Jahr wird im Haushaltsansatz für den Naturschutz ein Viertel mehr an Mitteln eingeplant. Wir brauchen diese Mittel zur Umsetzung des Projektes Natura 2000 - Herr Dürr, da sollten Sie zuhören; das betrifft Sie gleichermaßen mit; denn das Projekt hat man zehn Jahre lang vor sich hergeschoben -, also für FFH- und Vogelschutzgebiete. Die Datenbestände sind veraltet, die Ausweisung von Schutzgebieten dümpelte jahrelang

mehr schlecht als recht vor sich hin, und den Landkreisen haben Sie immer vermittelt: Ihr braucht keine Schutzgebiete. Das alles geht über Vertragsnaturschutz. - Das war ganz klar rechtswidrig. Das Ergebnis ist übrigens ein Vertragsverletzungsverfahren. Wir steuern jetzt mit Investitionen um, die Sie offenbar nicht für notwendig gehalten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Mit den kommunalen Spitzenverbänden haben wir vereinbart, die Schutzgebietsausweisung innerhalb der nächsten vier Jahre abzuschließen. Die Mittel für Bestandserfassung und Monitoring haben wir bereits im laufenden Haushalt erhöht. Im kommenden Jahr werden wir noch etwas draufpacken.

Ohne planerische Grundlagen und ohne zu wissen, welche Arten eigentlich woher kommen, kann man keinen vernünftigen Naturschutz machen. Das wollen wir besser machen. Rot-Grün räumt dem Naturschutz in Niedersachsen endlich den Stellenwert ein, der ihm gebührt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Noch ein Wort zu dem Thema, bei dem Sie uns immer so zerstritten wähen - ich glaube, da unterliegen Sie einem sehr schweren Irrtum -: Wir sind angetreten, um Niedersachsen weltoffener zu gestalten und Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, willkommen zu heißen. Diese Willkommenskultur stärken wir auch mit dem Haushalt 2015.

Aufgrund der anhaltenden Krisen, insbesondere in Syrien, im Irak und in Teilen Afrikas, hat sich die Zahl der Flüchtlinge, die im Bundesgebiet Schutz vor Verfolgung suchen, erheblich erhöht. Der Bundesinnenminister rechnet in diesem Jahr - das ist richtig - mit einer Zahl von 200 000 und mehr Asylansprüchen und geht davon aus, dass diese Entwicklung in den Folgejahren anhalten wird.

Die Zahl von 200 000 Menschen ist zwar höher als in den letzten Jahren. Das ist aber nicht einmal die Hälfte von den 438 000 Asylsuchenden, die aktuell die Türkei erreicht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Boot ist mitnichten voll. Wir wollen nicht, dass so eine Stimmung verbreitet wird. Wir wollen und werden unserer Verantwortung zur Aufnahme von Flüchtlingen gerecht werden. Und wir als Grüne sind sehr froh über unseren Koalitionspartner, mit dem wir uns

Schulter an Schulter befinden; zwischen uns passt kein Blatt Papier.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh! - Ulf Thiele [CDU]: Beim dritten Mal wird es gefährlich! Das ist schon zweimal gesagt worden!)

Insbesondere mit unserem Innenminister Boris Pistorius sind wir uns einig, dass die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge für Land und Kommunen gemeinsame Herausforderungen sind - Herausforderungen, denen wir uns stellen und mit denen die Landesregierung die Kommunen nicht alleine lässt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen noch viel mehr gut voranbringen und dabei das Gleichgewicht von Haushaltssanierung und notwendigen Investitionen nicht aus den Augen verlieren. Die Landesregierung hat einen guten Haushaltsentwurf vorgelegt. Lassen Sie uns in den parlamentarischen Beratungen daran arbeiten, diesen Haushaltsentwurf noch besser zu machen! Ich freue mich auf diese Beratungen und lade Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, herzlich ein, mit uns gemeinsam daran zu arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Piel.

Meine Damen und Herren, dass wir hier oben immer ein bisschen verkrampft und nach hinten gelehnt sitzen, liegt daran, dass hier im Saal - der ja ansonsten wunderbar ist - von unten, aus welchen Gründen auch immer, ein unheimlich kalter Zug kommt. Um mich mache ich mir keine Sorgen, aber um die beiden Damen neben mir.

(Heiterkeit)

Ich mache mir natürlich auch um mich ganz dollen Sorgen.

(Heiterkeit)

Zu Wort gemeldet hat sich jetzt der Kollege Reinhold Hilbers. Herr Hilbers, Sie haben noch 2:28 Minuten. Sie können sich ja kurzfassen.

(Ulrich Watermann [SPD]: Nein, das kann er nicht! - Gerd Ludwig Will [SPD]: Er kann alles, aber nicht kurz!)

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will in aller Kürze nur auf einige Punkte eingehen, die das Zahlenwerk betreffen.

Herr Schneider, festzustellen ist, dass Sie sich in einer Rekordeinnahmesituation befinden. Die Einnahmen liegen weit über dem, was geplant war. Die einzige Antwort, die Sie darauf haben, ist, neue Schulden zu machen.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Sie haben damals gezeigelt, Sie würden von uns ein Erbe übernehmen, das viel zu ehrgeizig geplant wäre. Mitnichten! Die von uns eingeplanten Zahlen zur Einnahmesituation haben sich nicht nur bestätigt, sie wurden sogar noch übertroffen.

(Zustimmung bei der FDP - Renate Geuter [SPD]: Das stimmt weiterhin nicht!)

Das Problem ist, dass Sie bei Ihrer Konsolidierung ausschließlich auf Mehreinnahmen setzen - genauso wie Ihr Koalitionsvertrag auf Mehreinnahmen aufgebaut ist. Konsolidierung auf der Ausgabenseite findet bei Ihnen nicht statt. Das ist Ihr Problem.

Zur Investitionsquote, Frau Modder: Sie haben Zahlen aus der Mipla vorgelesen, die wir mitten in der Konjunkturkrise, mitten in der Finanzmarktkrise da hineingeschrieben haben. Diese Zahlen sind aber jeweils übertroffen worden. Sie haben 1 Milliarde Euro mehr im Haushalt, aber wollen jetzt noch weniger investieren, als wir in der schlimmen Kapitalmarktkrise angenommen haben, investieren zu können. Das ist schwach!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und dann Ihr Märchen von der globalen Minderausgabe, Herr Schneider! Die globale Minderausgabe beträgt in 2014 im Einzelplan 13 150,5 Millionen Euro.

Sie haben sich gerade dafür gelobt, dass Sie die globale Minderausgabe in den Ressorts aufgelöst haben. Stattdessen beträgt die globale Minderausgabe im Einzelplan 13 jetzt 276,2 Millionen Euro. Das sind 126 Millionen Euro mehr, die Sie im Einzelplan 13 eingebucht haben. Das ist keine Konsolidierung! Sie haben in Wirklichkeit gar nicht konsolidiert, sondern das Geld aus den Ressorts her-

ausgestrichen. Damit haben Sie die Lage dort verschärft, Sie haben in den Ressorts die Zügel enger gezogen, und gleichzeitig sammeln Sie das Geld im Einzelplan 13 wieder ein. Damit schaffen Sie sich nur eine Möglichkeit, zusätzlich Geld auszugeben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Gleiche gilt für das strukturelle Defizit, das nach Ihren Angaben 1,3 Milliarden Euro beträgt. Aber diese Summe ist ja nicht eingetreten. Das strukturelle Defizit beträgt 988 Millionen Euro. 130 Millionen Euro davon hätten Sie vermeiden können, aber Sie haben sie stattdessen in Ihr Sondervermögen gebucht. Hätten Sie die da nicht hineingebucht, hätten Sie die Nettokreditaufnahme um 130 Millionen Euro reduzieren können. Und 55 Millionen Euro haben Sie der Rücklage zugeführt. Hätten Sie das nicht gemacht, hätten Sie die Nettokreditaufnahme auch um diesen Betrag reduzieren können. Sie wären dann 2013 beim strukturellen Defizit schon da gewesen, wo Sie heute sind. Das ist Fakt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen sind Sie - das sage ich Ihnen - nicht wirklich auf der Konsolidierungsseite unterwegs. Das müssen Sie sich vorhalten lassen. Sie sind der Finanzminister der Ausgaben. Sie sind der Finanzminister der Schulden. Sie sind nicht der Finanzminister der Konsolidierung. Das war jemand anders. Die Konsolidierung hätten wir früher erreichen können. Damit das gelingt, müssen hier wieder andere das Ruder übernehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Will, es hat geklappt. Zwei Minuten hat er gehabt.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Bei großzügiger Betrachtung, Herr Präsident!)

Vielen Dank, Herr Kollege Hilbers. - Jetzt hat sich Frau Geuter für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte, Frau Geuter, Sie haben das Wort.

Renate Geuter (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den Haushaltsplanentwurf für 2015, den Finanzplan bis 2018 und das Haushaltsbegleitgesetz auf der Grundlage eines sehr soliden und belastbaren Zahlenwerks,

(Zustimmung bei der SPD)

das sowohl die Erfüllung der notwendigen Aufgaben unseres Landes sicherstellt als auch weitere notwendige Schritte zur nachhaltigen Konsolidierung auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse beinhaltet. Da unterscheiden wir uns sehr deutlich von Vorgängerregierungen. Ich will das einfach einmal deutlich machen.

(Christian Grascha [FDP]: Vor allem von Ihrer eigenen!)

Unsere mittelfristige Finanzplanung enthält keine sogenannten Handlungsbedarfe in dreistelliger Millionenhöhe.

(Christian Grascha [FDP]: Dafür enthält sie mehr Schulden!)

- Das sind Deckungslücken für die Zukunft.

(Christian Dürr [FDP]: Sind Sie stolz darauf, dass Sie mehr Schulden machen?)

In der Vergangenheit waren Ihre Haushaltsplanungen auf dem Prinzip Hoffnung aufgebaut. Diesen Weg haben wir verlassen.

Wir stellen den Haushaltsausgleich auch nicht mit Vermögensveräußerung, also mit dem Verlust an Substanz, her. Vielmehr gelingt uns das tatsächlich sehr nachhaltig.

Dass die globale Minderausgabe titelscharf in den einzelnen Haushalten ausgebracht worden ist, ist ein Beweis dafür, dass wir auch im Bereich der Konsolidierung weiter vorangeschritten sind.

Die Einnahmeentwicklung haben wir auf der Basis der aktuellen Steuergesetze sehr sorgfältig und vorsichtig geschätzt und auch eine Demografievorsorge mit eingebaut.

Sie halten weiterhin das Märchen von den angeblichen Rekordsteuereinnahmen aufrecht, obwohl Sie genau wissen - das ist Ihnen, die Sie im Haushaltsausschuss Mitglied sind, dort mehrfach erläutert worden -, dass wir froh sein können, wenn wir am Jahresende die geplanten Einnahmen auch tatsächlich erreichen.

Gleichzeitig - und da befinden sich zumindest die Kollegen von der CDU sogar im Widerspruch zu ihrer eigenen Bundeskanzlerin und ihrem eigenen Finanzminister - fordern Sie aber Steuersenkungen, die den Landeshaushalt noch in dreistelliger Millionenhöhe belasten würden.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben sich in den letzten Wochen und Monaten und auch heute von der finanzpolitischen Realität stark verabschiedet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Einerseits kritisieren Sie den angeblich mangelnden Konsolidierungswillen - Herr Hilbers benutzte das Wort „ambitionslos“ -, andererseits fordern Sie nahezu im Wochentakt weitere, zusätzliche Ausgaben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig! Ganz genau!)

Sie müssen uns schon sagen: Wollen Sie mehr oder weniger Ausgaben?

(Christian Grascha [FDP]: Wir wollen die richtigen Ausgaben!)

Wenn Sie weniger oder andere Ausgaben wollen, müssen Sie auch sagen, welche Sie nicht wollen. Die Benennung von Kürzungsmöglichkeiten gibt es bei Ihnen nur in Form von Nebelkerzen. Das ist blanker Populismus.

Daher ist es gut und richtig, dass Sie in der Opposition sind; denn Sie sind nicht in der Lage, Verantwortung für den Haushalt zu übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Es wird auch einen Grund haben, dass Sie bis heute eines nicht vorgelegt haben, nämlich eine Addition aller ihrer Wünsche auf der Einnahme- und auf der Ausgabeseite; denn dann würden wir feststellen, dass das, was Sie finanzpolitisch fordern würden, dem Land Niedersachsen teuer zu stehen käme.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, das Aneinanderreihen populistischer Forderungen hat mit seriöser Haushaltspolitik nichts zu tun. Das werden wir Ihnen auch nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bei Herrn Thümler hatte ich gelegentlich das Gefühl, dass seine Rede eine Abrechnung mit zehn Jahren Schwarz-Gelb war.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Er hat eine Vielzahl von Punkten aufgeführt, bei denen die damalige Landesregierung tatsächlich nichts oder nicht viel getan hat. Ich will das an

einem Beispiel deutlich machen. Das ist das Thema Landesstraßen. Es war der Landesrechnungshof, der zu Ihrer Regierungszeit nachhaltig und nachdrücklich darauf hingewiesen hat, dass Sie dort zu wenig Mittel eingestellt haben.

(Christian Dürr [FDP]: Dann haben wir sie erhöht! Jetzt senken Sie sie wieder! Frau Geuter, Sie kürzen doch die Mittel für den Straßenbau!)

Wir müssen jetzt den Nachholbedarf für Ihre verfehlte Politik aufbringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Und deswegen kürzen Sie die Mittel? Und beim kommunalen Straßenbau kürzen Sie auch noch einmal!)

- Ihre Zahlenspielertricks helfen uns wirklich nicht weiter. Darauf will ich tatsächlich erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen intensiv und konkret eingehen; denn jetzt möchte ich noch etwas zum Haushaltsbegleitgesetz sagen, das wir als Regierungsfractionen einbringen und das wesentlich der Umsetzung der im Haushaltsplanentwurf 2015 enthaltenen Beschlüsse dient.

Als ganz wesentlicher Punkt ist darin die Umsetzung der dritten Krippenkraft enthalten. Darauf hat meine Fraktionsvorsitzende hingewiesen.

Wir haben im Haushaltsbegleitgesetz aber auch die Überprüfung und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs mit einer Veränderung der Aufteilungsmasse zwischen Kreis und Gemeinde geregelt. Es berücksichtigt auf der Grundlage der Berechnungen des Landesamtes für Statistik die Übernahme der Erstattungsleistungen des Bundes für die Grundsicherung und der daraus resultierenden Veränderungen der Aufteilungsmasse zwischen Städten und Gemeinden. Das ist auch mit den kommunalen Spitzenverbänden so abgesprochen.

Wir halten es ferner für richtig und wichtig, im Bereich der Besoldung den Beamten zu signalisieren, dass wir das Alimentationsprinzip sehr ernst nehmen. Wir heben die Besoldung in Anlehnung an derzeit geltende Tarifverträge - das ist die Grundlage - planmäßig in den Folgejahren an und stellen damit sicher, dass die Beamten einen Inflationsausgleich - und mehr als das - bekommen. Wir wollen auch mit dem Haushalt 2016 dieses noch einmal überprüfen.

Des Weiteren haben wir im Haushaltsbegleitgesetz den Inflationsausgleich bei der Wasserentnahmegebühr vorgesehen, weil wir der Meinung sind, dass dann, wenn wir wichtige Zukunftsaufgaben zu lösen haben, dafür auch die notwendigen Einnahmen zur Verfügung stehen müssen. Wir haben hier im Landtag vor nicht allzu langer Zeit gerade zum Bereich der Grundwasserproblematik einen fraktionsübergreifenden Antrag aller Fraktionen beschlossen. Wer diesen ernst nimmt, muss dafür sorgen, dass das Land auch die Möglichkeit hat, bestimmte Schritte umzusetzen.

Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten sehr sorgfältig mit den hoffentlich noch kommenden konkreten und seriösen Vorschlägen der Opposition umgehen - wenn sie denn kommen. Natürlich werden wir auch eigene Vorschläge einbringen. Wir sind sicher, dass es uns gelingen wird, als Endergebnis einen Haushalt vorzulegen, der einen ausgewogenen Ausgleich zwischen Haushaltskonsolidierung und inhaltlicher Schwerpunktsetzung darstellt und damit unser Land Niedersachsen weiterhin zukunftsfähig macht.

In diesem Sinne fordere ich Sie auf: Hören Sie mit Ihren populistischen Aktionen auf, und beteiligen Sie sich konstruktiv und seriös an den Beratungen! Das wäre für unser Land gut.

Danke.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Geuter. - Es gibt eine Kurzintervention des Kollegen Hilbers. Sie haben das Wort, Herr Kollege Hilbers. Die Regularien sind Ihnen bekannt.

Reinhold Hilbers (CDU):

Frau Geuter, ich möchte noch auf ein paar Punkte hinweisen.

Sie sind in einer so komfortablen Situation: Die Möglichkeit, so hohe Steuereinnahmen zu haben und so viel Geld auszugeben, hatte zuvor noch keine Mehrheit hier im Niedersächsischen Landtag. Und was machen Sie damit? Wofür gibt man es aus? - Das sind meines Erachtens die zentralen Fragen.

Sie fragten: Wo wollen Sie es denn einsparen? - Mit uns hätte es das nicht gegeben, dass 240 neue Stellen seit 2013 in der Ministerialbürokratie ge-

schaffen wurden, die Sie ausschließlich in Ihrem Apparat einsetzen.

Wir haben die Bezirksregierung abgeschafft. Mit uns hätte es mit Sicherheit kein Votum gegeben, wieder neue Landesämter mit teuren Behördenstandorten einzurichten.

Das sind nur zwei Beispiele dafür, dass man das Geld richtig ausgeben muss.

Ich will Ihnen noch eines sagen: Es ist auch eine Frage, wie man umschichtet. Herr Kollege Thümler hat angesprochen, dass Sie lieber Fahrzeugförderung in Ballungszentren bezahlen statt Straßen im ländlichen Raum. Das ist eine Politik gegen den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie bringen es fertig, ständig zu diskutieren: Es muss eine Breitbandoffensive geben. - Das Einzige, was Sie hinbekommen, ist: Bei fast 1 Milliarde Euro EU-Mittel, die Sie bekommen, zweigen sie ganze 60 Millionen Euro dafür ab, im ländlichen Raum einen Beitrag zu einem Breitbandausbau zu leisten. Sie schmücken sich damit, 21 Millionen Euro für die Soziale Stadt auszugeben. Für kleine Städte und Gemeinden kriegen Sie bei der Städtebauförderung 140 000 Euro hin. Das ist eine Politik gegen den ländlichen Raum. Auch die würden wir nicht mittragen.

Zum Schluss will ich noch auf die Einmaleffekte, die Sie angesprochen haben, Frau Geuter, eingehen. Ich frage Sie: Wo liegt denn da der Unterschied? - Herr Schneider spricht davon, dass er 125 Millionen Euro aus der Versorgungsrücklage und 25 Millionen Euro aus Grundstücksveräußerungen nimmt, und bezeichnet das als eine Brücke, um weniger Schulden zu machen und einen Ausgleich zu erreichen. Wo liegt der Unterschied dazu, dass wir in der Vergangenheit Rücklagenentnahmen und Vermögensveräußerungen vorgenommen haben, um nicht so viele Schulden aufnehmen zu müssen?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Reinhold Hilbers (CDU):

Sie führen lediglich theoretische Diskussionen um Defizite. Entscheidend ist, wie viele Schulden gemacht werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da können Sie - - -

(Der Präsident schaltet dem Redner das Mikrofon ab)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Freu Geuter, möchten Sie antworten? - Ja. Bitte schön!

Renate Geuter (SPD):

Herr Hilbers, das ständige Wiederholen unrichtiger Aussagen machen sie nicht wahrer. Von daher möchte ich Sie einfach nur daran erinnern, dass wir im Haushaltsausschuss vor wenigen Sitzungen noch darüber gesprochen haben, dass die Steuereinnahmen gerade in Niedersachsen im Moment noch hinter den Erwartungen und Planungen zurückbleiben. Wir hoffen deshalb, dass es anders wird. Von daher denke ich, dass das, was Sie hier sagen, nichts bringt.

Ich möchte noch auf ein anderes Thema eingehen: Sie haben wieder einmal sehr viele Ausgabepositionen kritisiert und zusätzliche Ausgaben gefordert. Ich vermisse aber, dass Sie einen konkreten Punkt nennen, bei dem Sie sparen wollen.

Das Märchen von dem angeblichen Stellenaufwuchs, den diese Landesregierung durchgeführt hat, lassen wir Ihnen ebenfalls nicht durchgehen. Der letzte Bericht des Landesrechnungshofes zeigt Ihnen die Wahrheit. Der Stellenaufwuchs zu unserer Zeit ist nicht signifikant höher als der, den Sie geplant hatten. Aber wir haben noch eine Altlast von Ihnen im Haushalt 2015 übernommen.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Wir müssen nämlich noch die letzte Rate aus der Zielvereinbarung II der schwarz-gelben Landesregierung erbringen.

(Christian Grascha [FDP]: Warum machen Sie keine neue?)

So viel zu diesem Thema. Erzählen Sie uns nichts davon, dass Sie solide gewirtschaftet haben! Die Realität sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Geuter. - Herr Kollege Hilbers, Sie hatten jetzt zweimal das Wort, inklusive der Kurzintervention. Es nützt nichts, wenn man so dagegen läuft. Bei allem Engagement in der Debatte ist es besser, sich später noch einmal zu

Wort zu melden. Aber jetzt hat die CDU-Fraktion keine Redezeit mehr.

Für die FDP-Fraktion hat sich Kollege Grascha zu Wort gemeldet. Herr Kollege Grascha, Sie haben das Wort.

Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushaltsplan für das Jahr 2015 ist nun der zweite Etat, den die rot-grüne Mehrheit komplett verantwortet. Um es gleich auf den Punkt zu bringen: Es waren zwei verschenkte Jahre für Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Bürger in unserem Land fragen sich doch langsam, liebe Kolleginnen und Kollegen: Feiern Sie noch, oder regieren Sie schon? - Das Land steht aufgrund der öffentlichen Verschuldung vor großen Herausforderungen. Die Schuldenbremse steht vor der Tür und muss eigentlich viel früher als erst 2020 eingehalten werden.

Sie haben doch das Glück, dass Sie den Haushalt in einem paradiesischen Umfeld aufstellen. Von 2009 bis heute sind die Steuereinnahmen um 5 Milliarden Euro gestiegen. Das sind 30 % Mehreinnahmen. Die Zinsen sind auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Zinsausgaben des Landes sind in den letzten zehn Jahren um fast 800 Millionen Euro gesunken, obwohl die Schulden gestiegen sind. Und was machen Sie? - Finanzminister Schneider und der Ministerpräsident lehnen sich zurück und lassen Fünfe gerade sein. Die Mehrausgaben werden nicht im Etat erarbeitet, sondern fallen Ihnen anstrengungslos zu.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Sie machen eine anstrengungslose Haushaltspolitik, die hier und da ein bisschen ausgibt, vorzugsweise für Bürokratie und Verwaltung, aber nach Arbeit, meine Damen und Herren, sieht das nicht aus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ein passendes Beispiel hierfür ist die angekündigte Aufgabenkritik. Im Koalitionsvertrag von Anfang Februar 2013 ist dazu Folgendes zu lesen:

„Zur Konsolidierung des Landeshaushaltes ist in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine konsequente Aufgabenanalyse und -kritik erforderlich, die alle Bereiche und Ressorts erfasst.“

Mitte 2013 kündigen Sie in den Verlautbarungen zur den Haushaltsbeschlüssen der Landesregierung an, dass nun die Aufgabenkritik auf den Weg gebracht wurde und die Ergebnisse in den Haushalt 2015 einfließen werden.

(Zuruf von der CDU: Nichts ist passiert!)

Auf Nachfrage meinerseits wurde Ende des Jahres gesagt: Ja, das passiert. Aber ein haushaltspolitisches Ziel können wir nicht nennen.

Nun liegt der Haushalt 2015 vor, und nichts von den Ergebnissen der Aufgabenkritik ist zu lesen. Im Gegenteil: Sie verweisen auf das Jahr 2016 - und das Ende ist offen. Man muss doch fürchten, dass noch gar nichts passiert ist. Das ist doch Arbeitsverweigerung, meine Damen und Herren. Aber wahrscheinlich streiten Sie noch, wer die Federführung hat. Aber zur Beruhigung der Bürokraten in Ihren Reihen kann man sagen, dass es wenigstens schon eine Geschäftsstelle gibt.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist typisch!
- Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Was soll das denn: die Demokraten in Ihren Reihen?)

- „Der Bürokraten“ habe ich gesagt.

Der Landesrechnungshof hat es Ihnen doch im Jahresbericht 2014 ins Stammbuch geschrieben und kritisiert, dass eine Konsolidierung auf der Ausgabenseite nicht stattfindet. Damit ist die aktuelle Regierungspolitik, Frau Geuter, gemeint. Zitat:

„Nach Auffassung des LRH ist der Abbau des strukturellen Defizits ohne erhebliche Einschnitte auf der Ausgabenseite nicht möglich. Dabei kommt den Personalausgaben die entscheidende Bedeutung zu.“

Sie machen ja noch nicht einmal nichts. Denn wenn Sie nichts machen würden, dann würde sich zumindest nichts verschlechtern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie schaffen aber zusätzliche Stellen. Das ist doch das Problem, und das ist die Kapitulation vor der Schuldenbremse im Jahr 2020.

Meine Damen und Herren, den Stellenwert der Finanzpolitik, aber auch des Finanzministers in der rot-grünen Landesregierung erkennt man an einer anderen Stelle - eher zwischen den Zeilen. Sie verkünden stolz, dass die globale Minderausgabe in Höhe von 136 Millionen Euro titelscharf von den Ministerien erbracht wurde.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

136 Millionen? - Nicht ganz. 6 Millionen Euro konnten Sie, Herr Minister Schneider, bei der Wissenschaftsministerin nicht einsammeln. Es ist Ihnen - und das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen - nicht gelungen, in einem 3-Milliarden-Euro-Haushalt 6 Millionen Euro zu kürzen. Das sind 0,2 % des gesamten Haushaltsvolumens. Ist es Ihnen nicht peinlich, dass Ihnen die Wissenschaftsministerin auf der Nase herumtanzt?

(Christian Dürr [FDP]: Das ist Unfähigkeit!)

So etwas hätte es unter Hartmut Möllring nicht gegeben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Neuverschuldung muss runter, die Schuldenbremse muss spätestens 2017 eingehalten werden. Wir werden Ihnen auch in diesen Haushaltsberatungen zeigen, dass das geht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Heere das Wort. Ihrer Fraktion steht eine Restredezeit von neun Minuten zur Verfügung. Bitte!

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin schon ein bisschen überrascht. Ich hatte etwas anderes erwartet. Aber die Fraktionsvorsitzenden scheinen nicht wirklich Kritik an der Art und Weise, wie dieser Haushalt aufgestellt wurde und wie die Mittel verteilt wurden, zu äußern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das scheint bei Ihnen, Herr Thümler, irgendwie auf Zustimmung zu stoßen. Da bin ich ganz überrascht. Herr Thümler hat zwar Kritik an der Politik geäußert, aber an der Finanzverteilung nicht so richtig. Herr Dürr war sehr laut und auch in den hinteren Reihen zu hören und hat auch falsche Zahlen genannt.

(Christian Grascha [FDP]: Stimmt gar nicht!)

Beispielsweise ist das strukturelle Defizit, das wir für diesen Haushaltsplan darstellen - 705 Millionen Euro -, tatsächlich geringer als jedes einzelne strukturelle Defizit, das Sie in zehn Jahren Schwarz-Gelb ausgewiesen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Nein, das stimmt einfach nicht. Es war 2012 höher. Da sollten Sie noch einmal ordentlich in die Zahlen gucken.

(Christian Dürr [FDP]: Der Rechnungshof sagt nicht die Wahrheit? - Thomas Schremmer [GRÜNE]: Zeitung lesen!)

Aber echte Kritik an dem Zahlenwerk habe ich nicht gehört. Nur ein Punkt kommt immer wieder, auch wenn Herr Hilbers redet oder Herr Grascha: das Thema Nettokreditaufnahme. - Ich gehe gleich näher darauf ein.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir beraten heute in erster Linie einen ganz hervorragenden Haushaltsentwurf der Landesregierung, für den ich nicht nur dem Finanzminister, sondern dem gesamten Kabinett meinen ausdrücklichen Dank aussprechen möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die rot-grüne Handschrift ist deutlich zu erkennen,

(Christian Dürr [FDP]: Das stimmt! Das bestätigen wir gern!)

wie meine Vorrednerinnen aus der Koalition bereits ausgeführt haben: Fortsetzung der Bildungsoffensive und massiver Ausbau der Ganztagschulen, mehr Qualität bei der Betreuung unter dreijähriger Kinder durch die schrittweise Finanzierung der dritten Kraft in Krippen,

(Christian Grascha [FDP]: Mit Bundesgeld! - Christian Dürr [FDP]: Mit geschenktem Geld vom Bund!)

das erste vollständige Jahr ohne Studiengebühren, darüber hinaus trotzdem noch eine weitere Steigerung der Ausgaben im Hochschulbereich, u. a. für Fachhochschulen und zur Finanzierung dringender Investitionen bei den Universitätskliniken.

Damit liefert Rot-Grün wichtige Weichenstellungen bei den Bildungsinvestitionen. Gleichzeitig plant die Landesregierung eine Rückführung des strukturellen Defizits um 220 Millionen Euro - ohne Be-

teilungsverkäufe, ohne Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage -,

(Christian Dürr [FDP]: Sie hat 1 Milliarden Euro mehr zur Verfügung! So ist das nicht schwer!)

und sie bleibt bei der Nettokreditaufnahme klar und verlässlich auf Kurs: Schuldenbremse bis spätestens zum Jahr 2020.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Klare Kante bei der Haushaltsdisziplin und trotzdem massive Investitionen in die Zukunft - nur mit beiden Pfeilern errichtet man eine wirklich nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Diese Landesregierung von Grünen und SPD zeigt in diesem Entwurf, wie man das macht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr geehrte Opposition, dass Sie, wie ich eben ansprach, in Ihren Reden wieder nur auf einen Punkt eingehen - nämlich nur auf den Pfeiler der Haushaltsdisziplin -, diesen völlig überbetonen und bei ihm noch viel mehr Engagement einfordern - wie Sie das in den vergangenen Jahren auch schon immer gemacht haben -, zeigt doch nur, dass Sie zukunftsgerichtete Haushaltspolitik immer noch nicht verstanden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auf nur einem Pfeiler bauen Sie lediglich ein finanzpolitisches Kartenhaus, mit dem die Zukunft des Landes Niedersachsen echten Schaden nehmen würde. Gut, dass Sie aktuell keine Regierungsverantwortung für dieses Land tragen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich habe mir wirklich viele Gedanken gemacht und eine richtig große Liste an Punkten aufgeschrieben, zu denen ich angenommen habe, dass von Ihnen die übliche Kritik kommt, die ich schon in den letzten Jahren gehört habe. Aber es kam ja nichts. Insofern kann ich mir das schenken.

Zu einem Punkt, der mir wichtig ist, gab es von Ihnen wenigstens ein bisschen Gegenrede: Investitionen. Sie haben über die Investitionsquote geredet. Es ist eben schon aufgeklärt worden, dass die Behauptung, sie liege niedriger als in Ihren Planungen, falsch ist.

(Björn Thümmler [CDU]: Von den Planungen redet doch keiner!)

Es ist auch deutlich geworden, dass wir das Baumatorium beenden und dass wir es im Baukapitel schaffen, von den alternativen Baufinanzierungsmodellen, die unter Ihrer Ägide en vogue waren, zum klassischen Bauen zurückzukommen und den Investitionsstau, der in den letzten Jahren aufgebaut wurde, zurückzuführen.

Es ist schon angeführt worden, dass wir bei Betrieb, Wartung und Unterhaltung von Landesstraßen auf einen Wert kommen, der in Ihren Mittelfristigen Planungen nicht vorgesehen war, nämlich 21,6 Millionen Euro.

Einem weiteren Punkt möchte ich deutlich widersprechen. Sie haben gesagt, beim GVFG machten wir Politik gegen den ländlichen Raum. Herr Thümmler hat sogar behauptet, die S-Bahn in Braunschweig werde gefördert - obwohl es in Braunschweig gar keine S-Bahn gibt. Aber davon ganz absehen: In dem GVFG, das wir gemacht haben, steht ausdrücklich auch etwas von der Beschaffung von Bussen - mir ist gar nicht bewusst, dass die nur in Städten fahren; nein, die fahren natürlich auch im ländlichen Raum -, außerdem von der Förderung umweltfreundlicher Busantriebe und vom Bau und Umbau von Busbahnhöfen, ganz besonders auch im Kontext der Barrierefreiheit.

(Christian Dürr [FDP]: Die Menschen brauchen Radwege und Straßen vor Ort und keine Busbahnhöfe! Wo leben Sie denn?)

Auch im ländlichen Raum gibt es viele alte Menschen, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die wollen ihn barrierefrei benutzen können.

(Christian Dürr [FDP]: Sichere Schulwege für Kinder brauchen wir!)

Wieso unterschlagen Sie das? Wieso behaupten Sie hier stumpf, das sei einfach nur eine Politik für die Städte? Das ist nicht richtig!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment bitte, Herr Heere!

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

- Einen Moment bitte, Herr Dürr! Etwas Ruhe, bitte!
- Herr Heere, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hilbers zu?

Gerald Heere (GRÜNE):

Nein.

(Christian Dürr [FDP]: Natürlich nicht!
Er soll Sie nicht in Ihrer Rede stören!)

Der Kollege Hilbers kann gerne noch eine Kurzintervention machen.

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Das ist schön. Sie haben leider Herrn Hilbers nicht so viel Zeit übriggelassen, sodass er jetzt mit Kurzinterventionen kommen muss.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Aus gutem Grund!
Die wissen schon, warum!)

Aber bitte schön!

Wie Sie sehen: Ihre Kritikpunkte - die wenigen, die ich überhaupt identifizieren konnte - laufen ins Leere.

Rot-Grün indessen ist mit diesem Haushalt auf dem richtigen Kurs.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Auf dem Holzweg!)

Wir setzen den Abbau des strukturellen Defizits fort. Wir führen die Neuverschuldung zurück, und das ohne einen offenen Handlungsbedarf, wie er unter Ihrer Ägide üblich war.

Darüber hinaus hat mich ganz besonders gefreut, dass der Finanzminister den Abbau von Schattenhaushalten vorantreibt. Herr Hilbers, Sie haben bei diesem Thema in der letzten Legislaturperiode gar nichts geschafft. Sie sind das Thema Schattenhaushalte nicht angegangen. Sie haben es eher gefüttert. Zu einem Abbau sind Sie nicht gekommen.

(Johanne Modder [SPD]: Genau!)

Ganz im Gegenteil: Die Schattenhaushalte waren Ihnen sogar recht, um eine bessere Haushaltsbilanz vortäuschen zu können.

Deshalb mein ausdrücklicher Dank an den Finanzminister dafür, dass nun in einem ersten Schritt Schulden von der NBank in Höhe von etwa 1,2 Milliarden Euro - aus BAföG, Krankenhausinvestitionen sowie Städtebau - in die Landesschuld

überführt werden! Während Sie von der Opposition immer nur verkürzt auf die Nettokreditaufnahme verweisen, zeigen wir, dass wir die gesamte Verschuldung des Landes in den Blick nehmen - und nicht nur die, sondern auch das vollständige strukturelle Defizit. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Unsere Finanzpolitik setzt auf eine langfristige Betrachtung, auf Investieren und Sparen, beide Säulen. Wir setzen die nachholenden Investitionen in Landesliegenschaften und Straßen und die energetischen Sanierungsmaßnahmen selbstverständlich fort, mit 30 Millionen Euro pro Jahr aus dem Sondervermögen. Wir leisten damit auch einen Beitrag zum Klimaschutz. Das ist ein Thema, das aktuell sehr stark in der Diskussion ist, wie Sie wissen, wenn Sie die Nachrichten verfolgt haben.

Wir investieren in den Hafenhinterlandverkehr, in nicht bundeseigene Bahnen. Wir schichten beim GVFG zum ÖPNV um. Wir engagieren uns stark für den Moorschutz. Damit schaffen wir tatsächlich in Niedersachsen etwas, um beim Klimaschutz einen Schritt vorwärts zu kommen.

Gucken Sie sich an, was in New York gerade passiert! Gucken Sie sich diese Massenbewegung an! Darauf müssen wir doch reagieren. Es kann doch nicht sein, dass die Welt sich ernsthaft Sorgen macht und die Kanzlerin lieber bei der Industrielobby in Berlin weilt. Sogar der UN-Generalsekretär ist deshalb sauer auf Frau Merkel. Rot-Grün in Niedersachsen zeigt mit diesem Haushalt, wie man es auch beim Klimaschutz besser macht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Investitionen in Klimaschutz und Bildung sind zwingend. Denn als Landtag tragen wir Verantwortung nicht nur für heute, sondern auch für morgen. Diese Investitionen werden sich in Zukunft auszahlen und eine deutliche Rendite erbringen. Ich sage das immer wieder, und ich sage das auch heute. Beim Klimaschutz jetzt gegenzusteuern, bedeutet für die Zukunft, geringere Schäden und Anpassungskosten in Kauf nehmen zu müssen. Und jeder Euro, der heute für Bildung, Betreuung und Wissenschaft eingesetzt wird, führt in Zukunft zu geringeren Soziallasten und höheren Steuereinnahmen.

Genau deswegen ist es richtig, beide Pfeiler zu nutzen: Haushaltskonsolidierung und zukunftsorientiertes Investieren. Genau deshalb ist es richtig,

dass wir den Abbaupfad der Schuldenbremse bis 2020 konsequent für diese beiden Aufgaben ausnutzen.

In diesem Sinne danke ich der Landesregierung. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Heere. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließen kann.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung, zunächst zu Tagesordnungspunkt 5. Federführend soll der Ausschuss für Haushalt und Finanzen, mitberatend sollen alle Fachausschüsse sein. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung zu Tagesordnungspunkt 6. Federführend soll der Ausschuss für Haushalt und Finanzen, mitberatend sollen der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, der Ausschuss für Inneres und Sport, der Kultusausschuss sowie der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz sein. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 7:
Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Pflegegesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/1632 - Empfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration - Drs. 17/1986 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/2046

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Da ein schriftlicher Bericht über die Ausschussberatung vorliegt, ist eine mündliche Berichterstattung nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Polat von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte!

Filiz Polat (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf zur Schulgeldfreiheit in der Altenpflegeausbildung, über den wir heute beschließen, ist ein erster Schritt zur Stabilisierung und Verbesserung der Lage auf dem Ausbildungsmarkt in der Altenpflege.

Der Bedarf an Pflegekräften steigt aufgrund der demografischen Entwicklung rasant. Nach den neuesten Berechnungen, die uns im Ausschuss präsentiert worden sind, steigt der Bedarf an Vollzeitkräften von 17 550 im Jahr 2013 auf 26 900 im Jahr 2030, was einen Bedarf an ca. 41 000 Personen ausmachen würde. Um dieser Nachfrage gerecht zu werden, bedarf es verschiedener Instrumente und Maßnahmen, von denen die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit ein erster Schritt ist.

Meine Damen und Herren, die Vorgängerregierung hatte diesen Weg begonnen. Wir vollenden ihn dadurch, dass wir die Schulgeldfreiheit von der jährlichen Haushaltsentwicklung unabhängig machen, und das ist auch gut so. Dieser Schritt dient vor allem den Schülerinnen und Schülern, die sich an anerkannten Fachschulen ausbilden lassen, was in diesem Land die Mehrheit ist. Diejenigen, die an öffentlichen Berufsschulen ihre Ausbildung machen, waren schon immer von Schulgeld befreit.

Weitere Bausteine zur Ausweitung und damit zur Stärkung des Nachwuchses in der Altenpflegeausbildung werden folgen. Wir werden, nachdem das vom Sozialministerium in Auftrag gegebene Rechtsgutachten grünes Licht gegeben hat, die Ausbildungsumlage in der Altenpflege wieder einführen, die im Jahr 2000 abgeschafft worden ist.

Die Ausbildungsumlage bringt ein erhebliches Stück mehr Wettbewerbsgerechtigkeit, da alle Träger von Altenpflegeeinrichtungen, gleichgültig ob stationär oder ambulant, dazu werden beitragen müssen. Die Einführung der Umlage würde nach einer Hochrechnung des Instituts, das das Rechtsgutachten dazu verfasst hat, ca. 50 % mehr Ausbildungsstellen ermöglichen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss eine Anmerkung zu der im Gesetzentwurf abgesicherten Rechtsgrundlage für die Erhebung von Daten für die Förderung ambulanter und teilstationärer Pflegeeinrichtungen. Falls es hierzu aus datenschutzrechtlichen Gründen noch Nachbesserungsbedarf

geben sollte - es gibt Hinweise darauf -, werden wir dies nachbessern.

Sowohl der Datenschutzbeauftragte als auch der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages sind zu diesen Passagen während der Beratung des Gesetzentwurfs intensiv gehört worden. Dem fachlichen Rat beider Instanzen haben wir Folge geleistet, sodass wir auf der sicheren Seite sein müssten.

Ich bedanke mich für die Beratung und für die Zustimmung der Fraktionen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Jetzt hat für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Joumaah das Wort. Bitte!

Petra Joumaah (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Während der gesamten Beratung über den vorliegenden Gesetzentwurf im Sozialausschuss herrschte Einigkeit, Einigkeit darüber - wir haben es eben von Frau Polat gehört -, dass wir einem stark wachsenden Fachkräftebedarf in der Altenpflege gegenüberstehen, Einigkeit darüber, dass das Berufsbild der Altenpflegerin und des Altenpflegers gesamtgesellschaftlich unbedingt aufgewertet werden muss, dass diesem Berufsbild wirklich höchste Wertschätzung entgegengebracht werden muss, dass etliche Rahmenbedingungen verbessert werden müssen und dass alles vermieden werden muss, was junge Frauen und junge Männer daran hindern könnte, den Beruf in der Altenpflege zu erlernen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört ganz klar die Abschaffung des Schulgeldes für Schülerinnen und Schüler in der Altenpflege.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegensatz zu den Kolleginnen und Kollegen von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen war die CDU jedoch der Meinung, dass es ausreichend sei, diese Maßnahme als freiwillige Fördermaßnahme in den Haushalt einzustellen, wie es unter der CDU-geführten Vorgängerregierung bereits praktiziert worden ist, und dies, wie wir alle wissen,

mit hervorragendem Ergebnis. Die stark gestiegenen Schülerzahlen sind ein Beleg dafür.

(Das Licht im Plenarsaal wird abgedunkelt - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Joumaah! - Das abgedunkelte Licht war kein Signal, in Gespräche einzutreten.

(Jens Nacke [CDU]: Das war gezieltes Mobbing!)

Es wird auch gleich wieder hell, sodass Frau Joumaah jetzt unsere ungeteilte Aufmerksamkeit hat. - Bitte!

Petra Joumaah (CDU):

Vielen Dank.

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, teilen unsere Sichtweise nicht und möchten die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit in der Altenpflege.

In den im Rahmen der Verbandsanhörung abgegebenen Stellungnahmen äußerten sich die Verbände überwiegend positiv zu dem vorliegenden Gesetzentwurf.

Die Datenschutzfragen sind vom GBD untersucht worden, und ein meiner Ansicht nach verfassungskonformer Formulierungsvorschlag wurde vorgelegt.

Meine Damen und Herren, es geht hier um eine für unser Land außerordentlich wichtige Thematik. Da wir inhaltlich ganz eindeutig das gleiche Ziel haben und nur über den Weg dorthin unterschiedlicher Meinung sind, stimmen wir dem Gesetz in der vorgeschlagenen Fassung zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die FDP-Fraktion hat nun Frau Kollegin Bruns das Wort. Bitte!

Sylvia Bruns (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf hat eine entscheidende Schwachstelle, und zwar im Bereich des Datenschutzes. Für die FDP-Fraktion steht der Schutz der persönlichen Daten

der betroffenen Patienten ganz oben, insbesondere wenn es sich um hilflose Personen handelt.

Zwar wird in dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung klargestellt, dass es sich bei der Art der erbrachten Leistungen lediglich um die Angabe der Punktzahl oder Leistungsstunden handelt. Es wird auch ein Zweck der Datenerhebung benannt. Jedoch ist das alles so allgemein gehalten, dass eine weitreichende Datenerhebung möglich bleibt.

Die von uns schon im Ausschuss vorgebrachten Zweifel, ob eine Weitergabe von Name und Pflegestufe ohne Einwilligung des Betroffenen zulässig ist, bleiben bestehen, auch nachdem die Änderung des Gesetzentwurfs vorgeschlagen worden ist.

Auch kann der Begriff „Art und Umfang“ von den Förderbehörden weit ausgelegt werden. Für die Beurteilung der Förderfähigkeit dem Grunde nach bedarf es keiner Weitergabe von personenbezogenen Daten. Die Förderfähigkeit eines Pflegedienstes richtet sich allein nach seiner Zulassung nach SGB XI. Bei der erstmaligen Feststellung der Förderfähigkeit wird gerade keine Förderung geltend gemacht. Nur die Förderung selbst basiert auf den erbrachten Leistungen. Ein Kontrollrecht wird jetzt schon von einer Landesbehörde ausgeübt, dem Landesrechnungshof.

Das Gesetz bietet also aus der Sicht der FDP-Fraktion die Grundlage für eine Datenerhebung, die nach dem Gesetz gar nicht erforderlich ist.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Wenn dieses Gesetz so beschlossen und umgesetzt wird, wird es sich um die flächenmäßig umfangreichste Erhebung höchstpersönlicher Daten handeln, die es bis jetzt gegeben hat. Was passiert nach der Erhebung mit den Daten? - Auch dazu finde ich kein Konzept.

Die FDP-Fraktion wird aus diesen Gründen dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Brunotte.

Marco Brunotte (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den vergangenen zehn Jahren über das Thema Pflege im Parlament und im zuständigen Sozialausschuss sehr intensiv disku-

tiert und uns vor allem über die Situation in den Pflegeberufen ausgetauscht. Wir haben uns immer wieder die Frage gestellt, wie wir es erreichen können, dass den Beschäftigten in der Pflege mehr Wertschätzung entgegengebracht und ein drohender Pflegenotstand verhindert wird, der auch mit drastischen Auswirkungen auf diejenigen verbunden wäre, die zu pflegen sind.

Wir wissen, dass die Zahl der Pflegebedürftigen von heute 270 000 in den nächsten 15 Jahren auf über 350 000 Betroffene allein in Niedersachsen steigen wird. Die Zahl der erforderlichen Fachkräfte kann und konnte bisher mit dieser Entwicklung nicht annähernd Schritt halten.

In der Engpassanalyse 2013 des Instituts der deutschen Wirtschaft wurde im Juni 2013 festgestellt, dass der Altenpflegeberuf die zehn Berufe mit dem höchsten Fachkräftemangel anführt. Wenn man sich diese Situation vor Augen führt, wird deutlich, dass hier ein dringender politischer Handlungsbedarf besteht, dem wir mit dem jetzt fast abgeschlossenen Gesetzgebungsvorhaben entsprechen.

Der Sozialausschuss hat sich in der letzten Woche mit der Situation und mit der Einführung der geplanten Ausbildungsplatzumlage in der Altenpflege befasst und sich die neuesten Zahlen für Niedersachsen präsentieren lassen. Ich glaube, es war für den Ausschuss sehr wichtig und interessant, sich noch einmal die Situation in der Ausbildung bei den Fachkräften deutlich vor Augen zu führen.

Bis 2030 müssen in Niedersachsen ca. 41 000 Altenpflegerinnen und Altenpfleger neu ausgebildet werden, um den steigenden Personalbedarf zu decken. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Ausbildung müssen wir jedoch konstatieren, dass bis 2020 mindestens 6 500 Nachwuchskräfte fehlen werden.

Somit ist es nur folgerichtig, dass die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit hier und heute stattfindet. Wir brauchen Bausteine, um die Attraktivität für diesen Beruf deutlich zu steigern. Dazu gehört auch, dass, wenn wir junge Menschen dazu animieren wollen, einen Beruf in der Pflege zu ergreifen, diese nicht gezwungen werden, bis zu 250 Euro an Schulgeld mitzubringen. Dies ist eines der größten Hemmnisse in der Gewinnung von jungen Leuten für diesen Beruf. Somit ist es schwer nachvollziehbar, warum in der letzten Legislaturperiode von der damaligen CDU/FDP-Mehrheit alle Anläufe zur Absicherung einer gesetzlichen Schulgeldfreiheit abgelehnt wurden.

Das hat sich dann kurz vor dem Termin der Landtagswahl gelegt, und wir haben ein Sonderprogramm bekommen.

Ich will zu der von der Kollegin Bruns angesprochenen Frage der Datenerhebung Folgendes sagen: Wir glauben, dass der vorliegende Entwurf gesetzeskonform ist und hiermit keine juristischen Probleme bestehen. Das ist jedenfalls die Aussage, die wir auch aus der Beratung mit dem GBD mitnehmen. Von daher meinen wir, dass es in der Form keine Notwendigkeit gibt, hier noch einmal eine besondere Schleife zu drehen.

Wir glauben, dass mit dem jetzt vorliegenden und diskutierten Entwurf die Förderung möglich ist; übrigens im Unterschied zu dem, was wir bei der Regierungsübernahme vorgefunden haben. Damals fehlten 2,3 Millionen Euro im Sozialetat, um die Schulgeldfreiheit durchzuführen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Ja!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist sicherlich ein gutes Zeichen, dass sich nach einer langen Diskussion hier im Niedersächsischen Landtag das erste Gesetz, das wir in diesen neuen Räumlichkeiten verabschieden, mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen der Pflege beschäftigt und somit auch ein Signal gesendet wird. Wir hätten uns gewünscht, dass dieses Signal von allen Fraktionen im Landtag gesetzt werden kann, freuen uns aber, dass an der Stelle die CDU mitzieht und wir ein deutliches Zeichen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Pflege senden können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung hat nun die Sozialministerin das Wort. Frau Ministerin Rundt, bitte!

(Helge Limburg [GRÜNE] und Thomas Schremmer [GRÜNE] besprechen sich an der Regierungsbank)

- Die Kollegen darf ich bitten, die Beratungen an der Regierungsbank einzustellen. - Vielen Dank.

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Wenn man von Zukunftsberufen spricht, gehören auf jeden Fall die Pflegefachberufe dazu. Das Gesundheitswesen boomt, und der Bedarf an pflegerischer Versorgung steigt aufgrund der demografischen Veränderungen. Die demografischen Veränderungen sind zunächst einmal eine durchaus positive Nachricht; denn wir haben statistisch eine deutlich höhere Lebenserwartung. Wer will das nicht gerne hören! Die höhere Lebenserwartung geht nicht typischerweise mit Pflegebedürftigkeit einher. Alter kann man in hohem Maße in Gesundheit und mit freier Lebensgestaltung erleben.

Es wäre natürlich fahrlässig, in Anbetracht dieser demografischen Zahlen dennoch nicht auch die Frage von Pflegebedürftigkeit ins Auge zu fassen. Die Zahl junger Menschen, die in das Berufsleben einsteigen können, wird in den nächsten Jahren vorhersehbar abnehmen. Pflegeberufe stehen in Konkurrenz zu vielfältigen anderen Ausbildungen am Arbeitsmarkt. Das Rennen um diese Fachkräfte hat längst begonnen.

Vor diesem Hintergrund ist ein zentraler pflegepolitischer Schwerpunkt der Landesregierung die Steigerung der Attraktivität der Altenpflegeausbildung. In der Altenpflegeausbildung lernen derzeit zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft, die ein Schulgeld erheben. Das ist teilweise auch in anderen Bildungsbereichen so. Aber vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der daraus für die Pflege resultierenden Herausforderungen verdient die Altenpflege unser besonderes Augenmerk.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen nicht verkennen, dass eine finanzielle Belastung viele Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger davon abhalten würde, den Altenpflegeberuf zu ergreifen. Ich bin der Ansicht, dass man einen solchen sozialpolitisch wirklich notwendigen Teil nicht über den Bereich der freiwilligen Leistungen regeln darf. Das unterscheidet uns von der alten Landesregierung.

Mit der Novelle des Niedersächsischen Pflegegesetzes geben wir den Schülerinnen und Schülern in der Altenpflege die so wichtige Sicherheit, dass ihre schulische Ausbildung kostenfrei ist und bleibt. Wir hoffen, dass die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Altenpflegeausbildung so weiterhin auf gutem Niveau gehalten werden kann.

Auch ich freue mich, dass unser Gesetzentwurf in den Ausschüssen aus den Reihen der Opposition so breite Zustimmung bekommen hat, und will kurz auf das Thema Datenschutz eingehen. Die dort vorhandenen Datenschutzregelungen haben wir in Abstimmung und auf besonderen Wunsch des Datenschutzbeauftragten eingeführt. Ich gehe also davon aus, dass sie als gesetzliche Grundlage hier genügen.

Vielleicht zur Beruhigung der FDP: Gerade der Verband, der sich im Moment energisch mit Datenschutzproblemen befasst, hat uns dazu gebracht, hier eine rechtssichere Grundlage einzuführen, nämlich den Datenschutz in diesem Gesetz wirklich zu verankern. Auch zur Beruhigung: Eine Vollerhebung ist nicht geplant und wird auch nicht erforderlich sein. - Lassen wir also bitte beim Datenschutz die Kirche im Dorf! Man kann sich auch die Hose mit der Kneifzange anziehen!

Wir sind sicher, dass wir mit diesem Gesetzentwurf den Altenpflegerinnen und Altenpflegern deutliche Unterstützung bei der Ausbildung zukommen lassen können. Das ist uns sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die FDP-Fraktion hat um zusätzliche Redezeit gebeten. Die Ministerin hat die Redezeit etwas überzogen. Die FDP hat noch eine Restredezeit, sodass ich Ihnen insgesamt für eineinhalb Minuten das Wort gebe. Bitte schön, Herr Försterling!

Björn Försterling (FDP):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Ich möchte nur noch einmal für das Protokoll eindeutig klarstellen, was mit diesem Gesetz verabschiedet wird. Nicht zu Unrecht hat die Kollegin Polat von den Grünen in ihrer Rede gesagt: Vielleicht besteht tatsächlich noch der eine oder andere Restzweifel. - Ich finde, dass man dann, wenn Restzweifel bestehen, einem Gesetz grundsätzlich nicht zustimmen sollte.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was hier heute verabschiedet werden soll, bedeutet nichts anderes, als dass künftig jede in Niedersachsen gepflegte Person in einem Register erfasst wird und dass erfasst wird, welcher Pflegedienst sich um diese Person kümmert und welche

Leistungen abgerechnet werden. Das heißt, in dieser Datei werden dann auch der Krankheitszustand und der Krankheitsverlauf und die Behandlungen dieser Person erfasst. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der größte Eingriff seit der Volkszählung. Genau diejenigen, die in den 80ern gegen die Volkszählung gekämpft haben, wollen Sie jetzt mit ihren Krankheitsbildern erfassen, weil sie sich nicht mehr wehren können.

(Beifall bei der FDP - Petra Tiemann [SPD]: Das ist in jeder Pflegedokumentation genauso!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Försterling. - Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Schwarz um das Wort gebeten. Auch Sie haben zusätzliche Redezeit. Eineinhalb Minuten. Bitte!

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Ich glaube, das versteht er trotzdem nicht!)

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es ganz klar zu sagen, Herr Försterling: Das, was Sie hier kritisieren, ist die Übernahme einer Erblast Ihrer vorhergehenden Koalition.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben das Thema fünf Jahre ausgesessen. Sie konnten sich nicht einigen.

(Jörg Bode [FDP]: Weil wir für den Datenschutz eingestanden haben! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Nein, das ist an der Stelle genau der Punkt! - Hier gibt es eine Vorlage des Datenschutzbeauftragten. Sie ist in Abstimmung mit dem Ministerium vom GBD abgeprüft und bearbeitet worden. Das haben Sie fünf Jahre nicht getan. Gestern Abend hat ein hochinteressanter Lobbyismus begonnen, was diese Frage betrifft. Dazu haben wir alle Briefe bekommen.

(Zustimmung von Susanne Menge [GRÜNE])

Deshalb haben wir in der Koalition gesagt: Wir lassen uns jetzt nicht auf diesen Populismus ein, sondern es wird geklärt, was Sie liegengelassen haben, was im Gesetzgebungsverfahren bisher keine Rolle gespielt hat, und wenn es aufgrund Ihrer Vernachlässigungen einen Änderungsbedarf

gibt, dann werden wir das mit dem Haushaltsbegleitgesetz geradeziehen. - So weit zur Entstehungsgeschichte.

Hier geht es um Schulgeldfreiheit - ein Thema, das Sie übrigens auch fünf Jahre lang ausgesessen haben.

(Christian Dürr [FDP]: Sie haben das verhindert! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir sind stolz, dass wir Wort halten und mit dieser Regelung endlich Klarheit schaffen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Und das machen die Grünen mit? Ihr seid so peinlich!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 2. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 3. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Gesetz wurde bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion so beschlossen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 8:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/1783 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration - Drs. 17/1987 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/2015

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Eine mündliche Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Schwarz, CDU-Fraktion, das Wort. Bitte!

Annette Schwarz (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es heute keine langwierige Diskussion, weil sowohl in den Ausschüssen, die an den Beratungen beteiligt waren, als auch im federführenden Sozialausschuss große Einigkeit hinsichtlich der Regelung besteht.

Wir beziehen uns dabei auf § 14 a des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum SGB XII, wo letztendlich geregelt wird, wie die Ausgleichsbeiträge für die Kommunen geleistet werden und wie der Berechnungsschlüssel darin verankert ist. Das ist den Kommunen bereits im Frühjahr dieses Jahres vom Sozialministerium mitgeteilt worden. Seitens der kommunalen Spitzenverbände gab es die Rückmeldung, dass keine Einwände gegen diese Regelung bestehen. Dem sind wir im Sozialausschuss gefolgt.

Wir hatten gesagt, dass die kommunalen Spitzenverbände noch einmal angehört werden sollen. Das ist auch geschehen. Die kommunalen Spitzenverbände haben das noch einmal begrüßt. Allerdings haben sie auch auf einen weiteren angeblichen Klärungsbedarf hingewiesen, nämlich in Bezug auf § 116 SGB XII, wonach fachkundige bzw. sozial erfahrene Dritte bei Widerspruchsverfahren mit hinzugezogen werden sollen.

Nach Meinung der kommunalen Spitzenverbände sollte auf die Hinzuziehung verzichtet werden. Das kann ich aus meiner persönlichen Warte heraus

nicht unterstützen, meine Damen und Herren. Allerdings haben wir im Sozialausschuss auch gar nicht darüber beraten können, da die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände erst danach an uns gesandt worden ist. Über diese Anmerkung waren wir ganz schön überrascht.

Wir sehen zumindest hinsichtlich der Stellungnahme bzw. der Ergänzung keinen Handlungsbedarf, weil es sich in der Vergangenheit bewährt hat, sozial erfahrene Personen mit hinzuzuziehen. Wir würden das grundsätzlich gerne beibehalten. Das spielt aber für die heutige Abstimmung keine Rolle. Wir geben für dieses Gesetzgebungsverfahren unsere Zustimmung.

Danke.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schwarz. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Schremmer, bitte!

Thomas Schremmer (GRÜNE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sollte kurz sein. Frau Kollegin Schwarz hat schon das Wesentliche gesagt. Der Gesetzentwurf präzisiert das Abrechnungsverfahren mit den örtlichen Sozialhilfeträgern. Er ist klar, eindeutig und zielgruppenorientiert. Nach der heutigen Debatte bin ich geneigt hinzuzufügen: Genauso macht die rot-grüne Koalition hier Politik - nämlich präzise, klar, eindeutig und zielgruppenorientiert. Deswegen stimmen wir auch alle gemeinsam diesem Gesetzentwurf zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Schremmer. - Für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Bruns, bitte!

Sylvia Bruns (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe dem nichts hinzuzufügen und will die Debatte jetzt auch nicht unnötig verlängern. Auch wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. Das war wirklich eine kurze Rede.

(Christian Dürr [FDP]: Wir reden, wenn wir etwas zu sagen haben!)

Nun hat der Kollege Schwarz, SPD-Fraktion, das Wort.

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat alles gesagt, bloß noch nicht von allen.

Es geht ausschließlich darum, die Kommunen davor zu bewahren, dass sie Rückzahlungen vornehmen müssen. Zwischen dem Bund und den Ländern gibt es Streit darüber, welches die Basisjahre sind. Deshalb muss die Quote an dieser Stelle an einem anderen Basisjahr ausgerichtet und entsprechend für die einzelnen Kommunen angepasst werden.

Das, was meine Namenskollegin Frau Schwarz vorgetragen hat, ist nicht Gegenstand dieses Gesetzgebungsverfahrens, sondern eine Anmerkung der Kommunen zu einem anderen Sachverhalt.

Hier geht es wirklich darum, dieses Gesetzgebungsverfahren im Interesse der Kommunen relativ schnell und fristgerecht über die Bühne zu bringen. Deshalb haben wir uns im Fachausschuss dafür entschieden, den Gesetzentwurf in einem beschleunigten Verfahren heute im Parlament zu beraten. Ich glaube, im Interesse unserer Kommunen ist es gut, wenn das heute vermutlich einstimmig beschlossen wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung spricht nun Frau Sozialministerin Rundt. Bitte!

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Es ist richtig, dass es um einen eigentlich sehr übersichtlichen Gesetzentwurf geht, der letztlich nur die Festbeträge 2013 und 2014 im Bereich der Wahrnehmung der Hilfe zur Überwindung von besonderen sozialen Schwierigkeiten präzisieren soll.

Das Gesetz ist im Vorfeld mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit den Wohlfahrtsverbänden abgestimmt worden und ist dort einstimmig begrüßt worden. Deswegen nur noch zwei Worte

zu der Forderung der kommunalen Spitzenverbände, bei der es um die Abschaffung des Widerspruchsausschusses geht. Das ist eine alte Forderung der Kommunen, der bis jetzt alle Betroffenenverbände bzw. die Wohlfahrtsverbände widersprochen haben. Deswegen sahen wir auch keine Notwendigkeit, das hier in die Gesetzesänderung einzubringen. Ich denke, dass das im Sinne der Betroffenen ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Sie haben einstimmig so beschlossen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 9:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/1352 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 17/1988 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/2042

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Eine mündliche Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Kollegen Janßen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vorliegenden Änderungen des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz sind im Grunde ziemlich unspektakulär. Überwiegend vollziehen wir damit Änderungen des am 1. Mai dieses Jahres in Kraft getretenen Tiergesundheitsgesetzes des Bundes. Das ist also eigentlich eine Formalie.

Ich möchte allerdings auf einen Punkt eingehen, weil hier Änderungsbedarf im Bundesgesetz sichtbar wird. Dabei geht es um die Kosten der Tötung von Tieren im Seuchenfall nach § 11 Abs. 2. Diese Kosten werden im Regelfall vollständig von der Tierseuchenkasse übernommen und zu 50 % vom Land refinanziert. Auftraggeber für die Tötung der Tiere ist im Seuchenfall der Landwirt. Damit die Unternehmen, die diese Tötung durchführen, nicht die besondere Situation ausnutzen können, hat das Land mit Betrieben, die die Tötung vornehmen, eine Rahmenvereinbarung getroffen. Gegenstand der Vereinbarung ist u. a. der Preis, den das Unternehmen für seine Tätigkeit verlangen kann. Das ist ja auch sinnvoll; denn sonst könnten die Kosten im Ereignisfall explodieren. Der betroffene Landwirt wird in einer solchen Situation kaum drei Angebote von verschiedenen Firmen einholen können.

Es ist dann nur konsequent, wenn die Kosten für die Tötung der Tiere nur bis zur Höhe der Rahmenvereinbarung erstattet würden. Wenn der betroffene Landwirt jedoch ein Unternehmen auswählt, das teurer ist, dann kann er das tun, müsste die Mehrkosten aber selbst tragen. So sah es der Gesetzentwurf der Landesregierung vor, und das wäre auch sinnvoll gewesen. Dazu hat uns aber der GBD gesagt, dass wir das nicht machen können, weil das Bundesgesetz dazu keine Ermächtigung gibt und es somit verfassungsrechtlich bedenklich sein könnte. Dem haben wir uns nicht verschlossen und das Gesetz auf Anraten des GBD entsprechend geändert.

Es bleibt allerdings der Appell an den Bund, bei einer erneuten Gesetzesnovelle für die Zukunft eine Regelung vorzusehen, die, wie von der Landesregierung vorgesehen, eine Kostendeckelung ermöglicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Kollege Deppmeyer das Wort.

Otto Deppmeyer (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist heute eine sehr einfache Beratung; denn es geht um ein Gesetz, das der Bund beschlossen hat. Wir müssen heute nun das Ausführungsgesetz zu diesem Gesetz beraten und beschließen.

Es geht um das Tierseuchengesetz. Interessanterweise hat es in Zukunft einen viel schöneren Namen. Es heißt nämlich „Tiergesundheitsgesetz“. Damit ist aber nicht gesagt, dass der Inhalt ein anderer wird. Denn im Wesentlichen geht es darum - das hat mein Vorredner schon deutlich gemacht -, wie man im Fall von Tierseuchen mit den Problemen umgeht.

Wir passen unser Ausführungsgesetz dem Berliner Gesetz an und stellen fest, dass diese Anpassung keine zusätzlichen Kosten mit sich bringt. Das, was der Kollege eben dargestellt hat, ist reine Theorie. Es gibt keine zusätzlichen Kosten.

Außerdem stellen wir fest, dass wir mit diesem Gesetz auch die Genderierung durchführen. Weiblich und männlich werden also gleichgestellt. Das ist in der heutigen Zeit auch ganz wichtig.

Meine Damen, meine Herren, trotz der Namensänderung gibt es aber auch noch eine Kritik an diesem Gesetz, nämlich daran, dass der niedersächsische Gesetzgeber in seiner Mehrheit dem Vorschlag des Landkreistages und der Tierseuchenkasse, dem auch wir beigetreten sind, nicht gefolgt ist, die Wahlzeiten des Geschäftsführers von den Wahlzeiten der Mitglieder der Vertreterversammlung zu entkoppeln, also einen Acht- bzw. Zwölfjahresrhythmus einzuführen. Dies war ein Wunsch der Betroffenen. Diesem Wunsch hätte man ruhig beitreten können. Leider bekommen wir hier dafür keine Mehrheit.

Ich stelle zum Abschluss fest, dass die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Land nach dem Gesetz weiterhin gut sein wird und die Tierseuchenbekämpfung auch in Zukunft an erster Stelle steht. Es geht um die Gesundheit unserer Nutztiere. Diese liegt im Interesse dieser Tiere und auch der Menschen.

Weil dies das Wichtigste ist, werden wir diesem Gesetz zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Grupe das Wort. Bitte!

Hermann Grupe (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich kann es sehr kurz machen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf sehr ausgiebig beraten. Neben dem, was Herr Deppmeyer gesagt hat, gab es noch einen weiteren Wunsch der Tierseuchenkasse, nämlich den Wunsch nach Abtretung der Ansprüche des Dienstleisters an die Tierseuchenkasse, um gegen Entschädigungsansprüche des Tierhalters aufrechnen zu können. Dazu soll aber erst noch die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes abgewartet werden. Ich hatte mich deshalb im Ausschuss der Stimme enthalten. Wir können diese Frage aber auch abwarten. Da es hier um eine wirkungsvolle Bekämpfung der Tierseuchen geht, können wir dem Gesetzentwurf zustimmen.

Danke schön.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Siebels das Wort.

Wiard Siebels (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann es kurz machen. Worum es geht, haben die meisten wahrscheinlich schon mitbekommen. Deshalb von mir ganz kurz nur noch ein oder zwei Punkte.

Darauf ist schon hingewiesen worden: Was Art und Umfang der Entschädigung angeht, halte ich es für zweckmäßig, sich mit dem Bund über eine weitergehende bundesgesetzliche Regelung zu einigen, weil es sonst im Fall des Ausbruchs einer Seuche teuer werden könnte. Deshalb halte ich die Formulierung, die das ML vorgeschlagen hatte, ausdrücklich für richtig und zielführend. Gleichwohl hat der GBD darauf hingewiesen, dass sie verfassungsrechtlich umstritten sein könnte.

Zweiter Punkt - auch darauf ist eingegangen worden -: Was die Abtretung der Forderungen gegenüber dem Tierhalter an die Tierseuchenkasse angeht, sind noch rechtliche Verfahren anhängig, die abzuwarten sind. Im Anschluss daran muss man als Gesetzgeber möglicherweise darüber nachdenken, dieses Ausführungsgesetz wieder anzufassen.

Dritter und letzter Punkt meinerseits: Einer meiner Vorredner - ich glaube, es war der Redner der CDU - hat von einer „Generierung“ gesprochen. Ich glaube, dass es an dieser Stelle aber nicht um eine Generierung geht, wenn ich es richtig mitbekommen habe, sondern um die Frage, ob man den Gesetzestext gendern kann. Das bedeutet, dass man in den Gesetzestext sowohl die männliche als auch die weibliche Form aufnimmt. Das an dieser Stelle nur zur Klarstellung.

Vielen Dank. Wir stimmen selbstverständlich zu.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht nun der Landwirtschaftsminister. Herr Minister Meyer, bitte!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass wir hier im Haus zumindest bei den Themen „Prävention“ und „Bekämpfung von Tierseuchen“ anscheinend einen ganz breiten Konsens haben und wahrscheinlich einen einstimmigen Beschluss hinkriegen.

Zum einen ging es um die Umsetzung des Bundesgesetzes. Hier ist angesprochen worden, dass wir in Niedersachsen bei der Tierseuchenbekämpfung und auch bei der Entschädigung von Landwirten für die Fälle, die wir uns alle nicht wünschen, gut aufgestellt sind. Wir haben auch Anregungen aus der Anhörung, die der Landtag durchgeführt hat, aufgegriffen.

Deshalb muss ich den Kollegen Herrn Deppmeyer ein bisschen korrigieren. Er hat gesagt, sie seien nicht aufgegriffen worden. Der Wunsch der kommunalen Spitzenverbände, die Amtszeit der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers zu verlängern, ist im Ausschuss von allen Fraktionen einmütig mitgetragen worden. Vorher hieß es: sechs oder zwölf Jahre. In Zukunft kann sie acht oder zwölf Jahre betragen.

Auch das zeigt, dass das Gesetz sehr kommunal-freundlich ist. Auch da haben wir deren Wünsche aufgegriffen.

Ich freue mich jetzt über die sehr einhellige Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Artikel 2. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Artikel 3. - Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das war einstimmig.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das war einstimmig. Das Gesetz ist somit beschlossen.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Das Präsidium bedankt sich bei Ihnen für die doch gelungene Premiere und wünscht Ihnen einen schönen Abend. Bis morgen früh!

Schluss der Sitzung: 18.50 Uhr.